Nr. 145. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 26. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Klassenscheidung.

Der Wahlausfall in Hannover gibt einem Teil der bürgerlichen Presse wieder Anlaß, über den angeblichen stetigen Rückgang der Sozialdemokratie seit den letzten allgemeinen Reichstagswahlen zu reden. In ihrem Aerger darüber, daß es trotz aller Hülfe des Reichsverbandes und trotz aller enormen Anstrengungen nicht gelungen ist, das Mandat zu erobern, finden anscheinend die vereinigten Liberalen darin einen Trost, wieder mal nach ihrer Art eine Abflauung der sozialdemokratischen Bewegung zu konstatieren. Weil die sozialdemokratischen Wahlstimmen nur um ungefähr 2500, die Stimmen der sämtlichen Gegner aber um zirka 6000 zugenommen haben, soll sich ergeben, daß die Werbekraft der Sozialdemokratie erlahmt und ihre Anhängerschaft, wenn auch vorläufig noch nicht absolut, so doch im Verhältnis zu der Bevölkerungssteigerung abnimmt. Wir wollen nicht untersuchen, inwiefern diese Behauptung auf die Hannoversche Reichstagswahl zutrifft, die sich dieses Mal unter ganz besonderen, in gewisser Hinsicht abnormen Verhältnissen vollzogen hat; im ganzen geben wir offen zu, daß bei einem Teil der seit der letzten allgemeinen Reichstagswahlen vorgenommenen Nachwahlen die sozialdemokratischen Kandidaten die Stimmenzahl des Jahres 1903 nicht ganz wieder erreicht haben und daß in einigen anderen Fällen die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen hinter der Steigerung der gegnerischen Stimmen zurückgeblieben ist.

Für jeden der politisch zu rechnen gelernt hat, stand indes schon nach dem Vollzug der Wahlen von 1903 fest, daß ein gewisser partieller Rückschlag kaum ausbleiben werde. Die Wahl von 1903 fiel in die Zeit der wirtschaftlichen Depression, Im Jahre 1902 hatte die nach der wirtschaftlichen Aufschwungsperiode 1895/1900 einsetzende Krise ihren Tiefstand erreicht. Ueberall Arbeitslosigkeit, Rückgang der Produktionstätigkeit, des Konsums und Absatzes, Abnahme des Verdienstes. Manchem Arbeiter, manchem kleinen Geschäftsmann, der in Zeiten guten Geschäftsganges von Politik nichts wissen will, wurden dadurch erneut die Segnungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems demonstriert. Dazu die Erhöhung des Zolltarifs, der außer den Arbeitern weite Kreise der kleinen Beamten, der Angestellten, der Angehörigen sogenannter freier Berufe eine mehr oder minder beträchtliche Verteuerung ihres Lebensunterhaltes in Aussicht stellte, ohne daß sich ihnen die Möglichkeit bot, diese Belastung auf andere Schultern abzuwälzen oder sie durch eine Einkommensteigerung auszugleichen. Und in dem Kampf gegen die Regierung, gegen eine zollwütige, vor keinem Verfassungs- und Rechtsbruch zurückschreckende Reichstagsmehrheit hatte die Sozialdemokratie die einzige konsequente Opposition gestellt. Unter diesen Verhältnissen stimmten 1903 gar manche für unsere Kandidaten, denen das Erfurter Programm ein Nichts war, deren Anschauungen teilweise sogar zu ihm im offenen Widerspruch standen, die sich aber sagten: „Gegen dieses System der Lebensunterhaltsverteuerung die schärfste rücksichtsloseste Opposition!"

Wer geglaubt hat, daß, nachdem dieser Kampf von den politischen Ereignissen überholt sein würde, nicht ein Teil dieser sogenannten Mitläufer in das bürgerliche Lager zurückkehren würde, kennt den geistigen Habitus der Schichten, aus denen sie sich rekrutierten, recht schlecht. Für jeden, der nüchtern zu beobachten versteht, dem nicht das eigene Wünschen die ruhige Betrachtung raubt, stand von vornherein fest, daß, wenn nicht ganz besondere Ereignisse eintreten würden, ein Rückschlag erfolgen werde. Dennoch erklärt dieser Umstand nicht allein den Rückzug eines Teiles der bürgerlichen Mitläufer. Hinzu kommt, wie wir offen zugestehen, — denn bei den Vertuschungen kommt nie etwas Gescheites heraus — die Furcht vor der zunehmenden radikalen Strömung in der Sozialdemokratie seit dem Dresdener Parteitag und besonders neuerdings seit Jena und dem „Vorwärts"-Konflikt.

Es ist keineswegs ganz unrichtig, was jüngst Dr. E. Katz in einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung" schrieb:

„Bis vor wenigen Jahren hatten sich weite Kreise des „Bürgertums" daran gewöhnt, in der Sozialdemokratie ihre politische Hoffnung zu erblicken. Hier fanden liberale und demokratische Gedanken eine sachkundige und entschiedene Vertretung. Hier herrschte vielfach ein glänzendes, geistiges Leben. Man glaubte, die Tage des Utopismus, des marxistischen Klassenkampfes, des Mangels an staatspolitischem Sinn seien gezählt. Es erschien die Anziehungskraft der sozialdemokratischen Bewegung ebenso unaufhaltsam, wie der Rückgang der bürgerlichen, freiheitlichen Parteien unvermeidlich. Man traute der Sozialdemokratie zu, sie könnte eine allgemeine Volkspartei werden und würde die Aufgaben der bürgerlichen Demokratie erfüllen. . . . In Städten wie Berlin, München, Frankfurt, wählten keineswegs nur Kleinbürger sozialdemokratisch, Tausende aus den Kreisen von „Bildung und Besitz" dürften rote Stimmzettel abgegeben haben. Das waren Leute, die vielleicht mit dem, was die liberalen Kandidaten redeten, forderten, versprachen, ganz einverstanden gewesen sind. Sicher eher, als mit dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie. Aber sie trauten der sozialdemokratischen Bewegung mehr Schwungkraft und Zukunft zu.

Nun stehen alle diese Kreise vor einer grauen Ernüchterung. Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen unserer politischen Geschichte, wie schnell der allgemeine Kredit der Sozialdemokratie, unmittelbar nach ihrem gewaltigen Wahlsieg, gesunken ist. . . . Hier aber sieht man, wie die Sozialdemokratie versagt. In Dresden hat sie die praktischen Arbeiterinteressen dem Marxismus geopfert. Bebel hat sich in Jena besonders gerühmt, daß er dem Fürsten Bülow seine „liberalisierenden Neigungen" ausgetrieben habe. Während die Sozialdemokratie im Westen zu einer mächtigen Welle der allgemeinen Freiheitsbewegung geworden ist, wirkt sie bei uns nur zu oft als Wellenbrecher. Damit hängt zusammen, daß die Sozialdemokratie diejenigen, die nicht industrielle Lohnarbeiter sind, allmählich aus ihren Reihen abstößt. Sie verliert vor allem die „Intelligenz" und wird immer mehr eine reine Partei der Industriearbeiter. . . .

Nicht dagegen ist etwas einzuwenden, daß die Arbeiter die Interessen ihrer Klasse vertreten, sondern daß sie in der Formierung einer unzweckmäßigen Klassenpartei, die an ihre ursprünglichen Ziele selbst nicht mehr glauben kann, mit dem allgemeinen Fortschritt auch ihre eigenen Interessen gefährden. An diesem historischen Klassencharakter der Sozialdemokratie konnten die Mitläufer nichts ändern. Das wird ihnen allmählich klar, oft nur instinktiv, aber diese Erkenntnis trägt hauptsächlich dazu bei, daß sie sich politisch heimatlos fühlen. Wird doch die Sozialdemokratie nicht von ihren Wählern regiert, sondern von ihren organisierten und tätigen Mitgliedern. Der eigentliche Parteiapparat aber ist nicht allen den Volksklassen angepaßt, an die sich die Sozialdemokratie in der Wahl wendet, er trägt durchaus Klassencharakter."

Die „weiten Kreise des Bürgertums", die „Tausende" aus den „Kreisen von Bildung und Besitz", die rote Stimmzettel abgegeben haben sollen, werden von Dr. Katz zweifellos enorm überschätzt; aber daß seit einer Reihe von Jahren, besonders seit dem offenen Auftreten des Revisionismus, ein starker Zuzug von bürgerlichen Elementen zur Sozialdemokratie stattgefunden hat, ist unbestreitbar. Das Räsonnement des Revisionismus über die Ueberlebtheit der marxistischen Theorien erweckte in diesen Elementen die Hoffnung auf eine gründliche Mauserung der Sozialdemokratie, auf die Ueberwindung „des marxistischen Klassenkampfes", wie Herr Katz sagt, auf die Entwickelung der sozialdemokratischen Partei zu einer allgemeinen Volkspartei, welche die Aufgaben der bürgerlichen Demokratie übernimmt und sich auf deren Lösung beschränkt. Mit anderen Worten: man hoffte die Sozialdemokratie werde ihren Charakter als Arbeiterpartei verlieren und sich verbürgerlichen. Und diese Spekulation wurde dadurch noch verstärkt, daß in revisionistischen und halbsozialistischen Broschüren von einer „Krise des Marxismus" gesprochen und als deren Resultat eine Rückkehr zu den bürgerlich-demokratischen Glaubenssätzen der vormarxistischen Periode prophezeit wurde.

Das bestimmte manche Elemente, vornehmlich jüngere Akademiker, Literaten, kaufmännische Angestellte usw., ihre Stimmen bei den Wahlen für sozialistische Kandidaten abgegeben und deren Wahlziffern dadurch zu steigern. Damit hörte allerdings auch meist die politische Unterstützungstätigkeit dieser Mitläufer auf. In die sozialdemokratischen Organisationen traten nur sehr wenige von ihnen ein, und selbst zum Abonnement auf sozialdemokratische Zeitungen verstand sich nur eine kleine Zahl. Sie lasen höchstenfalls diese Blätter in ihren Cafés, Restaurants oder ihren Vereinen.

Diese Mitläufer haben sich, wie nicht nur die Wahlen, sondern auch viele Einzelbeobachtungen lehren, in den letzten Jahren mehr und mehr zurückgezogen. Sie fühlen sich nach Dresden und Jena in ihren Hoffnungen getäuscht. Sie sehen, daß die Sozialdemokratie anstatt ihre „Formierung" als „unzweckmäßige Klassenpartei" aufzugeben, heute ihren Klassencharakter noch schärfer als früher betont, daß sie durchaus nicht nach revisionistischem Rat gewillt ist, die rein demokratischen Forderungen in den Vordergrund zu rücken und die sozialistischen in der Versenkung verschwinden zu lassen. Dazu kommen allerlei Erfahrungen, die vielen dieser Mitläufer nicht passen: der Streit verschiedener Krankenkassen mit der Aerzteschaft und die Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse zu diesen Konflikten, die sogenannte Streiklust der Gewerkschaften, das Sympathisieren der deutschen Parteiblätter mit der russischen revolutionären Sozialdemokratie und ihre Kritik der Kadetten (demokratischen Konstitutionellen).

Bedeutet die Abschwenkung dieses Teils der bürgerlichen Mitläufer eine Schwächung der sozialdemokratischen Bewegung? Die bürgerlichen Blätter behaupten dies, und ein Teil unserer Parteiblätter, der sich gewöhnt hat, die Stärke unserer Bewegung lediglich nach der Zahl der Reichstagsmandate und der Wahlstimmen zu bemessen, wiederholt diese Behauptung. Wäre die Sozialdemokratie eine rein parlamentarische Partei, dann könnte diese Bewertung gelten. Tatsächlich aber beruht die Kraft der sozialdemokratischen Partei auf ihrer Organisation, auf der Verbreitung und dem Einfluß unserer Presse, der Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Und sobald wir diese Faktoren in Betracht ziehen, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Während ein Teil der bürgerlichen Mitläufer sich zurückzieht, wächst die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Vereine in bisher ungekanntem Maße, füllen sich trotz aller großen Streiks und sonstigen wachsenden Ausgaben die Kassen, bringt die Partei nebenbei in kurzem Zeitraum Hunderttausende für die in Rußland kämpfenden Brüder auf, und steigt von Woche zu Woche die Abonnentenziffer der sozialdemokratischen Blätter. Als die neue Redaktion des „Vorwärts" ihre Tätigkeit begann, hatte der „Vorwärts" zirka 95 000 Abonnenten, jetzt 112 000, in noch nicht 8 Monaten eine Zunahme von 17 000 Abonnenten, über 2000 pro Monat: eine Zunahme, die selbst jene nach dem Falle des Sozialistiengesetzes, ja sogar die Zunahme während des Wahljahres 1903 weit hinter sich läßt, denn in diesem Jahre betrug die Zunahme immerhin nur zirka 15 000. Und diese Steigerung der Abonnentenziffer beschränkt sich nicht auf den „Vorwärts". Aus Leipzig, Hamburg, Bremen, Elberfeld, Erfurt, Stuttgart, Breslau, Königsberg usw. usw. wird eine starke und stetige Steigerung der Abonnentenziffer gemeldet.

Also auf der einen Seite Rückzug bürgerlicher Mitläufer, auf der anderen Seite Stärkung der Parteiorganisationen, schnelleres Anwachsen der Abonnentenziffer der Parteiblätter. Was bedeutet das? Wer die Vorgänge im einzelnen beobachtet, wer speziell die Hunderte von Zuschriften aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen gelesen hat, die nach dem „Vorwärts"-Konflikt in der Redaktion einliefen, dem wird diese eigenartige Erscheinung sofort klar: ein Teil der bürgerlichen Elemente zieht sich aus Widerwillen gegen die radikale Strömung zurück, dafür aber tritt ein Teil der Arbeiterschaft, die sich bisher der Sozialdemokratie gegenüber mehr oder weniger indifferent verhielt, weil ihr manche früheren Vorkommnisse nicht paßten, wieder als Mitkämpfer in unseren Reihen ein.

Klassenscheidung: das ist es, was sich hier vollzieht. Elemente, die, durch besondere Verhältnisse angelockt, die sozialdemokratische Bewegung zeitweilig durch ihre Wahlstimmen unterstützt haben, ziehen sich wieder in das bürgerliche Lager zurück, zu dem sie ihrer Klassenstellung und ihren Klasseninteressen nach gehören. Dafür aber schwenken neue Arbeiterkolonnen in unsere Reihen ein. Die Folge dieses Vorganges ist, daß in solchen Wahlkreisen, wo die eigentliche Arbeiterschaft relativ schwach, die bürgerliche Mitläuferschaft stark war, zunächst ein Stimmenrückgang eintritt, der in einzelnen besonderen Fällen sogar Mandatsverluste nach sich zieht. Wer in der Vermehrung der Reichstagssitze die erste und wichtigste Aufgabe unserer Partei sieht, wird diese Klassenscheidung betrauern; wer das Hauptgewicht auf die Stärkung unserer Organisationen und unserer Presse, auf die Einheitlichkeit und Schlagfertigkeit der Partei legt, der kommt zu einem anderen Ergebnis. —

Die Revolution in Rußland.

Die Stimmung in den Petersburger Regimentern.

Man schreibt uns:

Am 18. Juni meldete sich beim Deputierten Teslia eine Deputation von 16 Mann der Petersburger Garnison und dankte ihm und der ganzen Duma für ihre Bemühungen, die Lage der Flotte und der Armee zu bessern; die Deputierten fügten hinzu, daß die Gerüchte von einem Komplott der Armee gegen die Duma absolut falsch seien und daß die Petersburger Soldaten sehr gut wissen, wer die Interessen der Arbeiter und Bauern vertrete und daß sie alle ihre Kräfte aufbieten würden, um die Duma zu unterstützen!

Die Gärung scheint also ins Herz der Reaktion hineinzugreifen; denn als neulich der Subchef des Semeonowschen Regimentes, Oberst Riemann (eine traurige „Berühmtheit" seit den Hinrichtungen auf der Linie Moskau-Rjasan) sich mit einer Ansprache an seine untergebenen Soldaten wandte, in der er betonte, daß die Semeonowschen Soldaten „stets treue Diener des Zaren sein und im Kampfe gegen seine Feinde erbarmungslos vorgehen werden", da empfing ihn ein so beredtes Schweigen, daß er — in der Meinung, nicht verstanden zu sein — die Mahnung wiederholte. Doch wiederum schwiegen die Soldaten, und der Oberst machte sich eiligst aus dem Staube. —

„Strana" meldet übrigens noch, daß man in demselben Regimente (das an den Strafexpeditionen in Moskau teilgenommen hat) beim Gefreiten Ronalcu eine Masse revolutionäre Zeitungen und Broschüren gefunden habe und daß der Schuldige sofort verhaftet wurde. Es entstand darob große Unruhe unter den Soldaten, so daß man sich sogar veranlaßt fühlte, das Regiment Preobraschensky zur Hülfe zu rufen. Doch die Preobraschensky verweigerten kategorisch jede aktive Mitwirkung in der Sache.

*

Dem „B. T." geht folgende sensationelle Privatdepesche zu:

Petersburg, 25. Juni. Folgender Vorfall hat nicht nur bei Hofe, sondern auch im Kriegsministerium die größte Bestürzung hervorgerufen. Sonnabend ging dem Leibgarde-Preobraschensky-Regiment, in dessen Reihen der Zar gedient hat, der Befehl zu, nach dem Zapfenstreich nach Peterhof abzumarschieren und die Bewachung des Hofes zu verstärken. Als nach dem Zapfenstreich der Befehl zum Abmarsch erfolgte, erklärte das ganze Regiment, daß es unter keinen Umständen nach Peterhof marschieren werde. Des Kommandeurs Gadon und aller Offiziere bemächtigte sich bei dieser Gehorsamsverweigerung große Aufregung. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch wurde schleunigst benachrichtigt, er traf kurz darauf ein und befragte die Soldaten, warum sie den Gehorsam verweigerten, worauf er in allen Bataillonen die gleichlautende Antwort erhielt, daß das Regiment beschlossen habe, nicht nach Peterhof zu gehen, weil es genau wisse, daß es dazu bestimmt sei, die Duma auseinander zu treiben und hierauf unter keiner Bedingung eingehen werde. Schließlich marschierte das Regiment Sonntagnachmittag nach Peterhof ab, nachdem es das feste Versprechen er-

halten hatte, nur für den Sicherheitsdienst des Zaren verwandt zu werden. Im Hinblick auf die Wichtigkeit des ganzen Vorfalles sind alle Maßregeln getroffen worden, um die Sache zu vertuschen.

Die Streikbewegung.

Petersburg, 25. Juni. Die Dockarbeiter drohen die Arbeit wegen Lohndifferenzen einzustellen. Auch die Angestellten der finnländischen Eisenbahnen drohen in den Streik zu treten, um zu verhindern, daß Truppen nach den Alandsinseln entsandt werden. — Der Ausstand der Bäcker hat in Petersburg einen großen Umfang angenommen. Es streiken gegen 10 000 Bäcker.

Für den 29. d. M. befürchtet die Regierung einen Riesen-Generalausstand bisher unerreichter Dimension. Von den bekannt gewordenen Gegenmaßregeln ist hervorzuheben, daß vom 28. d. M. russischen Staatsbahnen und Eisenbahnbrücken durch starke Militärwachen besetzt werden sollen!

Aus der Duma.

Petersburg, 25. Juni. In Beantwortung der Interpellation über die Hungersnot führt der Minister des Innern aus, der Kampf gegen die Hungersnot werde im laufenden Jahre schwierig sein. Etwa zehn Millionen wären erforderlich, um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Die Regierung werde der Duma einen Gesetzentwurf betreffend die Unterstützung der Bevölkerung vorlegen; die Regierung habe für den gleichen Zweck bereits mehr als 80 Millionen Rubel verausgabt. Redner widerlegt sodann die Behauptungen, daß infolge der Hungersnot Epidemien aufgetreten seien. Die Regierung erwarte die Mithülfe des Publikums in ihren Bestrebungen, im anderen Falle wäre ihre Arbeit sehr schwierig. Die Regierung habe niemals der Tätigkeit von Privatpersonen Hindernisse in den Weg gelegt. Mehrere Redner treten den Behauptungen des Ministers entgegen und weisen nach, daß die Lokalverwaltung die öffentliche Hülfeleistung gehindert habe. Aladjin führt unter lärmendem Beifall der Linken aus, **die Regierung habe das Volk arm gemacht.** Gurko, der seiner Zeit vorgeschlagen habe, die Familien der an den Agrarunruhen beteiligten Landleute ihrer Habe zu berauben, sei jetzt zum Leiter der Unterstützungstätigkeit in den von der Hungersnot betroffenen Gegenden ernannt worden! Die Minister seien bei den Amnestiedebatten nicht in der Duma erschienen. Jetzt kämen sie, weil die Hungersnot Geldaufwand erfordere. Das Geld werde in den Taschen der Beamten bleiben. Er beantrage, daß man eine Kommission von Dumamitgliedern in das Hungersnotgebiet sende und der Regierung, die das Vertrauen der Duma entbehre, nicht eine Kopeke gegeben werde. — Rodischeff sagt in einer leidenschaftlichen Rede, **die Regierung habe die Russen zu Bettlern gemacht.** In Rußland werde immer Hunger herrschen, so lange die Regierung nicht für Ordnung sorge und so lange alle Vertreter der Zentralgewalt durch das Willkürregiment verdorben seien. — Minister Stolypin erwidert, er sei bereit, die Reden der Dumamitglieder anzuhören und sich über ihre Angaben zu unterrichten, aber den Rednern der Linken wolle er nicht antworten. In diesem Augenblick erhebt sich das Geschrei: „Gehen Sie hinaus! Demissionieren Sie! Wagen Sie nicht, die Duma zu beleidigen!" — Der Minister verläßt hierauf die Tribüne und den Saal unter großem Lärm des Hauses.

Das Haus nimmt eine von Nabokoff und Aladjin abgefaßte Tagesordnung mit allen gegen drei Stimmen an, in welcher ausgesprochen wird, daß die Hindernisse, welche stets die Tätigkeit der öffentlichen Hülfeleistung in den Gegenden der Hungersnot gehemmt haben, **solange bestehen werden, als das Land von einem der Duma nicht verantwortlichen Ministerium regiert werden wird.** Sodann wird die Einsetzung einer Spezialkommission unter der Kontrolle der Duma für die Angelegenheiten der Hungersnot verlangt. **Die Minister verlassen unter dem Lärm des Hauses den Saal.** Der Bericht über das Pogrom in Bialystok kommt am Donnerstag zur Verlesung. Die Sitzung wird nach 7 Uhr geschlossen.

* * *

Die parlamentarische Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes betreffend die Unverletzlichkeit der Person hat bezüglich des Schutzes der Rechte von in Rußland weilenden Ausländern die vom Abg. Petrashitzky vorgeschlagenen Bestimmungen angenommen. Danach kann kein Ausländer aus dem Reiche ohne richterliches Erkenntnis ausgewiesen werden, ausgenommen in Kriegszeiten sowie in einer begrenzten Anzahl von besonderen Fällen.

Enthüllungen des früheren Vizeministers Fürsten Urussow über die Organisation der Judenhetzen.

Bei der Besprechung der Antwort des Ministeriums auf die Interpellationen der Duma betreffs der Agitation der Schwarzen Banden führte Fürst Urussow u. a. folgendes aus:

Im Januar 1906 bekam eine im Ministerium des Innern angestellte Persönlichkeit, die als Gegner der Metzeleipolitik allgemein bekannt war, eine große Anzahl sauber gedruckter Aufrufe mit der Mitteilung, daß sie in großer Anzahl in den Städten Süd- und Westrußlands verbreitet werden. Gleichzeitig liefen auch zahlreiche Beschwerden ein mit Hinweisen auf Vorbereitungen zu Metzeleien in Wilna, Bialystok, Nikolajew, Kiew u. a. Städten. Die im Januar stattgefundene Homeler Metzelei hat die Berechtigung dieser Befürchtungen erwiesen und den in Frage stehenden Beamten veranlaßt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die anderen Metzeleien zu verhüten, was ihm auch gelungen ist dank den Verordnungen des Vorsitzenden des Ministerrats, der nach und nach von den Ergebnissen der nichtoffiziellen Untersuchung in Kenntnis gesetzt wurde. Im Laufe dieser Untersuchung stellte sich folgendes Bild der Tätigkeit der „Schwarzen Banden" heraus:

Eine Gruppe Personen, die eine Art Kampfesorganisation eines unserer Patriotenbünde bilden, unternahm im Einverständnis mit einigen der Redaktion eines nicht Petersburger Blattes (gemeint ist wahrscheinlich der „Kiewljanin", ein Kiewer reaktionäres Blatt, und sein Redakteur Pichno, dem auch die Schuld an der Oktoberjudenmetzelei in Kiew zugeschrieben wird. Der Uebersetzer) nahestehenden Personen den Kampf mit der Revolution. Die Ursache der inneren Unruhen sahen sie in den nichtrussischen Nationalitäten, der Bevölkerung der Grenzgebiete und des jüdischen Ansiedelungsrayons. Die russische Bevölkerung, besonders die russischen Soldaten, wurden in Hunderttausenden von Proklamationen empörendsten Inhalts aufgefordert, gegen die „Aufrührer" vorzugehen. Diese Proklamationen wurden von Mitgliedern des Verbandes persönlich nach verschiedenen Städten gebracht und Mitverbündeten und „treuen Leuten" ausgehändigt, die ihrerseits die Aufrufe vorsichtig und mit gewisser Auswahl verbreiteten. In der Stadt begann es unruhig zu werden, es verlautete von bevorstehenden Metzeleien. Deputationen fuhren zum Gouverneur; dieser beruhigte sie, fühlte aber selbst, daß etwas nicht in Ordnung war. Aus dem Ministerium flogen Telegramme wegen Erhaltung der Ruhe, aber es geschah oft, daß die Polizeibeamten überzeugt waren, die ergriffenen Maßregeln seien nur ein Schein, der wahre Zweck der Regierung wäre ein anderer! Sie lasen zwischen den Zeilen und über die Befehle des Gouverneurs hinweg gehorchten sie einer anderen, aus der Ferne kommenden Stimme. kurz — eine unglaubliche Konfusion, eine völlige Desorganisation und Demoralisation der Staatsgewalt.

Unterdessen, noch im Herbst des Jahres 1905 (und wie es scheint, vor dem Witteschen Ministerium) begann in Petersburg, in einem der entlegenen Zimmer des Polizeidepartements, eine Druckmaschine zu arbeiten, die aus den Mitteln des Departements angeschafft war. An der Maschine arbeiteten ein Gendarmerieoffizier in Zivil, namens Komissarow, der mit einigen Gehülfen eifrig dabei war, die „patriotischen" Aufrufe herzustellen. Das Geheimnis dieser illegalen Druckerei war so gut gehütet, die ganze Tätigkeit ihrer Organisatoren so verschwörungsmäßig geführt, daß nicht nur im Ministerium des Innern, sondern auch im Polizeidepartement selbst nur wenige davon wußten. Die Tätigkeit der geheimen Gesellschaft, der die Druckerei diente, schien sehr erfolgreich zu sein; denn auf Befragen einer Person, die zufällig der Druckerei auf die Spur gekommen war, antwortete Komissarow: **„Wir können einen Pogrom ganz nach Wunsch machen: wenn man will, auf zehn Menschen, wenn man will, auf zehntausend".** Dieser Satz ist nicht erdacht, sondern er ist eine historische Tatsache. Ich kann hinzufügen, daß für den 8. Februar in Kiew eine Metzelei für zehntausend geplant war, aber es gelang, sie rechtzeitig zu verhindern.

Man sagt, der Vorsitzende des Ministerrats hätte einen schrecklichen Nervenanfall bekommen, als man ihm diese Tatsachen mitteilte. Er beorderte sofort Komissarow zu sich, der ihm über seine Tätigkeit und seine Befugnisse Bericht erstattete — und in einigen Stunden waren Druckerpresse, Aufrufe, alles verschwunden. Deshalb wird niemand, selbst der Minister des Innern, im stande sein, der Duma die Namen derjenigen zu nennen, die die Tätigkeit der Organisation leiteten, ihre Mitglieder straflos hielten, die Geister der Polizei- und anderer Beamten in ihrem Banne hatten und sogar Belohnungen und Gehalts-Erhöhungen für diejenigen erwirkten, die sich besonders energisch erwiesen. Die Häupter der Organisation befinden sich außer dem Machtbereich des Ministeriums, und für sie ist es höchst gleichgültig, ob der Minister ihnen gegenüber eine feindliche oder freundliche Stellung einnimmt. Auch ein aus der Dumamehrheit gebildetes Ministerium wird nie und nimmer imstande sein, im Lande Ordnung zu schaffen, **solange unbekannte, abseits hinter festen Mauern stehende Leute mit groben Händen die einzelnen Teile des Staatsmechanismus angreifen,** ihre politische Unwissenheit am lebenden Organismus auslassen, sich mit einer Art politischer Vivisektion beschäftigen werden! Darin liegt die Gefahr, und sie wird nicht schwinden, so lange die Schicksale des Landes von Leuten beeinflußt werden, die nach ihrer Erziehung Unteroffiziere und Schutzleute und nach ihrer Ueberzeugung Hooligans sind."

Die Enthüllungen des Fürsten Urussow werfen ein grelles Streiflicht auf das zweifellose Bündnis zwischen Polizei, „Patrioten"-Bund und Hofkamarilla, die eine Art geheime Regierung bilden, vor der sich selbst das Ministerium beugen muß, da es nur ein Werkzeug derselben ist. —

* * *

Jaurès schreibt in der „Humanité":

„Frankreich ist zum großen Teil für die Bialystoker Metzeleien verantwortlich. Die jüdische Finanz hat zusammen mit der christlichen Finanz dem Zarentum die Mittel geliefert, weiter zu leben und den russischen Juden das Messer ins Herz zu stoßen. Wann wird diese scheußliche Mitarbeit Frankreichs ein Ende nehmen? Es wäre anscheinend zu viel verlangt, wenn wir wollten, daß die Republik der ersten russischen Volksvertretung amtlich ihre Sympathien ausdrücke. Was viele europäische Parlamente getan haben, hat unseres noch nicht zu tun gewagt. Aber unterhalten wir wenigstens nicht mit französischem Golde die dauernde Verschwörung des Selbstherrschertums und seiner Bureaukratie gegen Freiheit und Leben des Russenvolkes."

Noch mehr Pogroms?

Odessa, 24. Juni. Der Bevölkerung von Odessa hat sich eine große Aufregung bemächtigt, da ein Komplott entdeckt wurde, welches hier ähnliche Judenmassakers vorbereitet wie in Bialystok. Man hat in Erfahrung gebracht, daß in einem Wirtshause in der Bolchaia Arnautskiastraße geheime Versammlungen stattfinden, in denen Agitatoren durch Reden und Verteilung von Broschüren die Menge gegen die Juden aufreizen.

Volksjustiz.

Petersburg, 23. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Kertsch (Taurien) wurde der Gendarmerieoffizier Scheremetow, der von der Bevölkerung beschuldigt wird, die Judenhetze im Oktober 1905 geleitet zu haben, vor seiner Haustür erschossen.

Wjera Sassulitsch getötet?

Petersburg, 24. Juni. Die Zeitung „Duma" verzeichnet das Gerücht, daß Wjera Sassulitsch in Yalta bei einer Manifestation getötet worden sein soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni.

Jesuiten-Argumentation.

Der ultramontanen „Germania" sind die Angriffe aus den Kreisen der Zentrumsarbeiterschaft auf das Verhalten der Zentrumsfraktion zu den neuen Reichssteuergesetzen recht unbequem. Um die Angreifer eines Besseren zu belehren, leistet sie sich in ihrer Sonntagsnummer den seltsamen Versuch, nachzuweisen, daß erstens die Interessenten der Weltpolitik in „ganz hervorragendem Maße" zu den neuen Steuern herangezogen worden sind, und daß zweitens mehr als die Hälfte der neuen Steuern für sozialpolitische Aufgaben Verwendung finden wird. Den ersten Beweis führt das klerikale Blatt dadurch, daß es einfach erklärt, der Frachtbriefstempel für Waggonladungen, die Tantiemensteuer, die Automobilsteuer und die Erbschaftssteuer, die insgesamt über 100 Millionen Mark einbringen sollen, fielen ausschließlich auf die Schultern der Interessenten der Weltpolitik, den zweiten Beweis durch Aufstellung folgender Tabelle:

1. Für die Witwen- und Waisenversicherung	= 50 Millionen
2. Für die Militärpensionsgesetze	= 20 „
3. Für die Veteranenbeihülfe und Entlastung des Reichsinvalidenfonds	= 25 „
4. Für höhere Wohnungsgeldzuschüsse und Manöverentschädigungen	= 10 „
insgesamt	105 Millionen

Eine echt jesuitische Leistung. Die angeblichen 50 Millionen Mark für die Witwen- und Waisenversicherung sollen gar nicht aus den vom Reichstag angenommenen neuen Steuern bestritten werden, sondern aus den Zolleinkünften der nächsten Jahre, und zwar laut § 15 des Zolltarifgesetzes aus den Mehreinnahmen, welche die Zollverwaltung aus den erhöhten Weizen-, Roggen-, Vieh- und Fleischzöllen des neuen Zolltarifes gewinnt, also aus den durch die Lebensmittel-Verteuerung der Reichskasse zufließenden Mehreinkünften. Demnach ist die Summe von 50 Millionen Mark von der „Germania" einfach erfunden. Es ist höchst fraglich, ob die Summe, die an die geplante Witwen- und Waisenversorgung abgeführt werden soll, jemals die Höhe von 50 Millionen Mark erreichen wird, in den nächsten Jahren wird sie kaum viel mehr als zwei Drittel des genannten Betrages ausmachen. Doch die ehrsame „Germania" weiß sich zu helfen; in den einleitenden Bemerkungen zu obiger Aufstellung der „sozialpolitischen Ausgaben" fertigt sie diesen Einwand einfach mit folgender originellen Logik ab: **„Würde die Lex Trimborn nicht bestehen, so kämen diese 50 Millionen Mark der Reichskasse zugute, und das Steuerbedürfnis wäre um diese Summe vermindert worden."**

Mit demselben Recht könnte sie auch irgend eine andere Ausgabe der Reichskassen, z. B. irgend welche Aufwendungen für unsere herrlichen Kolonien, in die aus den neuen Steuererträgen zu bestreitenden Ausgaben einreihen, denn auch in bezug auf diese Aufwendungen trifft zu, daß, wenn sie nicht aus der Reichskasse entnommen werden müßten, dadurch das Steuerbedürfnis um die betreffende Summe ermäßigt würde.

Ebenso steht es mit den Militärpensionsgesetzen, Wohnungsgeldzuschüssen und Manöverentschädigungen. Erstens kommt nur ein Teil dieser Ausgaben den Unterklassen der Militärpensionen und Beamten zugute, und zweitens gehören Militärpensionen, Manöverentschädigungen usw. überhaupt nicht zu den sozialpolitischen Ausgaben, sondern zu den Ausgaben für den Militarismus.

Vielleicht wird nächstens die „Germania" auch noch Generalgehaltserhöhungen, Manöververpflegungs- und Montierungsgelder zu den „sozialpolitischen Ausgaben" rechnen. Sie scheint alle Ausgaben, die irgend einem Bevölkerungsteil nützen, ganz gleich welchem, für sozialpolitisch zu halten. Als wirkliche sozialpolitische Ausgabe kann höchstens der Zuschuß zum Reichsinvalidenfonds gelten.

Die „Germania" jedoch schließt mit frommem Augenaufschlag ihren Artikel:

„Von diesen 105 Millionen Mark sozialer Ausgaben haben die Besitzenden wiederum den Hauptteil zu tragen. Wir beklagen dies nicht, sondern begrüßen es; aber darin liegt der beste Beweis, wie hervorragend sozial die neue Steuerreform überhaupt ist."

Klerikaler Humbug höchsten Grades! —

Hammerstein-Moral.

Die „Deutsche Tageszeitung" besitzt die echt Hammersteinsche Frechheit, eine lange Salbaderei über die „Moral in der Sozialdemokratie loszulassen. Den Schöne-Brockhusen-Skandal dichtet sie mit echt agrarischer Wahrheitsliebe in eine sozialdemokratische Lockspitzelei um; der ahnungslose Kriminalkommissar Schöne sei von der Sozialdemokratie durch einen von der Partei gedungenen russischen Juden in den Hinterhalt gelockt worden. Daß er in diese Falle gegangen sei, gereiche ihm nicht gerade zum Ruhme: „Aber schließlich wird man es entschuldbar finden, wenn aus höheren Rücksichten ein Kriminalkommissar sich in die Wohnung eines paßnachsuchenden Ausländers begibt, der seine Dienste der Polizei angeboten hatte." So tischt das edle Agrarierorgan hundertfach widerlegte Lügen unverfroren von neuem auf!

Aber damit nicht genug, ritterlich, wie ostelbische Junkersippen nun einmal sind, ist ihnen der ekelhafteste Unrat aus den „Post"-Kloaken gerade appetitlich genug, damit eine Frau zu besudeln, die im russischen Kerker schmachtet. Der abgeschmackteste Tratsch über angebliche, rein persönliche Angelegenheiten der Genossin Luxemburg wird mit förmlich perverser Gier zusammengefegt, um die wehrlose Frau zu beschimpfen. Selbst wenn diese niederträchtigen Verleumdungen nicht ebenso „wahr" wären wie die Darstellungen der „Deutschen Tageszeitung" von der Skandalaffäre Schöne-Brockhusen — welche abgründige Hammerstein-Moral gehörte dazu, derart in den privaten Verhältnissen einer politischen Gegnerin zu wühlen! Aber von einem Blatt, das dem seligen Hammerstein einst so nahe gestanden hat, in dem der unverfälschte Hammerstein-Geist nie aufgehört hat zu pulsieren, kann man freilich nichts anderes erwarten!

Aber wenn das Agrarierblatt die Stirn hat, den Satz zu Papier zu bringen: „Auf welchen Tiefpunkt der Moral muß eine Partei gesunken sein, wenn sie es auf sich nimmt, ein Weib wie Rosa Luxemburg in ihrem Hauptorgan mit einer leitenden Stellung zu betrauen," so ist es doch am Platze, wieder einmal zur Beleuchtung der agrarischen Moral auf den Fall Hammerstein zurückzugreifen. War es doch der agrarischen Anhängerschaft des „Kreuzzeitungs"-Redakteurs zu danken, daß Hammerstein noch 6 Monate lang Chefredakteur des leitenden konservativen Organs blieb, trotzdem ihm in der Presse täglich Handlungen vorgeworfen wurden, auf denen Zuchthaus steht! Erst als ein Mitredakteur Hammersteins austrat, weil er mit einem solchen Gentleman nicht mehr zusammen arbeiten zu können erklärte, erst als der Skandal den leitenden Kreisen bis zum Halse gestiegen war, suspendierte man den edlen Vorkämpfer der Strohdachflickenden!

Wieder aufgefrischt sei, was damals am 18. August 1895 das führende nationalliberale Blatt, die „Nationalzeitung", über den Fall Hammerstein sagte:

„Der Hammerstein-Krach war sehr viel mehr, als eine persönliche Angelegenheit seines Helden; es vollzog sich darin ein Gericht über eine Klasse „konservativer" Politiker, deren am drastischsten entwickelter Vertreter allerdings der Leiter der „Kreuzzeitung" war. Er lag mit den zehn Geboten, den Gesetzen des Staates und der Ehre in jahrelangem Konflikt und geberdete sich während dieser Zeit mit eherner Stirn als Wortführer der Kirche und der Monarchie, als berufener Interpret ehrenhafter Gesinnung und Lebensführung, mit cynischem Vergnügen den einzelnen Gegner und ganze Gesellschaftsklassen schmähend und kränkend. Aber während diese abstoßenden Züge dem Charakterbilde des Herrn von Hammerstein eigentümlich sind, war er in seiner politischen Wirksamkeit nur einer von denen, die allesamt ohne Scheu die unreinsten Geister der Zeit zu Hülfeleistungen im politischen Kampfe zitierten, indem es sich für sie darum handelt, mit allen Mitteln eine durch oder ohne ihre Schuld gefährdete wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Protektion zu behaupten. Der Skrupellosigkeit . . . . entsprach es auch durchaus, daß man, um die vergiftete Hammersteinsche Feder im Kampfe wider die gegnerischen Parteien weiter verwenden zu können, in voller Kenntnis des Charakters und der Handlungsweise dieses Mannes ihn zu halten suchte. Daß dies geschehen, haben die verschiedenen Phasen des Kampfes, der mit dem Verschwinden des Herrn von Hammerstein endete, bewiesen."

Wilhelm von Hammerstein wanderte — obgleich die schwersten seiner Taten verjährt waren — auf 8 Jahre ins Zuchthaus. Aber die „vergiftete Hammersteinfeder" feiert seitdem in Blättern vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung" und der „Post" weiter ihre Orgien der gemeinsten Verleumdung. Und die Nachfolgerinnen der Flora Gaß schmunzeln! —

* * *

Deutsches Reich.

Eine neue Flottenvorlage wird von der „Schles. Ztg." bereits für den nächsten Herbst in Aussicht gestellt. Das konservative Blatt läßt sich melden, daß der Rücktritt des Herrn v. Tirpitz in unterrichteten politischen Kreisen als sicher betrachtet wird, nicht nur wegen seines Gesundheitszustandes, sondern mit Rücksicht darauf, daß im nächsten Herbst eine Erweiterung des vor kurzem vom Reichstage an-

genommenen letzten Flottengesetzes im Reichstage eingebracht werden soll.

Die Meldung klingt nicht allzu unwahrscheinlich. Daß man nicht nur in den Kreisen der Flottentreiber, sondern auch an maßgebender Stelle mit Tirpitz' Leistungen nicht zufrieden war, bewies ja die auffällige Nichtdekorierung des Vaters der letzten Flottennovelle. Und wenn man für die Verbreiterung des Nordostseekanals ja doch einmal 200 Millionen fordern sollte, so käme es auf eine kleine Mehrforderung von ein paar hundert Millionen ja nicht an! —

Die „ehrenvollen Taten" Trothas. Berliner Blätter melden: „Zu einer Abschiedsfeier für den Generalleutnant v. Trotha, den früheren Befehlshaber in Deutsch-Südwestafrika, hatten sich am Sonntagabend annähernd 100 ehemalige und jetzige Offiziere der Schutztruppe im „Weißen Saal" des Kaiserkellers vereinigt. An der Ehrentafel hatten u. a. Platz genommen: der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, Generalfeldmarschall v. Hahnke, Generaloberst Graf v. Schlieffen, Generalleutnant v. Hoepfner u. a. m. Der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg brachte das Kaiserhoch aus, und anschließend daran pries er die ehrenvollen Taten des Generalleutnants v. Trotha."

Der Kolonialprinz von Hohenlohe-Langenburg sollte, nach den Illusionen bürgerlicher Blätter, die „neue koloniale Aera" einleiten. Und dieser neue Mann feiert die „ehrenvollen Taten" jenes verflossenen südwestafrikanischen Oberstkommandierenden, dessen Ausrottungsstrategie und verrufenen Erlasse seinerzeit selbst in der Kolonialpresse sittliche Entrüstung hervorgerufen hatten! —

Der Segen des Marinismus.

Zur Jubelfeier der Werft in Wilhelmshaven hat der Kaiser am heutigen Montag nachstehende Order an den Oberwerftdirektor der kaiserlichen Werft Wilhelmshaven gerichtet:

Am heutigen Tage, an welchem vor fünfzig Jahren die Werft zu Wilhelmshaven errichtet worden ist, entbiete ich den Offizieren, Beamten und Arbeitern dieser Werft meinen kaiserlichen Gruß. Ueberzeugt davon, daß reges Streben und emsiges Schaffen die Werft wie bisher auszeichnen wird, wünsche ich jedem einzelnen in ihrem Dienste den vollen inneren wie äußeren Segen treuer Arbeit. Sie haben diese Order der Werft von Wilhelmshaven bekannt zu geben.

Kiel, an Bord des Dampfers „Hamburg", den 25. Juni 1906.
Wilhelm, I. R.

Mit dem „äußeren Segen" des Marinismus für die im Marineschiffsbau tätigen Arbeiter ist es ein eigen Ding. Als am 28. März dieses Jahres Genosse Legien, der von den Kieler Marinearbeitern in den Reichstag geschickte Vertreter des Kieler Wahlkreises, im Reichstag eine wahre Leporello-Liste von Beschwerden der auf den kaiserlichen Schiffswerften beschäftigten Arbeiter vorbringen mußte, die Herabsetzung von Löhnen, Maßregelung von Arbeitern usw. betraf, da antwortete der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral Tirpitz:

„Das muß ich allerdings sagen, eine unberufene Einmischung von außen wird zurückgewiesen von seiten der Werftdirektion auf meinen Befehl und Sie werden zurückgewiesen von mir. Darüber ist kein Zweifel. Das Vorgehen des Herrn Abgeordneten Legien und seiner Freunde nach der Richtung hin kann nur die Veranlassung werden, **daß die Marineverwaltung in dem Bestreben, die Lebenshaltung ihrer Arbeiter zu verbessern, noch vorsichtiger gemacht wird . . .**"

Die Reinigung der Kolonialbureaukratie wird mit großem Eifer fortgesetzt. Das heißt, es wird eifrig nach den Beamten gefahndet, die Herrn v. Puttkamer durch ihre Indiskretion unangenehme Augenblicke bereitet haben. Am Sonnabend ist in den Räumen der Kolonialabteilung und dann in den Wohnungen der beschuldigten Beamten, Kanzleirat Schneider und Registrator Götz gehaussucht worden, das Ergebnis ist unbekannt. Auch die „Germania" ist behaussucht worden, gefunden hat die Staatsanwaltschaft dort nichts.

Die Affäre hat schon eine sehr hübsche Nebenwirkung gehabt. Die „Germania", die von einem Vertrauensbruch irgendwelcher Beamten nichts zu wissen erklärt, hat weiter geschrieben:

„Wenn er aber vorgekommen ist, so müssen wir doch betonen, daß es an den Symptomen eines Uebels kurieren hieße, wenn man sich darauf beschränken wollte, die hier beschuldigten Beamten zu fassen. Denn worin hätte die Pflichtverletzung dieser Beamten ihren eigentlichen Grund? Doch ganz zweifellos in den gesamten Zuständen der Kolonialverwaltung. Es wäre dann so weit gekommen, daß diese Beamten die Dinge nicht mehr ruhig mit anzusehen vermöchten und als das einzige Mittel, um endlich Wandel zu schaffen, eine Aufklärung Außenstehender betrachteten. Wir hätten das paradox Erscheinende, daß die Beamten sich aus Pflichtgefühl eine Pflichtverletzung hätten zuschulden kommen lassen. Wer sich vergegenwärtigt, was alles, ohne widerlegt worden zu sein, über den Gouverneur v. Puttkamer und andere Beamte der Kolonialverwaltung, über Zustände und Vorkommnisse in den Kolonien öffentlich behauptet worden ist, wer dazu weiß, daß es nur ein kleiner Teil von dem ist, was von Kundigen behauptet wird, aber noch nicht an die Oeffentlichkeit gebracht worden ist, und wer dann sieht, wie die Leute, gegen die die schwersten Beschuldigungen erhoben werden, unbehelligt bleiben sollen, der kann sich doch schließlich nicht wundern, wenn einen anständigen Beamten, der alles mitansehen muß, die sittliche Entrüstung packte und er ein kleineres Unrecht wählte, um größeres zu verhüten."

Sittlich entrüstet nagelt die Post die „Germania" auf diese „nette Moral", die „ganz auf der Höhe sozialdemokratischer Moralbegriffe" stehe, fest. Wir aber wollen diese Aeußerung des Zentrumsblattes aufheben für den Fall, daß dem „Vorwärts" einmal wieder von frommen Zentrumsblättern Hetzerei, Anstiftung zum Diebstahl und wer weiß welche Schändlichkeiten vorgeworfen werden wegen der Veröffentlichung geheimer amtlicher Aktenstücke.

Uebrigens hat sich seinerzeit, als der „Vorwärts" die Plötzensee-Dokumente brachte, Herr Mugdan, der freisinnige Scharfmacher, in Tönen höchster sittlicher Entrüstung hören lassen. Was werden wir jetzt hören, da die „Freisinnige Zeitung" in gleicher Verdammung ist? Etwa nichts? —

Wie Jesko seine Richter instruierte.

Ueber das Verhältnis, das in unserem tropischen Puttkamerun zwischen Gouverneur, Richtern und Missionaren bestand, gibt folgender allerliebste Ukas unseres, zu 12 000 M. Ruhegehalt disziplinierten Jesko interessanten Aufschluß:

„Nach meiner Erfahrung kann Zeugenaussagen von Schwarzen irgend ein Gewicht nicht beigemessen werden. Bei Aussagen von Missionaren ist es wichtig, ihren Bildungsgrad nicht unberücksichtigt zu lassen; manche von ihnen sind in ihrer Heimat Kuhjungen gewesen. Aussagen von Pflanzern und ihrer Beamten sind im allgemeinen vertrauenswürdig. Sie haben eine gute kaufmännische und oft sogar eine akademische Bildung, sind auch oft Offizier gewesen. Man braucht demgemäß, wenn die Aussagen von Pflanzern und Missionaren sich gegenüberstehen, die Aussagen der letzteren nicht grundsätzlich für wertvoll zu halten."

Nach den „Berl. Neuest. Nachr." haben sich die Kamerunner Missionare über diese Kundgebung beim Kolonialamt beschwert. Was man ihnen geantwortet hat, wird nicht mitgeteilt. —

Die Wirkung der Fahrkartensteuer kennzeichnet sich für die speziell badische Einrichtung des Kilometerheftes dadurch, daß die bis Ende Juli erworbenen Hefte noch steuerfrei bleiben. Das Kilometerheft der 3. Klasse wird vom 1. August ab mit einer Mark besteuert; **für die höheren Klassen beträgt die Steuer 4 resp. 8 M. —**

Soldatenschinderei im Arrest. Wegen vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen in 6 Fällen und wegen Beleidigung Untergebener hatte sich in Frankfurt a. O. der Arrestaufseher Vizefeldwebel Hermann H. von der Halb-Invalidenabteilung des dritten Armeekorps zu rechtfertigen. Sobald die Arrestanten, die er zu beaufsichtigen und zu bedienen hatte, nicht fließend hersagen konnten, weshalb sie in Arrest säßen, ließ er sie **Kniebeuge bis zur Erschöpfung machen.** Ferner schüttete er in einem Falle dem Gefangenen Essen und Kompott usw. in einen Napf mit dem Bemerken: „Das Schwein kann's fressen, und wenn es es anders haben will, muß es sich einen Teller mitbringen." H. wurde zu 2 Wochen gelindem Arrest verurteilt! —

Vom ostafrikanischen Kriegsschauplatze.

Nach einem Telegramm des kaiserlichen Gouvernements von Deutsch-Ostafrika ist das Detachement Reitzenstein am 17. Juni in Kondoa-Irangi eingetroffen und hat am 18. Juni den Weitermarsch nach Iraku angetreten, um mit dem Detachement Abel Verbindung zu gewinnen.

Aus dem Süden meldet Hauptmann Schönberg die Errichtung eines Europäerpostens, um die Aufständischen in Likwela nördlich Liwale zur Unterwerfung zu bringen, welche noch Neigung zum Widerstand zeigen. Zwei der dortigen Hauptführer überfielen einen bereits unterworfenen Jumben in Rangoscho nordwestlich Liwale.

Das Detachement Schönberg nimmt gegenwärtig an der konzentrischen Operation gegen die Landschaft Ngende teil. —

Ausland.

Frankreich.

Die antisozialistische Kammer.

Paris, 22. Juni. (Eig. Ber.)

Die große Debatte über die allgemeine Politik der Regierung, die sich zu einem Kampfe zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsauffassung entwickelt hatte, ist gestern beendet worden. Nach Biétry und Clémenceau trat als dritter Sozialistentöter Herr Paul Deschanel in die Schranken. Das parfümierte Kompott von Lesefrüchten, das er darbot, fand aber die Kammer nicht mehr bei Appetit. Nachdem noch der Ministerpräsident die Regierungserklärung in einer Weise kommentiert hatte, deren Schwächlichkeit gegenüber den Verheißungen Clémenceaus fast auf Absichtlichkeit schließen ließ, bekam die Regierung ein Vertrauensvotum aller bürgerlichen Parteien. Es spricht aus, daß die Kammer der Regierung das Vertrauen schenkt: daß sie die vom Land verlangten Reformen im klarsten und kühnsten demokratischen Sinne durchsetzen werde.

Die von den Sozialisten eingebrachte Tagesordnung, die wegen der anläßlich der Streikbewegung verhängten Willkürmaßregeln den Tadel aussprach und als das einzige Mittel, den Konflikten zwischen Arbeit und Kapital ein Ende zu machen, die kollektivistische Gesellschaft erklärte, jedoch die Bereitwilligkeit der Sozialisten aussprach, an der sozialen Reform mitzuarbeiten, fand nur 55 Stimmen.

Also ein glänzender Sieg der Regierung! Und eine vernichtende Niederlage des Sozialismus! So sieht es wenigstens in der bürgerlichen Presse. Als ob jemals noch so hinreißende Rednerkunst und noch so gute Argumente über die Interessengegensätze der Klassen Macht gewonnen hätten. In Wirklichkeit konnte der Sozialismus in dieser Debatte gar nicht besiegt werden. Wie Jaurès das so treffend ausgedrückt hat, als er sagte: „Wir wenden uns an das allgemeine Stimmrecht von morgen." — Und jenen, die von „verlorener Zeit" sprechen, die man „besser für ein paar Reformparagraphen verwendet" hätte, kann man erwidern, daß es beste sozialdemokratische Tradition ist, das Parlament vor allem auch als Mittel der Propaganda zu betrachten.

Für die Regierung ist das Vertrauensvotum gerade durch seine Größe eher kompromittierend. Wenn die sozialen Reaktionäre, die im Zentrum sitzen, der Regierung „vertrauen", auch wenn sie radikale Reformen verspricht, kann man daraus schließen, wie wenig ernst der Sozialradikalismus der Regierung genommen wird. — Herr Clémenceau hat sich zum sozialistischen Minimalprogramm bekannt, aber das hat ihm auch das Vertrauen jener nicht entzogen, die schon in der Einkommensteuer und in der Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke den Beginn des Weltunterganges sehen. Wenn der Haß gegen die Sozialisten und die Furcht vor ihnen heute nicht das politische Denken der Radikalen beherrschten, müßten sie sich eingestehen, daß der gestrige Sieg der radikalen Regierung eine moralische Niederlage der radikalen Politik bedeutet. Die erste große politische Debatte der neuen Kammer hat schon offenbart, daß der Radikalismus untauglich ist, neue Richtungen einzuschlagen. Als über den Anschlag der Rede Clémenceaus abgestimmt wurde, trennten sich die am weitesten fortgeschrittenen Mitglieder vom bürgerlichen Block und enthielten sich zumeist der Abstimmung. Der Chef der radikalen Regierung aber holte sich bei den Erben der Opportunisten die Autorisation, seine Kriegserklärung gegen die Sozialisten im ganzen Lande anschlagen zu lassen! Die Entwickelung der Klassengegensätze raubt den Ideologien des Combismus die Lebensmöglichkeit.

In bezug auf unsere Bemerkungen über die Abstimmung über die Affichierung der Rede Clémenceaus werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß Genosse Pressensé der Sitzung nicht beiwohnte, daß seine Stimme also durch einen der in der Kammer nicht seltenen Mißbräuche in diesem Sinne abgegeben worden sein wird. Dagegen finden wir den Namen des Abgeordneten Camuzet auch in der Liste jener Deputierten, die gestern für das Vertrauensvotum gestimmt haben. —

Initiativanträge der sozialistischen Fraktion in der Kammer.

Unsere französischen Parteigenossen haben eine Reihe Anträge eingebracht, von denen wir die folgenden als die wichtigsten hervorheben: Basly beantragte die Einsetzung einer permanenten Kommission zum Studium der Fragen betr. die Bergbauindustrie. Genosse Constans fordert die Summe von 500 000 Frank zur Unterstützung der am 1. Mai entlassenen Arbeiter. Ein anderer von ihm eingebrachter Gesetzentwurf hat die Unterdrückung der Wahlfälschungen zum Ziel. Constans beantragt ferner Annullierung der Konzessionen zur Ausbeute an die Arbeiter. In einem anderen Antrag fordert Constans die Beseitigung des Artikels 7 des Gesetzes vom 3. Dezember 1849 betreffend die Ausweisung von Ausländern, und schließlich hat er ein Gesetz eingebracht, welches die Versicherung der Landarbeiter gegen Unfall vorsieht. Die von Basly beantragte Resolution ist bereits zur Annahme gelangt. —

Verurteilte Antimilitaristen entlassen.

Paris, 24. Juni. (Eig. Ber.)

Die Regierung hat einen Teil der im großen Antimilitaristenprozeß Verurteilten noch vor der Einbringung der Amnestievorlage entlassen. Gestern wurden 14 von ihnen auf freien Fuß gesetzt. Die Freilassung erfolgte „bedingungsweise" und betrifft durchwegs die zu einem Jahr Gefängnis Verurteilten. Unter ihnen befinden sich der Sozialist Desplanques und der Literat Urbain Gohier, der durch seine Veröffentlichungen in der reaktionären Presse kein allzu rühmliches Aufsehen erregt hat. Jedenfalls deutet dieser Freilassungsakt darauf hin, daß die Regierung mit der Amnestie nicht mehr zögern will. —

Dreyfus.

Paris, 25. Juni. Der Generalstaatsanwalt ergreift das Wort zu seinen Anträgen. Er führt zunächst aus, die Revisionsrichter befänden sich durchaus nicht in Verlegenheit, wie man behauptet habe, denn es seien nicht nur zahlreiche Fälschungen in dem Dossier des Nachrichtenbureaus des Generalstabs entdeckt worden, sondern man kenne auch bestimmt die Urheber dieser Fälschungen. Der Staatsanwalt zählt dann die vielfachen Gründe auf, aus denen die Revisionsverhandlung sich verzögert habe, und fügt hinzu, diese Verzögerung habe glücklicherweise dazu geführt, daß bezüglich der **Dreyfus-Angelegenheit jetzt Ruhe herrsche. — Der Generalstaatsanwalt** erinnert daran, daß der Antisemitismus in der Dreyfusaffäre eine beträchtliche Rolle gespielt habe und kommt nach eingehender Darlegung der Verhandlungen vom Jahre 1894 zu dem Schlusse, die Verurteilung Dreyfus' sei damals nur mittels ausgesprochenster Verbrechen durchgesetzt worden. Um 5 Uhr nachmittags wird die Verhandlung vertagt. —

Der französisch-schweizerische Zollkonflikt.

Paris, 24. Juni. (Eig. Ber.)

Der Zollkrieg, der infolge der Melineschen Hochschutzzollpolitik 1892 zwischen Frankreich und der Schweiz ausgebrochen war und der erst nach dreijähriger Dauer durch einen Handelsvertrag beigelegt wurde, droht sich zu erneuern. Nach 90 Sitzungen sind die Unterhändler der beiden Staaten noch nicht dazu gelangt, die Differenzen beizulegen, die in bezug auf einige Tarifsätze bestehen. Die Lyoner Seidenindustriellen verlangen eine Erhöhung des Einfuhrzolls auf Seidenwaren, die sie vor der Züricher Konkurrenz befreien soll. Ebenso fordern die Stickereiindustriellen von St. Quentin und Calais Schutz vor der Konkurrenz von St. Gallen. Die Schweizer sind bereit, eine Erhöhung der Seidenzölle anzunehmen, jedoch nicht in dem von den Franzosen geforderten Maße. Auch in Frankreich wird in den am Zustandekommen des Handelsvertrages interessierten Kreisen darauf hingewiesen, daß sich die angeblich bedrohten Industrien in einer sehr guten Lage befinden. Welche Wirkung ein Zollkrieg auf das Wirtschaftsleben der beiden Staaten hätte, läßt sich aus den Folgen des Zollkrieges von 1892 bis 1895 schließen. Damals sank die französische Einfuhr aus der Schweiz von 102 auf 73 Millionen Frank, die Ausfuhr von 180 auf 110! In den 10 Vertragsjahren aber stieg die Einfuhr auf 110, die Ausfuhr auf fast 300 Millionen. Außer dem Handelsverkehr kommt noch der Transitverkehr von 800 000 Tonnen in Betracht, der sich im Falle eines Zollkrieges nach Antwerpen, Genua, Bremen und Hamburg wenden würde. —

Italien.

Attentäterei.

Der König begab sich mit seiner Frau am Sonntag früh nach Ancona, um der Grundsteinlegung eines neuen Hospitals und der Eröffnung des — Scheibenschießens beizuwohnen. Gegen 12 Uhr reisten sie wohl und munter nach Rom zurück.

In der Nacht zuvor hat die Behörde im Dorfe Castelferratti — 25 Kilometer von Ancona entfernt — in einem Hause drei Bomben beschlagnahmt und ein paar Verhaftungen vorgenommen. — Natürlich witterte man sofort ein geplantes Attentat auf den Eisenbahnzug des Königs.

Die ganze Geschichte sieht sehr nach Mache aus. —

„Gnade" statt Recht?

Rom, 25. Juni. (B. H.) Der Abgeordnetenausschuß, der mit der Prüfung der Frage beauftragt ist, ob der sozialistische Abgeordnete Ferri zu verhaften sei, hat seinen Bericht eingereicht und **die Verhaftung beschlossen!** Der Ausschuß empfiehlt aber gleichzeitig die Einreichung eines Gnadengesuches an den König.

Es handelt sich bekanntlich um die Verurteilung Ferris zu 14 Monaten Gefängnis wegen Aufdeckung des ungeheuerlichen Terni-Schwindels.

Und da wollen die Herren Kollegen vom Ausschuß beim Könige um „Gnade" für Ferri betteln! —

Norwegen.

Das Possenspiel von Trondhjem.

Der Himmel war der widerwärtigen Krönungskomödie, die am Freitag in Trondhjem aufgeführt wurde, nicht günstig gesinnt: Kalte Regenschauer strömten herab auf die Menge der gaffenden Untertanen, daß ihnen die Festgewänder klatschnaß am Leibe herunterhingen. In der Domkirche wurde die Komödie von den ehemaligen Republikanern weltlichen und geistlichen Standes wie von den beiden Salbungskandidaten mit der nötigen Feierlichkeit und ernsten Mienen gespielt. Nicht weniger als 12 Gebete und religiöse Zauberformeln wurden gesprochen, als man dem König den Purpurmantel umhängte, als ihm Stirn und Handgelenk gesalbt wurden, als Michelsen ihm die Krone aufsetzte, Løbland ihm das Septer, Arctander ihm den Reichsapfel reichte, und als — nachdem er dies Ding wieder abgeliefert hatte — der Kriegsminister Olsson ihm das Schwert in die Hand gab. Alle behaupteten sie steif und fest, es sei Gott, der dem Könige diese Zeichen der Macht und Würde übergebe! War man bisher in dem Irrtum befangen, das norwegische Volk oder dessen Storthing sei es gewesen, das den König wählte, so wurde man nun darüber aufgeklärt, daß es Gott war. Ob es aber der selbe Gott war, der den alten König vom Thron stieß, davon verlautete natürlich nichts. — — Auch die Königin wurde mit denselben Ceremonien gesalbt, gekrönt, und sie bekam dieselben Gegenstände in die Hände gedrückt wie der König — mit Ausnahme des Schwertes.

Wollte man alle die Phrasen, die bei der Feierlichkeit gesprochen wurden, für bare Münze nehmen, so hätte das norwegische Volk jetzt seine ganze politische Macht an den König abgegeben. —

Serbien.

Belgrad, 25. Juni. Bei den Wahlen zur Skuptschina sind gewählt: 79 Altradikale, 49 Jungradikale, 14 Nationalisten, 8 Fortschrittler und ein Sozialdemokrat. Aus drei Kreisen steht das amtliche Wahlergebnis noch aus. Es sind neun Neuwahlen erforderlich. —

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Parteitag Mannheim 1906.

Alle den Parteitag betreffenden Anfragen, Anmeldungen (Wohnungen usw. betreffend) sind an den Vorsitzenden des Parteitagskomitees, Aug. Droesbach, Mannheim, Druckerei der „Volksstimme", R 3, 14, zu richten.

Franz Morawski †. In Kattowitz starb letzten Sonntag an den Folgen eines Herzleidens, noch nicht 59 Jahre alt, Franz Morawski, einer unserer bravsten Parteigenossen. Seit 36 Jahren hat er unermüdlich und unter schwersten Opfern für die Sozialdemokratie gewirkt. Franz Morawski, der Sohn eines polnischen Kleinbauern aus der Provinz Posen, kam 1869 als 22jähriger Tischlergeselle nach Berlin und wurde hier bald ein überaus eifriger Mitarbeiter sowohl in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Bewegung. Er richtete seine Tätigkeit hauptsächlich auf die Propaganda unter seinen polnischen Landsleuten. Als er seine aufklärende Arbeit in seiner Heimatprovinz Posen ausübte, fiel er bald in die Hände der Justiz, die in den achtziger Jahren jede sozialdemokratische Bewegung in Posen in grausamer Strenge zu ersticken bemüht war. Auf Morawski und seine Mitkämpfer hagelten schwere Geld- und Gefängnisstrafen für alle möglichen „Verbrechen" herab. Dann wurde M. auch in den denkwürdigen großen Posener Geheimbundprozeß verwickelt und nach einjähriger Untersuchungshaft, die durch die empörend harte Behandlung zu einer unerträglichen Qual für ihn und seine Leidensgenossen wurde, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Von der langen Untersuchungshaft wurde nichts auf die Strafe angerechnet. Die Leiden dieser [illegible]weieinhalbjährigen Gefängniszeit legten den Keim zu der Herzkrankheit, der unser Genosse jetzt zum Opfer gefallen ist.

Aber Morawski ließ sich nicht abschrecken. Unermüdlich arbeitete er weiter an seiner Lebensaufgabe, das polnische Proletariat für die Sozialdemokratie zu gewinnen, und als nach dem Falle des Sozialistengesetzes sich eine besondere polnisch-sozialdemokratische Organisation bildete, wirkte M. in Wort und Schrift, als Agitator und als Redakteur des polnischen, in Berlin erscheinenden Parteiblattes „Gazeta Robotnicza" für die Ausbreitung dieser Organisation. Und als dann die Bewegung auch im oberschlesischen Industriebezirk entstand, war auch hier Morawski einer der Tätigsten. Er übersiedelte 1901 mit dem polnischen Parteiblatt von Berlin, wo es wegen

dreißig Jahre gelebt und gewirkt hatte, nach Kattowitz. Schon Anfang 1902 wurde er auf Grund der Denunziation eines vom Polizeirat Mädler bezahlten Lockspitzels, Gusener, verhaftet unter der Beschuldigung, jenem Burschen ein Exemplar des verbotenen polnischen Liederbuches verkauft und dadurch Aufreizung zu Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Und das unmöglich Erscheinende ward zur Tatsache: Morawski ward wegen Verletzung des § 130, angeblich begangen durch den von ihm bestrittenen Verkauf eines Liederbuchs an einen Polizeispitzel, zur Höchststrafe, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die angebliche Mittäterin an diesem Verbrechen, Genossin Golde, zu einem Jahre. Morawski hatte gleich nach seiner Verhaftung eine andere rechtskräftige Strafe von vier Monaten Gefängnis angetreten, war aber aus der Strafhaft wieder in Untersuchungshaft übergeführt worden, ohne daß die oberschlesischen Richter ihm bei der Verurteilung auch nur einen Tag dieser Untersuchungshaft auf die Strafe anrechneten.

Auch diese furchtbare, fast drei Jahre dauernde Leidenszeit in einem oberschlesischen Gefängnis hat Morawski unerschüttert ertragen. Und als er Anfang 1905 das Gefängnis verließ, war er vom ersten Tage der Freiheit an wieder in der ersten Reihe der Kämpfer zu finden, trotzdem sein bedeutend verschlimmertes Herzleiden sehr entschiedene Ruhe von ihm forderte. Mutig stürzte er sich in den Wahlkampf, den die Ungültigkeitserklärung der Wahl Korfantys für den Wahlkreis Kattowitz-Zabrze herbeiführte, in dem Morawski seit 1898 sozialdemokratischer Reichstagskandidat war. Die Aufregungen des anstrengenden Wahlkampfes, zu welchen häßliche persönliche Verunglimpfungen besonders seitens des polnischen Gegners, Korfanty, kamen, war der zerrüttete Körper des Genossen nicht mehr gewachsen, die gefährliche Krankheit machte reißende Fortschritte und nach schwerem Leiden ist Morawski am Sonntag in den Armen seiner Familie gestorben. Mit ihm ist einer unserer Besten dahingegangen, ein schlichter, bescheidener Mann, der für seine Ideale jedes Opfer willig trug und in seinem nimmer rastenden Eifer, seiner heldenmütigen Selbstverleugnung allen seinen Klassengenossen ein Beispiel edelster Pflichterfüllung gab. Ehre seinem Andenken!

Genosse R. Bérard, der langjährige verdiente Leiter der Hamburger Parteidruckerei, hat am Freitag sein 50jähriges Berufs-(Buchdrucker-)Jubiläum gefeiert. 1856 begann er die Lehre. Nach den Wanderjahren trat er zu Hamburg in die Partei ein, 1877 ward er der Leiter der Genossenschaftsbuchdruckerei, die später in Liquidation trat und vom Genossen Dietz übernommen wurde und seit 1890 die Firma Auer & Co. trägt. Nur eine kurze Unterbrechung erfuhr die Tätigkeit Bérards für dieses Parteiunternehmen, als er 1878 in der schlimmen Zeit des Attentatschreckens Redakteur des damaligen Kieler Parteiblatts war, was ihm eine Gefängnisstrafe eintrug. Bérards umsichtiger und eifriger Tätigkeit war es vornehmlich zu danken, daß die Hamburger Parteidruckerei dem Ausnahmegesetz nicht erlag, und die gute kräftige Entwickelung seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist ihm zum großen Teil auf die Rechnung zu setzen. Möge er noch recht lange an der Spitze des Unternehmens seine Kräfte in den Dienst der Partei stellen.

Die Forster Zwistigkeiten spitzen sich immer mehr zu. Wir haben Abstand davon genommen, die lange Erklärung der Preßkommission der „Märk. Volksstimme" gegen den Genossen Marckwald zu bringen, weil wir annahmen, daß mit der von Marckwald beantragten Einsetzung einer Kommission, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand die gegen M. erhobenen Vorwürfe prüfen soll, eine vorläufige Ruhepause in den öffentlichen Kundgebungen erfolgen würde. Das ist aber nicht so.

Die Monatsversammlung des Ortsvereins Forst hat vielmehr, — wie die „Märkische Volksstimme" mitteilt, auf Betreiben und Antrag Marckwalds — beschlossen, daß die Genossen Perner-Forst und Rubendunst-Kottbus, Vorsitzender der Preßkommission, wegen Veröffentlichung der besagten Preßkommissionserklärung in der „M. V." aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. (Soll wohl heißen, daß der Verein den Ausschluß im Schiedsgerichtsverfahren beantragt.) Ferner beschloß die Versammlung mit 78 gegen 45 Stimmen — ebenfalls auf Betreiben Marckwalds, wie die „M. V." behauptet — daß Genosse Noack (der Befürworter von M.s Kandidatur) in sämtlichen Ortsvereinen des Verbreitungsbezirks über den „Fall Marckwald" referieren solle. Ein weiterer Beschluß lautet, den Genossen Sommer seines Amtes als Preßkommissionsdelegierter zu entheben, weil er für Marckwalds Entlassung gestimmt hat und an seine Stelle den Genossen Noack zu wählen. Endlich ist auf Antrag Marckwalds folgender Beschluß gefaßt worden: Die von der Redaktion der „Märkischen Volksstimme" abgelehnte „Erwiderung" ist im Bericht der „M. V." zu veröffentlichen. Wird ihre Aufnahme wiederum abgelehnt, so soll sie auf Kosten des Ortsvereins als Inserat erscheinen; lehnt dieses Verlangen der Verlag ab, so soll sie als Extrabeilage, und falls dieses verweigert wird, als Flugblatt gedruckt werden, eventuell in der Druckerei der „Bresl. Volkswacht". Nachdem alle diese Anträge angenommen waren, erklärte der Vorsitzende Genosse Bonack sich außerstande, die hieraus erwachsende Arbeitslast allein übernehmen zu können. Darauf wurde die bekannte Fünfer-Kommission mit der Ausführung der Marckwaldschen Vorschläge beauftragt.

Die Preßkommissionserklärung beschuldigte Marckwald im wesentlichen, daß er den Genossen Perner, seinen Kollegen in der Redaktion der „M. V.", durch einen Brief an den Vorsitzenden der Preßkommission beleidigt habe, daß er der Preßkommission angeboten habe, für einen Teil der Diäten, die er als Abgeordneter beziehen würde, einen dritten Redakteur anzustellen, der namentlich auch verantwortlich zeichnen solle. In diesem Versuch, die verantwortliche Zeichnung einem dritten Redakteur zuzuschieben, um nicht selbst zeichnen zu müssen, hat die Preßkommission eine Handlung gesehen, die ihre Aufnahme besonders rechtfertigt — was nicht unter allen Umständen zutreffen wird. Wir sind indes nicht in der Lage zu prüfen, ob das Verhalten M.s in diesem Falle einen Verstoß bedeutet oder nicht. Endlich macht die Preßkommission geltend, daß M. mehrfach über den Kopf des verantwortlichen Redakteurs Perner hinweg bedenkliche Artikel in die Druckerei gegeben habe. — Wir müssen annehmen, daß die Erklärung nicht alles behandelt, was in der Preßkommission wider M. vorgebracht und die Kündigung verursacht hat, wenigstens läßt die Aeußerung M.s in der Forster Versammlung, man habe kleine Schwächen benutzt, um einen Mann zu verderben, darauf schließen.

Das Forster Parteiblatt fordert, daß der Parteivorstand angesichts der Marckwaldschen Agitation schleunigst eingreife. Das erscheint uns auch sehr geboten.

* * *

Genosse Marckwald sendet uns zur Erklärung des Genossen Plottke eine Erwiderung, wonach er seine Angaben aufrecht erhält und Zeugen dafür angeben kann, daß er sich nämlich der bewußten „Selbstbeweihräucherung" nicht schuldig gemacht habe.

Gewerkschaftliches.

Ein „roter" Sonntag in Posen.

Posen, 24. Juni.

Um die durch den letzten Maurerstreik in Posen entstandene bessere Stimmung unter den hiesigen Arbeitern und Handwerkern zur Stärkung der Organisationen der einzelnen Zentralverbände auszunutzen, hatte das hiesige Gewerkschaftskartell der freien Verbände am heutigen Sonntag eine recht umfangreiche Agitation entfaltet. Sorgsam gehütet vor den Blicken der hiesigen Polizeiorgane, wurde durch zahlreiche Genossen der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen die Massenverteilung eines Flugblattes, betitelt: „Was lehren die Lohnkämpfe des letzten halben Jahres in Industrie und Gewerbe der Stadt Posen?" vorgenommen. Nicht weniger als 240 Mann hatten die Verteilung übernommen, welche vorher bis in das kleinste Detail organisiert war, indem die Stadt in 9, die umliegenden Ortschaften in 7 verschiedene Bezirke eingeteilt wurden, in welchen die einzelnen vorher festgestellten Arbeiter und Handwerker persönlich aufgesucht und ihnen das vorgenannte Flugblatt überreicht wurde. Der Polizei, die im letzten Augenblick von der großen Staatsaktion in Kenntnis gesetzt worden war, gelang es nicht, einen oder den anderen der Verteiler festzustellen. Die Feinde der freien Verbände sind auch die Feinde der Arbeiterinteressen. Den Kampf gegen jene Finsterlinge und Feinde der Arbeiterschaft zu führen, haben die freien Verbände bisher als ihre Aufgabe betrachtet, und so soll es auch in Zukunft bleiben. Zum Schluß enthält das Flugblatt die Einladung zu einer am Mittwoch, den 27. Juni, im Sommerschen Lokale in Jersitz stattfindenden großen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt aus Berlin über: „Ziele und Taktik der Zentralverbände" einen Vortrag halten wird.

Berlin und Umgegend.

In der Angelegenheit des Konfliktes bei der Firma Schmalisch u. Below schreibt man uns: Zu der Akkordfrage hat sich schon der Zentralverband der Maurer in der Nr. 140 des „Vorwärts" im zutreffenden Sinne geäußert und sei deshalb hier nur noch bemerkt, daß die Verhängung der Sperre seitens der Sektion der Fliesenleger auf Grund der Erklärung des Legers Fritz erfolgte, er arbeite nicht mehr bei der Firma Schmalisch u. Below, er habe von der Firma die Arbeit selbständig übernommen und seine Kollegen arbeiteten bei ihm. Diese Erklärung genügte vollkommen. Wußten wir doch, daß schon im Frühjahr einige Leger der Firma, darunter der christliche „Vorarbeiter" Klemmt, dabei waren, einen Akkordtarif auszuarbeiten. — Wenn uns als alleiniger Grund der Arbeitseinstellung das Verlangen, mit den „Christlichen" nicht zusammen arbeiten zu wollen, unterschoben wird, so ist dies ja durch Vorstehendes schon widerlegt; jedoch wollen wir auch auf diese Seite der Sache eingehen. Nicht gegen die „Christlichen" als solche bestand eine Antipathie der Leger und Hülfsarbeiter, hatte doch Klemmt 8½ Jahre unter ihnen gearbeitet — ihr immer schärfer provozierendes Auftreten zwang uns zu unserer Stellungnahme. Wie in allen Fliesengeschäften wo nicht der Lohn im Kontor ausgezahlt wird, war es auch bei den Arbeitern der Firma Schmalisch u. Below eingeführt, sich von Zeit zu Zeit zwecks gegenseitiger Aussprache in einem bestimmten Lokal zusammenzufinden. Daß hierzu der Werkführer und später auch der Vorarbeiter Klemmt nicht mehr geladen wurden, wird jeder Arbeiter als selbstverständlich betrachten. Klemmt bekundete jedoch in letzter Zeit an diesen Zusammenkünften ein besonderes Interesse. Als er zu einer beabsichtigten Zusammenkunft nicht geladen war, schlug er bei einem Kollegen auf den Strauch und sagte diesem ganz dreist, Puttlitz, der Vorsitzende der Vereinigung, hätte ihn von dem Stattfinden der Sitzung unterrichtet. Nebenbei gesagt, arbeitete Puttlitz nicht bei der Firma und konnte deshalb selbst von der Sitzung nichts wissen. Der Kollege fiel leider hinein, Klemmt wurde unterrichtet und erschien in der Sitzung, ebenso auch der Leiter des Christlichen Bauhandwerker-Verbandes zu Berlin. Was wollte wohl dieser Herr in der Sitzung? Unserem Kollegen Dittmann war schon einmal von „Christlichen" zu vier Wochen Gefängnis verholfen worden . . . Deshalb unterließen unsere Kollegen die beabsichtigte Aussprache. — Sonderbar war es auch, daß immer mehr „Christliche" eingestellt wurden, andere Leger aber, trotzdem sie von der Firma vorgemerkt waren, sie also deshalb auf Einstellung rechneten, nicht benachrichtigt wurden, daß die Firma Leger gebrauche. Wir sehen hieraus, daß der Firma an unseren Kollegen nichts gelegen war. Außerdem war das Benehmen des Werkführers uns gegenüber ein solches, daß wir das Arbeiten als eine Qual empfanden.

In ihrer Berichtigung in der Nr. 143 des „Vorwärts" teilt die Firma Schmalisch u. Below nun mit, daß 40 Mitglieder der Vereinigung der Fliesenleger in einer Schlichtungskommissionssitzung unter Vorsitz des Gewerberichters für tarifbrüchig erklärt worden sind, weil sie ohne Anrufung der Kommission die Arbeit niederlegten. Wir protestieren entschieden gegen die Bezeichnung tarifbrüchig. Wir alle haben bei Firmen Arbeit genommen, die mit der Vereinigung im Tarifverhältnis stehen und halten wir uns an dem darin Festgelegten. Daß wir aber gezwungen werden sollen, bei einer bestimmten Firma zu arbeiten, dagegen protestieren wir noch einmal. Wir rechnen doch nicht zur „beweglichen Habe"? Trotz des Beschlusses der Vertreter der Firmen mit Herrn Gewerberichter Dr. Leo werden wir uns als tariftreu betrachten und bei solchen Firmen arbeiten, wo der Tarif in loyaler Weise gehalten wird und wir uns als freie Arbeiter fühlen können. Bemerkt sei noch, daß sich mit unserer Sache jedenfalls noch das Einigungsamt des Gewerbegerichts befassen wird.

Achtung! Schuhmacher. Die Kollegen der Firma Sally Rosenberg, Dircksenstr. 47, sind wegen Maßregelung eines Ausschußmitgliedes in den Ausstand getreten. Die Ortsverwaltung.

Konflikt bei der Firma Ravené. Dem Ausstand haben sich nun sämtliche Arbeiter des Betriebes angeschlossen. Die am Montag stattgefundenen Einigungsverhandlungen sind resultatlos verlaufen. Es wird ersucht, Zuzug streng fernzuhalten.

Tarifbewegung der Militäreffekten-Sattler. Gestern abend beschloß eine vollzählig besuchte Versammlung dieser Branche, ihren vor zwei Jahren mit den Arbeitgebern vereinbarten Lohntarif zu kündigen. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember dieses Jahres, die Kündigung mußte zum 1. Juni d. J. erfolgen. In der Versammlung wurde ausgeführt, daß laut statistischer Aufnahme rund Zweidrittel der Militäreffekten-Sattler noch einen Wochenverdienst von nur 24 M. und darunter erzielen, nur die Spezialarbeiter verdienen einen höheren Lohn. Dank dem unleidlichen staatlichen Submissionswesen sind die Löhne in dieser Branche also noch immer niedriger, als in der Privatsattlerei. Der Lohnkommission wurde es überlassen, zu einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt mit den Arbeitgebern zum eventuellen Abschluß eines neuen Tarifes Verhandlungen anzubahnen. Falls kein günstiger Abschluß erzielt wird, sind die Arbeiter gewillt, lieber ohne Tarif zu arbeiten und sich unter Ausnutzung der jeweilig günstigen Konjunktur einen besseren Lohn nötigenfalls durch Streik zu erkämpfen. — Bemerkt wurde noch, daß bei der Firma v. Tippelskirch der bekannte Meister Jahn den Organisationsangehörigen fortwährend Schwierigkeiten aller Art bereitet. In letzter Zeit ist es diesem Herrn sogar gelungen, die dortigen Sattler gegeneinander aufzuputschen, so daß einige von dem Verbande abgesprungen sind und sich dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein angeschlossen haben. Wie immer, so werden die jungen „Hirsche" auch hier gehegt und gepflegt, damit sie gelegentlich gegen die Verbandskollegen ausgespielt werden können. Die Hirschgruppe gedenkt sogar einen eigenen Tarif abzuschließen.

Deutsches Reich.

Zur Bewegung in der Nürnberger Metallwarenindustrie. Die Unternehmerkommission hat an die Kommission der Arbeiter ein Schreiben gerichtet, worin bestritten wird, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtert werden sollten, dagegen aber könne von einer Verkürzung der Arbeitszeit und von einer allgemeinen Lohnaufbesserung keine Rede sein, die Unternehmer wollen „nur ihr Augenmerk darauf richten, daß die Löhne, soweit dies die Marktlage zuläßt, von Fall zu Fall aufgebessert werden". Die Arbeiter beantworten dieses ablehnende Schreiben dadurch, daß am Montag in den in Frage kommenden Betrieben in den Streik eingetreten wurde.

Die Lohnbewegung der Klempnergesellen Hamburgs nimmt einen äußerst günstigen Verlauf; das Ergebnis derselben am Schluß der ersten Woche ist folgendes: es beteiligten sich insgesamt 1338 Gesellen; davon arbeiten 801 zu den neuen Bedingungen, während 537 streiken.

Ausland.

Glasarbeiter Deutschlands!

Man schreibt uns aus Chicago: Die vereinigten Glasarbeiter von Chicago — Kunstglaser, Bleiglaser und Facettenschleifer, in Amerika bekannt unter dem Namen „Amalgamatet Glaß-Workes Int. Assn." — verharren seit sieben Monaten im Ausstand. Es handelt sich um Aufrechterhaltung der Organisation, um Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit, deren wir uns seit vier Jahren erfreuen, und um Abwehr jeder Lohnverkürzung. Das ist bei den gegenwärtig fabelhaften Preisen der Lebensmittel in Amerika ein Prinzip der Selbsterhaltung. Der Kampf wurde uns von der Fabrikantenvereinigung aufgezwungen, und zwar dadurch, daß man einen fünf Monate vorher mit der Union eingegangenen Vertrag einfach brach, nur noch Minimallohn zahlte, das Arbeitspensum erhöhte, die Mitglieder der Union hinauswarf und Nichtmitglieder dafür einstellte. Trotz aller Ränke und Schikanen der Arbeitgeber und ihrer Mietlinge der Gerichte, ist es denselben in den sieben Monaten noch nicht gelungen, Scabs oder Arbeitswillige im Inland zu bekommen. Ein Bruchteil der Fabrikanten hat bisher bewilligt, ungefähr die Hälfte der Streikenden sind wieder in Arbeit und unterstützen durch eine 10prozentige Auflage ihre streikenden Brüder. Nun dauert der Kampf aber selbst den Fabrikanten zu lange, und man entschloß sich, Scabs vom Auslande zu importieren, und ist infolgedessen ein Herr Eberhard, früher in Berlin, jetzt Mitglied der Fabrikantenvereinigung in Chicago, nach Deutschland gereist, um daselbst Arbeitswillige zu holen. Es besteht zwar in den Vereinigten Staaten ein Gesetz, welches den Import von unter Kontrakt verpflichteten Arbeitern verbietet, aber man würde eventuell dem Gesetz ein Schnippchen schlagen. Zur Charakteristik des Herrn Eberhard sei nur soviel gesagt, daß dieser hier in Turner- und Anarchistenkreisen versucht, sich als Leuchte aufzuspielen und sich als Blutwurstspießer in Bekämpfung der Gewerkschaften und Sozialisten hervorzutun. Aus diesem Grunde wünschen wir Herrn Eberhard in Berlin einen guten Empfang. Sind wir imstande, mit der Hülfe der auswärtigen Genossen den Zugang von Chicago fern zu halten, so sind wir sicher, daß der Kampf mit einem Siege für uns enden wird. — Ueber die Glasarbeiter-Organisation sei soviel gesagt, daß die Mitglieder längst erkannt haben, daß der Kampf zu der Emanzipation der Arbeiterklasse nicht allein auf ökonomischem, sondern auch auf dem politischen Gebiet gekämpft werden muß. — Etwaige Anfragen sind zu richten an W. Figolah, 55 N. Clarkstreet, Chicago, Ill., U. St.

Fortdauer des Ausstandes. Wie aus St. Etienne gemeldet wird, dauert die Ausstandsbewegung fort. Montag oder morgen soll eine Versammlung der Geschäftsleute aus der Umgegend der Stadt stattfinden, in welcher über Mittel und Wege beraten werden soll, der Ausstandsbewegung ein Ende zu machen. In Arbeiterkreisen ist man indessen überzeugt, daß die Streikbewegung noch mindestens zwei Monate dauern werde.

Mit welchen Mitteln die Kapitalisten kämpfen.

Rom, den 23. Juni. In Molinella streiken seit 40 Tagen die Reisarbeiterinnen. Da die Grundbesitzer, die nicht nachgeben wollen, ihre Ernteaussichten ernstlich gefährdet sehen, haben sie in einem benachbarten Orte einige 50 Burschen und Mädchen im Alter von 13—16 Jahren angeworben. Die unter falschen Vorspiegelungen nach Molinella transportierten kleinen Streikbrecher werden daselbst in einem bei den Feldern gelegenen Bau gewaltsam zurückgehalten. Die Eltern erhalten nun von fremder Hand geschriebene Berichte, in denen die kleinen Sklaven versichern, gut behandelt zu werden.

Da nun die Eltern dieser Streikbrecher organisierte Arbeiter sind, haben sie sich am 21. d. M. von den Behörden ihres Ortes mit den Dokumenten ausstatten lassen, die ihre elterliche Gewalt über die Kinder beweisen, und haben dann, begleitet vom Sekretär der Arbeitskammer von Bologna, die Kinder zurückgefordert. Sie fanden sie unter militärischer Bedeckung in der Streikbrecherkaserne bei den Reisfeldern. Die Aufseher, die sie bewachten, erklärten, die jugendlichen Arbeiter befänden sich wohl bei ihnen und weigerten sich, den Eltern zu folgen. Einige von den kleinen Gefangenen, als sie die Stimmen der Ihren hörten, kamen aus der Arbeitskaserne heraus und liefen zu ihren Eltern. Mit Entsetzen sahen diese den Zustand der Aermsten: sie waren schwer, sinnlos betrunken. Die Aufseher hatten sie systematisch mit Wein traktiert; den Mädchen soll noch ärger mitgespielt worden sein. Klagebriefe, die sie nach Hause geschrieben hatten, waren unterschlagen worden.

Die 14 entwischten Knaben wurden von dem Sekretär der Arbeiterkammer verhört und die Behörden aufgefordert, ihre Angaben zu Protokoll zu nehmen. Eine Anklage wegen Freiheitsberaubung gegen die Unternehmer ist eingeleitet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Familiendrama.

München, 25. Juni. (W. H.) Ein Familiendrama ereignete sich heute im Hause Dietlindenstraße 1. Der dort seit kurzem wohnhafte Schuhmacher Xinzinger nahm heute nachmittag plötzlich einen Revolver vom Schrank und schoß auf seinen neunjährigen Sohn. Hierauf wollte er auch seine schwerkranke Frau und sein einjähriges Kind erschießen. Dann richtete er die Waffe gegen sich und brachte sich eine schwere Schußwunde in die rechte Schläfe bei.

Unwetter.

Verona, 25. Juni. (W. T. B.) Heute früh wurden hier durch ein Unwetter eine Anzahl Gebäude beschädigt. Feuerwehrleute, Truppen und Arbeiter sind damit beschäftigt, die Keller, die zwei Meter unter Wasser stehen, zu leeren. Auch durch Hagelschlag wurde Schaden angerichtet, so besonders auf den Feldern bei Sant Ambrogio di Valcolicella, wo die Ernte vernichtet wurde. Die Felder sind überschwemmt. Viele Mauern sind eingestürzt. Die Straßen sind unwegbar.

In Demut ersterbend.

London, 25. Juni. (W. T. B.) Das Telegramm, das die Vertreter der deutschen Presse heute von Windsor an König Eduard sandten, lautet wörtlich: Die Vertreter der deutschen Presse, die soeben dem Andenken der Königin Viktoria den Tribut ihrer Ehrfurcht gezollt haben, bitten, Eurer Majestät ihren tiefgefühlten Dank dafür ausdrücken zu dürfen, daß ihnen der ehrende Vorzug zuteil geworden ist, in dem erinnerungsvollen Schloß von Windsor Gäste Eurer Majestät zu sein.

Petersburg, 25. Juni. (W. H.) Infolge dringenden Ersuchens des Generalgouverneurs der Ostseeprovinzen sind starke Truppenverstärkungen, hauptsächlich Artillerie nach dorthin abgegangen. Aus Schitomir wird gemeldet, daß dort der Ausbruch einer Judenhetze droht.

Russische Regierungsmethode.

Moskau, 25. Juni. (W. H.) Der über die Stadt verhängte Belagerungszustand ist auf 6 Monate verlängert worden.

Raubüberfall.

Riga, 25. Juni. (W. H.) Eine bewaffnete Räuberbande überfiel in der Nähe der Stadt eine Sägemühle, ermordete den Kassierer und verwundete den Geschäftsführer schwer. Der herbeieilenden Polizei gelang es, drei Mitglieder der Räuberbande zu verhaften.

Die Wahlen in Serbien.

Belgrad, 25. Juni. (W. T. B.) Nach amtlicher Bekanntgabe sind von den 160 Mandaten für die Skoptschina den Altradikalen 84, den Jungradikalen 49, den Nationalisten 14, den Fortschrittlern 3 und den Sozialisten ein Mandat zugefallen. Neun Neuwahlen sind erforderlich.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

hielt am Sonntag eine Generalversammlung in Hoppes Saal zu Rixdorf ab. — Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Hirsch des verstorbenen Genossen Hoch, dessen Andenken die Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Die Versammlung entsandte drei Delegierte zur Teilnahme an der Beerdigung Hochs. — Der erste Punkt der Tagesordnung lautet:

Berichte des Vorstandes und der Funktionäre.

Zunächst stellte der Vorsitzende eine Resolution des Rixdorfer Wahlvereins zur Debatte. Diese Resolution, die kürzlich im „Vorwärts“ abgedruckt war, erklärt, daß die Rixdorfer Genossen mit der Geschäftsführung des Vorstandes des Zentral-Wahlvereins nicht einverstanden sind. — Scholz-Rixdorf, der zur Begründung der Resolution das Wort erhielt, führte aus, die Rixdorfer Genossen seien ungehalten über die Geschäftsführung des Vorstandes, weil sie die neuen Mitgliedsbücher nicht rechtzeitig erhalten haben. Auch habe die Agitationstour nicht zur festgesetzten Zeit begonnen werden können, weil das Material nicht zur Stelle war. Ferner sei die Broschüre, die am Juni-Zahlabend verteilt werden sollte, den Rixdorfern nicht zugestellt worden. —

Vorsitzender Hirsch bemerkte dazu: Wenn gegen den Vorstand weiter nichts vorliege als die in der Resolution angeführten Tatsachen, dann sei die Einbringung einer so scharf gehaltenen Resolution nicht gerechtfertigt. Hinsichtlich der Mitgliedsbücher habe der Vorstand bereits zugegeben, daß er einen Fehler gemacht habe. Das Material für die Agitationstour konnte wegen Ueberlastung der Druckerei nicht zur rechten Zeit fertig gestellt werden. Was die Zustellung der Broschüre anlangt, so hätten die Rixdorfer Genossen ihre Bestellung nicht rechtzeitig aufgegeben.

In der Debatte über die Resolution betonten die Antragsteller, daß sie nicht etwa dem Vorstande ein Mißtrauensvotum erteilen wollten. — Die Resolution wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Hierauf erstattete Engel den **Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission:** 82 Orte sind durch 76 Delegierte vertreten, 6 Orte haben keine Vertreter entsandt. Einschließlich der Vorstandsmitglieder und der Funktionäre sind 89 Genossen an der Generalversammlung beteiligt.

Hirsch, der den **Bericht des Vorstandes** gab, führte unter anderem aus: Seit der letzten Generalversammlung im März hielt der Vorstand 10 Sitzungen ab. Der Vorstand sei dafür, daß mit der Agitation für die nächsten Reichstagswahlen möglichst früh eingesetzt werde. Es empfehle sich jedoch nicht, über die Taktik, die der Vorstand in dieser Hinsicht für angebracht halte, öffentlich zu diskutieren. Die Agitationstouren im Kreise würden stets mit Rücksicht auf die Reichstagswahl abgehalten; daraus erkläre sich denn auch der ständige Zuwachs unserer Wahlstimmen. Bei der Agitationstour im April wurden 32 000 Broschüren verteilt, die besonders bei den Landbewohnern großen Anklang gefunden haben. Ferner sind für die im Kreise beschäftigten polnischen Arbeiter 5000 in polnischer Sprache abgefaßte Flugblätter verbreitet worden. In 30 000 Exemplaren wurde ein Flugblatt verteilt, das der Aufklärung der Frauen dient. — Der Vorstand hatte über eine große Zahl von Gesuchen um Rechtsschutz zu befinden. — In vielen Fällen handelte es sich um Strafmandate, welche die Polizei wegen Bekanntmachungen von Lokalsperren verhängte. Es scheine, als ob die Polizei den Fortschritt unserer Partei dadurch hemmen wolle, daß sie sich auf die Seite derjenigen Wirte stelle, die uns ihre Säle verweigern. — Auf der am 6. Mai in Berlin abgehaltenen Gemeindevertreterkonferenz war der Wahlkreis nur schwach vertreten: Nicht die Hälfte der Stadt- und der Gemeindeverordneten war zur Konferenz erschienen.

Den **Kassenbericht** erstattete Eberhardt: Seit der letzten Generalversammlung habe sich in den Kassenverhältnissen wenig geändert. 12 000 M. seien an den Aktionsausschuß abgeliefert worden. In Rauen ist die Gründung eines Wahlvereins gelungen, der allem Anschein nach ein Zentralpunkt werden wird, von dem aus die Agitation in der Beeskower Gegend belebt werden könne. Im Kreise sind am 18. März, am 1. und am 15. Mai 90 Versammlungen abgehalten worden, außerdem fanden sonst noch 85 Volks- und 108 Wahlvereinsversammlungen statt.

Zubeil, der als erster Diskussionsredner sprach, sagte unter anderem: Wenn in einem entlegenen Orte ein Wahlverein gegründet wird, dann solle man denselben nicht seinem Schicksal überlassen, sondern für die weitere Entwickelung des Vereins dadurch Sorge tragen, daß dessen Versammlungen regelmäßig von einigen Genossen aus größeren Orten besucht werden. — Andere Redner stimmten dieser Anregung zu. — Ueber die Referentenfrage bemerkte Grunwald, es müsse dahin gewirkt werden, daß aus den Genossen in den Ortsvereinen Referenten herangebildet werden und daß nicht immer nur Referenten mit bekannten Namen verlangt werden. — Eisner führte aus: Die erfahrenen Redner unserer Partei sprächen nur in großen Versammlungen vor Tausenden von Zuhörern, denen sie kaum etwas Neues sagen könnten, weil diese Zuhörer meist schon längst zu uns gehören. In solchen Versammlungen seien die erfahrenen Redner eigentlich überflüssig, in kleinen Orten dagegen seien sie notwendig. Es müßte doch einem erfahrenen Genossen mehr Freude machen, in Markgrafpieske 5 Genossen zu gewinnen als in Berlin 5000 Genossen zu unterhalten.

Zum Vorstandsberichte lagen zwei Anträge vor. Der eine befürwortet eine Beschleunigung der vom Parteitage beschlossenen Agitation unter den jungen militärpflichtigen Männern. — Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem Hirsch bemerkt hatte, der Parteivorstand werde demnächst geeignete Schritte in dieser Angelegenheit tun.

Ein anderer Antrag, der Agitationstouren mit dem Genossen Göhre oder Stern als Referenten fordert, wurde dem Vorstande überwiesen.

Den **Bericht der Preßkommission** erstattete Hoppe. Nachdem er Mitteilung gemacht hatte von einigen Angelegenheiten, über welche die Kommission zu befinden hatte, führte er aus, die Kommission habe sich in mehreren Sitzungen mit den Vorgängen im Metallarbeiterverbande beschäftigt, und sie sei zu dem Beschlusse gekommen, daß die Inserate der neuen Metallarbeiterorganisation im „Vorwärts“ nicht aufgenommen werden sollen. Mit Unrecht habe die „Metallarbeiter-Ztg.“ geschrieben, der „Vorwärts“ sei schuld an der Zersplitterung im Metallarbeiterverbande, weil er nicht rechtzeitig eingegriffen habe. Demgegenüber müsse gesagt werden, daß ja weder der Metallarbeiterverband noch die Gewerkschaftskommission Schritte getan haben, um die Zersplitterung zu verhindern. Anläßlich der Zurückweisung der Inserate habe erst die Preßkommission die Angelegenheit der Gewerkschaftskommission überwiesen, damit diese Stellung dazu nehme. Seine persönliche Meinung, sagte der Redner, sei die, daß die Leitung des Metallarbeiterverbandes gegen die Rohrleger gesündigt habe. Aber das sei kein Grund, durch Gründung einer neuen Organisation eine Zersplitterung herbeizuführen. Die Rohrleger hätten bei den betreffenden Instanzen ihr Recht suchen können. — Der Redner ging noch auf die weitere Tätigkeit der Preßkommission ein und bemerkte unter anderem, die früher sehr zahlreichen Beschwerden über die Berichterstattung aus den Vororten seien in letzter Zeit nur noch selten eingegangen. Man könne also wohl annehmen, daß es mit der Berichterstattung besser geworden sei.

Vorsitzender Hirsch schlug vor, da die Angelegenheit des Metallarbeiterverbandes bereits erwähnt sei und in der Debatte ebenfalls berührt werden würde, einen von Baumschulenweg gestellten Antrag jetzt mit zur Debatte zu stellen. Der Antrag ersucht den Vorstand, beim Aktionsausschuß zu beantragen, daß Genosse Wiesenthal von der Referentenliste gestrichen und bei Aktionen der Partei nicht mehr berücksichtigt werde.

Die Versammlung war mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden.

König-Baumschulenweg begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß Wiesenthal eine Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation betrieben habe. Wenn es sich hier auch in erster Linie um eine gewerkschaftliche Angelegenheit handele, so bedeute doch jede Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation eine Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung, und deshalb habe auch die politische Organisation zu solchen Vorgängen Stellung zu nehmen. Es gebe ja Entschuldigungsgründe für Wiesenthal, aber das dürfe uns nicht abhalten, hier im Sinne des Antrages Stellung zu nehmen.

Eisner: Diese Frage sei eine der prinzipiellsten, die uns seit langem beschäftigt haben. Als Partei gehe es uns nichts an, ob die Rohrleger durch den Metallarbeiterverband falsch behandelt worden seien oder nicht. Aber es handelt sich für uns um die Frage, ob ein Parteigenosse das Recht habe, eine Zersplitterung in der Gewerkschaft herbeizuführen. Wir, als Parteigenossen, können eine Zersplitterung unter keinen Umständen dulden. Die Partei stehe auf dem Standpunkte einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Wir verurteilen die Sonderorganisationen der Christlichen und der Hirsch-Dunckerschen. Wie können wir diesen noch entgegentreten, wenn wir unseren Parteigenossen gestatten, Sonderorganisationen zu gründen. (Zwischenruf: Lokalorganisation!) Mit den Lokalorganisationen ist es etwas anderes. Sie sind historische Gebilde. Aber der Parteivorstand hätte in den Gegensatz zwischen den lokalistischen und den zentralen Organisationen nicht nur vermittelnd eingreifen, sondern hier ein Machtwort sprechen sollen. Das wäre keine Einmischung in gewerkschaftliche Angelegenheiten, sondern die einfache Konsequenz der programmatischen Forderung der Partei: Einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Diesen Standpunkt sollte die Partei aus Anlaß des Falles Wiesenthal klipp und klar vertreten.

Kiefer: Der Metallarbeiterverband sei nur bestrebt gewesen, eine möglichst große Zahl von Mitgliedern zu gewinnen, er habe aber nichts getan, um diese zu Klassenkämpfern zu erziehen. Wenn das geschehen wäre, dann würden solche Dinge, wie wir sie jetzt erlebt haben, nicht vorkommen können. Wenn die Mehrheit des Metallarbeiterverbandes aus klassenbewußten Arbeitern bestände, dann hätte der Verband Cohen und Wiesenthal längst zum Teufel gejagt; denn sie seien beide gleich, sie gehören nicht in unsere Reihen.

Hoffmann-Nowawes meint, man könne hier nicht kurzer Hand entscheiden, ob Wiesenthal von der Referentenliste gestrichen werden solle. Wiesenthals Verhalten sei zu verurteilen, die Entscheidung möge aber dem Kreise überlassen bleiben, in dem Wiesenthal organisiert ist. Eisner habe den von ihm ausgesprochenen Gedanken nicht konsequent zu Ende geführt. Wenn sich Wiesenthal nun dem Gewerkschaftskartell anschließe, dürfen wir ihn dann noch von der Referentenliste streichen? — Wenn wir konsequent sein wollen, so müssen wir auch die Frage beantworten, ob wir die im Gewerkschaftskartell Organisierten noch als vollwertige Genossen anerkennen wollen oder nicht. Diese Frage können wir aber hier nicht entscheiden; es geht also nicht an, daß wir hier Beschlüsse fassen, die in ihrer Konsequenz so weitgehend sind.

Zubeil: Unsere Generalversammlung ist wohl berechtigt, Stellung zu nehmen zu der Angelegenheit Wiesenthal. Wir dürfen nicht achtlos vorübergehen an dieser Frage, die alle Parteigenossen auf das lebhafteste beschäftigt. Etwas anderes ist es mit den Lokalisten. Hier handelt es sich um historische Organisationen, die früher da waren als die erst später entstandenen Zentralverbände. Wenn nach Gründung der Zentralverbände ein Teil der Lokalorganisierten den Verbänden fern blieben, so ist das nicht zu vergleichen mit der Neugründung, die Wiesenthal jetzt vorgenommen habe. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß Wiesenthal auf das schärfste zu verurteilen ist. Diese Angelegenheit geht nicht nur den Kreis an, in dem Wiesenthal organisiert ist, sondern sie interessiert alle Parteigenossen; wir dürfen uns nicht abhalten lassen, Stellung dazu zu nehmen. — Was das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft im allgemeinen betrifft, so muß gesagt werden, daß die Partei den Gewerkschaften gegenüber zu viel Rücksicht geübt hat und zwar nach beiden Seiten hin, nach der lokalen sowohl wie nach der zentralen. — Wenn die Tatsachen, die jetzt in der „Einigkeit“ angegeben sind, erst allgemein bekannt werden, dann wird wieder viel Staub unter den Genossen aufgewirbelt werden. Der „Vorwärts“ hat zu dieser Angelegenheit eigentlich noch gar nicht Stellung genommen. Was er darüber gebracht hat, ist so gut wie gar nichts. Wenn es wahr ist, was in der „Einigkeit“ steht, nämlich, daß Bebel gesagt hat, der Parteivorstand habe nicht die Absicht, den Massenstreik zu propagieren, er werde die Propagierung desselben so viel wie möglich zu hindern suchen, so wäre das ja ein Verstoß gegen den Beschluß des Parteitages, unserer höchsten Instanz, der sich jeder Parteigenosse zu fügen hat. — Ich gehöre gewiß zu denen, die in Berlin die Zentralverbände haben hoch bringen helfen, aber nach alledem, was man in letzter Zeit erlebt hat, kann einem wirklich die Lust vergehen, die Richtung, welche dort eingeschlagen wird, mitzumachen.

Grunwald: Nach der in der „Einigkeit“ wiedergegebenen Darstellung Silberschmidts soll Bebel in der Konferenz des Parteivorstandes und der Generalkommission das Gegenteil von dem gesagt haben, was er auf dem Parteitage in Jena unter Zustimmung des Parteitages gesagt hat. Hier muß ein Irrtum obwalten. Ein solches Verhalten kann von vornherein niemand dem Genossen Bebel zutrauen. Zubeil sagt, der „Vorwärts“ habe zu der Veröffentlichung der „Einigkeit“ nicht Stellung genommen. Das hat der „Vorwärts“ doch getan. Er hat klar und unzweideutig Stellung genommen; denn er sagte: falls Silberschmidt sich so geäußert haben sollte, dann muß er Bebel mißverstanden haben; für jeden Genossen, auch für den Parteivorstand, seien die Beschlüsse des Parteitages bindend. Mehr konnte der „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit zunächst gar nicht sagen. Genosse Zubeil wird doch bis Dienstag warten können, bis der Parteivorstand zu der Sache Stellung genommen hat. Der Parteivorstand werde beweisen, daß Silberschmidt, wenn er die betreffende Aeußerung gemacht habe, den Genossen Bebel mißverstanden hat.

Die andere Frage, welche die Vorgänge im Metallarbeiterverbande betrifft, hat viel mehr Staub aufgewirbelt, als Wiesenthal und Cohen überhaupt wert sind. Gewiß müssen wir Stellung dazu nehmen, aber das ist doch keine Angelegenheit, die wir heut zwischen 3 und 5 Uhr erledigen können. Sehr richtig hat Zubeil gesagt, die Sache müsse erst untersucht werden und auch in den Zentralverbänden sei nicht alles in Ordnung. — Wir wollen nicht eher ein Urteil abgeben, ehe die berufenen Instanzen gesprochen haben.

Maß ersucht aus denselben Gründen wie der Vorredner um Ablehnung des Antrages Baumschulenweg. Ebenso wie gegen Wiesenthal müßten wir auch gegen Cohen Stellung nehmen.

Schubert meint, so sehr auch die Absplitterung vom Metallarbeiterverbande zu verurteilen sei, so könne sie doch mit Freuden begrüßt werden, weil sie eine Klärung im Metallarbeiterverbande bringen werde. Es herrsche eine ungeheure Gärung im Metallarbeiterverbande, die ihre Ursache habe in dem demagogischen Verhalten Cohens, der im Einverständnis mit dem Zentralvorstande eine Richtung vertrete, die sich von der Hirsch-Dunckerschen gar nicht unterscheide.

Fischer befürwortet den Antrag Baumschulenweg und wendet sich dagegen, daß der Vorredner meinte, die Absplitterung sei zu begrüßen.

Eberhardt empfiehlt die Ueberweisung des Antrages an den Vorstand, damit sie bei der Neuaufstellung der Referentenliste berücksichtigt werden könne. Zur Angelegenheit der „Einigkeit“ sagt der Redner: Als Mitglied des Parteivorstandes kann ich die Erklärung abgeben, daß Bebel die sechs Thesen, die in der „Einigkeit“ angegeben sind, nicht vertreten hat. Wenn er das gesagt hätte, was er nach der „Einigkeit“ gesagt haben soll, dann würden ihm die anderen Vorstandsmitglieder in jener Konferenz entgegengetreten sein. Silberschmidt hat die Ausführungen Bebels ganz falsch wiedergegeben. Eine Aufklärung in dieser Angelegenheit wird öffentlich gegeben werden.

Nachdem noch einige Redner zu dieser Sache gesprochen, jedoch keine neuen Argumente vorgebracht hatten, erfolgte die Abstimmung.

Der Antrag Baumschulenweg, der von den Antragstellern zurückgezogen, von anderer Seite aber wieder aufgenommen worden war, wurde abgelehnt. Eine Resolution, welche die Delegierten von Baumschulenweg gleichzeitig mit der Zurückziehung ihres Antrages eingebracht hatten, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sie lautet:

„Die Generalversammlung verurteilt auf das entschiedenste das Vorgehen des Genossen Wiesenthal als Gründer und Leiter des neuentstandenen Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes; sie erwartet auf das bestimmteste, daß der Aktionsausschuß von Groß-Berlin zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen wird, um dem Genossen Wiesenthal Gelegenheit zu geben, sich wegen seiner Handlungsweise zu verantworten.“

Hierauf folgten einige weniger wesentliche Aeußerungen zu dem übrigen Teile des Berichtes der Preßkommission.

Den **Bericht der Lokalkommission** erstattete Rohr. Er berichtete über verschiedene Beschwerden und ersuchte schließlich um strengste Beachtung der Lokalliste. — In ähnlichem Sinne sprachen noch mehrere Redner. — Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, wurde eine Ersatzwahl zum Vorstande vorgenommen, die sich nötig machte, weil das bisherige Vorstandsmitglied Giebeler nach Hamburg übergesiedelt ist. Von Lichterfelde wurde Genosse Eisner vorgeschlagen. — Kiefer-Wilmersdorf erhob gegen diesen Vorschlag im Auftrage der Wilmersdorfer Genossen Widerspruch und schlug den Genossen Henkel vor. Den Widerspruch gegen die Wahl Eisners begründete der Redner mit dem Hinweis auf den „Vorwärts“-Konflikt. Eisner habe durch sein Verhalten Empörung unter den Parteigenossen hervorgerufen. Der Streit über diese Angelegenheit würde in den Wahlvereinen wieder aufleben, wenn Eisner in den Vorstand gewählt würde. Da sich der Parteitag in Mannheim mit der „Vorwärts“-Angelegenheit zu beschäftigen habe, so dürfte man von den an ihr beteiligten Personen wohl erwarten, daß sie sich bis dahin im Hintergrunde halten. — Zubeil führte demgegenüber aus, es sei nicht zu befürchten, daß durch die Wahl Eisners die Debatten über den „Vorwärts“-Konflikt wieder aufleben — es müßte denn in Wilmersdorf der Fall sein. Eisner gehöre dem Vorstande des Lichterfelder Wahlvereins an, er erfülle dort sehr gewissenhaft seine Parteipflicht, er könne also nicht als ungeeignet erklärt werden, ein Amt im Vorstande des Zentral-Wahlvereins zu bekleiden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Hierauf wurde Eisner mit 72 Stimmen gewählt. 14 Stimmen fielen auf Henkel.

Nunmehr kamen verschiedene Anträge zur Verhandlung. Ein von Rixdorf gestellter Antrag verlangt eine andere Regelung der Vertretung auf den Generalversammlungen. Während jetzt jedem Wahlverein, ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl, eine gleiche Anzahl von Delegierten zusteht, will der Antrag Rixdorf eine proportionelle Vertretung, dergestalt, daß sich die Zahl der von den einzelnen Vereinen zu entsendenden Delegierten nach der Zahl ihrer Mitglieder abstuft. — Nach längerer Debatte für und gegen den Antrag wurde derselbe mit 63 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag Rixdorf, der besagt, daß die Generalversammlung dem Antrage von Berlin IV beitritt, wonach die Philharmonie auch für den persönlichen Verkehr gesperrt werden soll.

Andere Anträge, die zum Teil schon von der vorigen Generalversammlung zurückgestellt worden sind, wurden auch diesmal wieder bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Die Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin werden von den einzelnen Wahlvereinen gewählt. Hierzu wurde beschlossen, daß von den 164 Delegierten, welche auf den Kreis entfallen, jedem Wahlverein mindestens einer zugebilligt werden muß.

Ein Antrag, der sich auf die Bekanntmachung von Massenversammlungen bezieht, wurde dem Aktionsausschuß überwiesen. — Angenommen wurde ein Antrag, wonach jeder Kreis das Recht haben soll, unter seinen Mitgliedern Broschüren zu verteilen.

Unter „Verschiedenes“ kam ein Schreiben des Genossen Görke-Charlottenburg an die Generalversammlung zur Verlesung. Dasselbe bezieht sich auf Vorstandsbeschlüsse, welche die Person Görkes betreffen. Nach Verlesung des Briefes beschloß die Versammlung ohne Debatte Uebergang zur Tagesordnung.

Ein auf der Tagesordnung stehender Vortrag des Genossen Hirsch über die preußischen Landtagswahlen wurde der vorgerückten Zeit wegen abgesetzt und die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Der Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin)

hielt am Sonntag in der „Neuen Welt“ eine stark besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Bei der Eröffnung der Versammlung teilte der zweite Bevollmächtigte Handke mit, daß die letzte Vertrauensmänner-Konferenz sich mit der Angelegenheit Cohen kontra Parteifunktionäre befaßt hat und der Generalversammlung empfiehlt, eine Kommission im Sinne des Statuts einzusetzen, die untersuchen soll, ob und in welcher Weise sich der erste Bevollmächtigte Cohen in dieser Sache etwa vergangen habe. Es liege nun an den Anwesenden, ob sie diesen Vorschlag der Vertrauensmänner akzeptieren wollen oder nicht. Im bejahenden Falle erübrige es sich, über die Angelegenheit jetzt zu debattieren, da die Kommission dann in einer außerordentlichen Generalversammlung Bericht erstatten werde, nachdem sie ein klares Bild von den Differenzen gewonnen habe.

Demgegenüber beantragte Junghans: als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Maifeier und ihre Begleiterscheinungen im Zusammenhange mit den Differenzen zwischen der Berliner Ortsleitung des Metallarbeiter-Verbandes und der Partei.“

Begründend führte der Antragsteller aus, die Preßpolemik zwischen Cohen und den Parteifunktionären wie auch die Berichte im „Vorwärts“ hätten für die Außenstehenden noch längst kein klares Bild über den Maikonflikt ergeben. Es sei deshalb nötig, die Sache einmal in der Generalversammlung zu besprechen, umsomehr als auf den Zahlabenden der Wahlvereine wegen dieser Sache eine regelrechte Kanonade gegen den Metallarbeiter-Verband eröffnet worden sei. Der eine gebe diesem Recht, der andere jenem; man wisse nicht, auf wessen Seite eigentlich die Schuld liege. Die Angelegenheit sei entschieden zu wichtig und deshalb eine Besprechung in der Generalversammlung dringend erforderlich.

Der Antrag Junghans wurde darauf fast einmütig angenommen.

Düwell hatte hierzu noch folgenden Antrag gestellt: „Wahl einer Kommission, die zu untersuchen hat, ob die Partei verantwortlich ist für die unliebsamen Erscheinungen als Folge der Mai-

feier, ob die Partei materielle Unterstützung zunächst abgelehnt hat und ferner, ob die Parteileitung den Ausschluß der als Streikbrecher bezeichneten Verbandskollegen aus der Partei abgelehnt hat; weiter, zu untersuchen, ob die Partei hinter der Neugründung steht, diese unterstützt und fördert."

Dazu führte Düwell aus: Zwei Angelegenheiten seien es, welche die Metallarbeiter in letzter Zeit sehr erregt haben: einmal die Neugründung des neuen Metallarbeiterverbandes, sodann die Vorkommnisse bei der Maifeier. Es sei nun gesagt worden, daß die Partei hinter der Neugründung stehe. Deshalb sei es notwendig, aus der Generalversammlung heraus eine Kommission zu wählen, die untersuchen müsse, ob die Partei durch die behauptete Unterstützung der neuen Organisation die Gewerkschaften geschädigt habe oder nicht. Zweckmäßig sei es, diese Kommission durch eine gleiche Anzahl von Mitgliedern, die von der Parteiorganisation bestimmt werden, zu ergänzen, sowie auch, daß die Metallarbeiterkommission von der Generalversammlung gewählt, nicht aber von der Ortsverwaltung ernannt werde. Bei einer solchen Zusammensetzung der Kommission sei der Möglichkeit vorgebeugt, den Gedanken aufkommen zu lassen, es werde die Sache nicht ganz objektiv untersucht. Man könne doch nicht leugnen, daß die Ortsverwaltung bei der Angelegenheit teilweise engagiert sei. Ferner sei festzustellen, ob die Partei die Maiunterstützung anfangs verweigerte und es ablehnte, die Nichtfeiernden auszuschließen. Auch hier liege ein allseitiges Interesse vor, die nötige Klärung zu schaffen. Deshalb empfehle er auch, die Untersuchung dieser Angelegenheit ebenfalls durch eine paritätische Kommission bewerkstelligen zu lassen. Nicht die Konstatierung, ob einzelne Personen Fehler gemacht haben, dagegen sei niemand gefeit, sondern festzustellen, ob die erhobenen Vorwürfe gegen die Partei berechtigt seien oder nicht, das sei das wichtigste, darauf komme es an.

Cohen wandte sich gegen den Vorschlag Düwells. Es sei anfänglich garnicht seine Absicht gewesen, sich überhaupt an der Debatte zu beteiligen. Deswegen habe er auch die Leitung der Versammlung dem Kollegen Handtke übertragen. Da nun aber einmal beschlossen sei, die Sache in dieser Generalversammlung durchzuknaatschen, so wolle er sich auch gleich zu dem Antrag Düwell äußern. Was die Wiesenthalsche Neugründung anbelange, so wisse doch jedermann, daß die Partei als solche eine derartige Sonderbündelei nicht unterstützt und auch nicht unterstützen kann. Es brauche deshalb auch gar nicht erst untersucht zu werden, ob die Partei hinter jener Neugründung stehe, sie unterstütze und fördere. Vorwürfe in dieser Hinsicht seien nur gegen einzelne Parteigenossen erhoben worden. Diese Personen seien aber doch nicht die Partei! Schon der Umstand, daß die Preßkommission bisher die Spalten des „Vorwärts" der neuen Organisation verschlossen habe — wenn sie sich auch noch nicht schlüssig werden konnte, ob dies auch fernerhin geschehen solle — beweise doch schon zur Genüge, daß verantwortliche Körperschaften in der Partei — und damit auch die Partei als solche — weit entfernt davon seien, die Gewerkschaften etwa durch Begünstigung einer derartig zustande gekommenen Sonderorganisation zu schädigen. Die Behauptung also, daß jener Vorwurf gegen die Partei gerichtet worden sei, schwebe schon von vornherein in der Luft. Soweit also der Antrag die Ergänzung der einen oder der zwei Kommissionen durch Parteigenossen verlange, die dem Metallarbeiterverbande nicht angehören, so lasse er sich schon ohne weiteres nicht annehmen. Außerhalb der Organisation Stehende könnten einer Untersuchungskommission des Verbandes laut Statut auf keinen Fall angehören. Auch die Wahl der Kommission aus der Mitte der Generalversammlung sei statutarisch eigentlich nicht zulässig. Es würde damit geradezu ein Mißtrauen gegen die Ortsverwaltung ausgedrückt. (Unruhe und Zwischenrufe.) Nun — wenn man wirklich Mißtrauen gegen die Ortsverwaltung hege, dann möge die Versammlung dies rund heraus bekunden. Er erkläre: Sollte es verlangt werden, so sei die gesamte Ortsverwaltung sofort bereit, noch heute zurückzutreten. Auch nicht ein Mitglied der Verwaltung klebe an seinem Posten. Noch einmal ersuche er, den Antrag Düwell abzulehnen, denn derselbe widerspreche auch dem bereits angenommenen Antrag Junghans.

Der Antrag Düwell wurde darauf abgelehnt. Zunächst wurde der gedruckt vorliegende Kassenbericht vom ersten Quartal dieses Jahres entgegengenommen: Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren in der Summe von 438 054,92 M. An die Zentralkasse waren abgesandt 99 893,08 M., an Vorschüssen wurden zurückgezahlt 145 000 M. Die Ortsunterstützung bezifferte sich auf 59 284,15 M., für Rechtsschutz wurden verausgabt 9848,30 M., für Streikunterstützung 4819,45 M. und für Maßregelungsunterstützung 12 484,10 M. (Der Zuschuß aus der Lokalkasse belief sich für Streiks und Maßregelungen auf 5152,30 M.) Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen inkl. des alten Bestandes 366 516,47 M. Es verblieb ein Kassenbestand von 244 105,08 M. — Auf eine Anfrage gab der stellvertretende Kassierer Henning Aufklärung über die Art der von dem in Untersuchungshaft sitzenden früheren Bezirkskassierer Klemt begangenen Unterschlagung von 7948,15 M. Dem Rendanten wird Decharge erteilt.

Hierauf erhielt Schulz das Wort zur **Maidifferenz zwischen Cohen und der Partei.** Er äußerte sich dazu etwa folgendermaßen: Wie in der gesamten Arbeiterschaft, so habe sich auch unter den Metallarbeitern das energische Bestreben gezeigt, in diesem Jahre den 1. Mai möglichst stark durch Arbeitsruhe zu feiern. Bei den Berliner Metallarbeitern sei dieser Gedanke um so reger geworden, als sie schon längst nicht mit der Art einverstanden gewesen seien, wie hier die Maifeier von der Ortsleitung abgetan werde. Zudem habe diesmal auch die vorjährige brutale Aussperrung in der Elektroindustrie dazu beigetragen, daß die hier beschäftigten Arbeiter dem Unternehmertum durch eine möglichst zahlreiche Beteiligung an der Maifeier zeigen wollten, daß ihr Kampfesgeist nicht erlahmt sei. So beschlossen sie denn aus Idealismus den 1. Mai zu feiern. Dies war geradezu ein heroischer Beschluß.

Die Verwaltungsbeamten hätten nun zweifellos die Pflicht gehabt, den so bekundeten Idealismus der Arbeiter nach Kräften zu fördern und nicht — wie geschehen — denselben mit Füßen zu treten und zu ertöten. Die Ortsverwaltung mußte, wenn sie richtig handeln wollte, sich schon vor dem 1. Mai rechtzeitig mit der Gewerkschaftskommission und mit dem Zentralvorstand der Wahlvereine von Groß-Berlin in Verbindung setzen, um gemeinsam mit diesen über die voraussichtlichen Eventualitäten zu sprechen, damit allen etwaigen Folgen genügend vorgebeugt werden konnte. Dies hat die Ortsverwaltung jedoch nicht getan, sondern sie ließ die Dinge gehen, wie sie wollten. Damit war, weil in den Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschafts-Werken die Voraussetzungen der Leipziger Mairesolution nicht erfüllt waren, die Sache von vornherein verfahren. Nach dem 1. Mai aber wußte die Ortsverwaltung wieder nicht, was sie tun sollte. Sie hätte, sofort nachdem die Feiernden ausgesperrt worden waren, die Nichtfeiernden veranlassen müssen, die Betriebe ebenfalls zu verlassen. Dadurch hätte der erste Fehler wie auch der Disziplinbruch der Nichtfeiernden wieder gutgemacht werden können. Doch die Ortsverwaltung kümmerte sich auch hier um nichts, und so kam es denn zu der bekannten Blamage. Den Mißmut der Ausgesperrten habe Cohen nun durch seine unmotivierten Angriffe auf die Parteileitung abzulenken versucht. Er, Redner, aber könne versichern, daß die Parteileitung in der ganzen Maiangelegenheit durchaus korrekt gehandelt habe. An jener vielbesprochenen Sitzung der Parteifunktionäre, in der Cohen den Disziplinbruch der Nichtfeiernden vom Werke Brunnenstraße zur Sprache brachte, habe er, Redner, selbst teilgenommen, und er könne daher bestätigen, daß sich dort alles so zugetragen habe, wie es der Aktionsausschuß in seinen „Vorwärts"-Erklärungen schilderte. Dagegen habe Cohen in seinen Erklärungen wissentlich die Unwahrheit gesagt. — Redner gibt nun eine summarische Darstellung der Vorgänge und Besprechungen in jener Funktionärsitzung und erklärt, Cohen habe dort nicht den Ausschluß der Maibrecher aus der Organisation gewollt. Die materielle Unterstützung der Ausgesperrten aus Parteimitteln sei Cohen aber sofort zugesichert worden. Hätte Cohen den Ausschluß verlangt, so würde er, Redner, ihm zweifellos zugestimmt haben; denn er sei für den Ausschluß, da die Nichtfeiernden ihren feiernden und ausgesperrten Kollegen gegenüber ehrlos gehandelt hätten. In dieser ganzen Angelegenheit habe sich die gesamte örtliche Verbandsleitung 'mal wieder als total unfähig bewiesen. Von ihrer Unfähigkeit sei übrigens nicht nur er, sondern sogar auch der Verbandsvorsitzende Schlicke in Stuttgart überzeugt; denn dieser habe in einem Briefe nach Berlin sich dahin geäußert, daß sich intelligente Kollegen zu Arbeiten in der Berliner Ortsverwaltung leider nicht hergäben. (Redner verliest die betreffende Briefstelle.) Das sage wirklich genug. Schon seit mehreren Jahren bestehe die schreiendste Mißwirtschaft in der Berliner Leitung. Er innere nur an den Gürtler- und Drückerstreik, der so schnöde verraten worden sei. Noch einmal betone er: Die ganze Ortsverwaltung sei durchaus unfähig, und es sei die höchste Zeit, daß der Korruption da oben energisch ein Ende bereitet werde. (Teilweiser Beifall und heftige Mißbilligungsrufe.)

Cohen erwiderte darauf in längerer Rede: Man möge es ihm nicht verübeln, wenn er zeitweilig etwas heftig werde. Aber nachdem in der Presse, in den Zahlabenden und auch hier wieder derartig ehrverletzende Angriffe gegen ihn und die Ortsverwaltung gerichtet worden sind, sei es wohl begreiflich, wenn auch ihn die Ruhe einmal verlasse. Schulz sei doch wirklich der allerletzte, der den Vorwurf der Korruption und der Unfähigkeit gegen die Ortsverwaltung erheben dürfe; denn er habe sich ja bei einer gewissen Gelegenheit früher derartig benommen, daß es gewissermaßen nur der Gutmütigkeit der Kollegen zu verdanken sei, wenn man ihn in der Organisation überhaupt dulde. (Protestrufe des Genossen Schulz.) Nun, was er, Cohen, sage, könne er nötigenfalls auch beweisen. Welches Gewicht den Worten des Kollegen Schulz beizumessen sei, gehe unter anderem auch daraus hervor, daß dieser die in einer schriftlichen Antragsbegründung gebrauchten Ausdrücke wie „Lüge" und „Schwindel" wieder zurücknehmen mußte, weil er auch nicht den mindesten Beweis für ihre Stichhaltigkeit beizubringen vermochte. Der Ausdruck „Schwindel" sei ja in letzter Zeit besonders „salonfähig" geworden. Schulz habe die Dinge einfach auf den Kopf gestellt. Es sei doch Tatsache, daß die Parteifunktionäre, darunter auch Schulz, in jener vielerwähnten Sitzung einmütig die Erklärung gefaßt hatten, laut der sie den Ausschluß der Maibrecher von der A. E.-G. nicht empfahlen, weil bei den Vorbereitungen angeblich Fehler gemacht worden seien. Und heute stelle sich derselbe Schulz hin und sage, er sei entschieden für den Ausschluß. Diese Ausschlußgeschichte sei ja jetzt ein beliebtes Thema der Parteizahlabende geworden, wie der Metallarbeiter-Verband überhaupt dort ja schon immer gern beim Zipfel genommen werde. Aber wie man es auch mache, recht kann man es gewissen Parteigenossen nie machen. Hätte die Ortsverwaltung etwa den Beschluß gefaßt, die Maiarbeiter nicht auszuschließen, dann hätte man sehen sollen, wie in den Zahlabenden der Metallarbeiter-Verband erst recht heruntergerissen worden wäre. Alle Erklärungen beweisen doch, daß irgend jemand dagewesen sein muß, der den Ausschluß verlangt hat, sonst könnten die Parteifunktionäre doch unmöglich den Nichtausschluß empfohlen haben. Wer aber soll den Ausschluß denn anders verlangt haben als die Verbandsvertreter; denn andere Personen als die Verbandsvertreter und die Parteifunktionäre seien in jener Sitzung doch nicht zugegen gewesen. Da könne man doch nicht behaupten, daß er, Cohen, den Ausschluß nicht gewollt habe. Er wiederhole, was er schon mehrfach gesagt: Die Partei habe sich hier hinter die Gewerkschaften versteckt! — Ebenso hält Redner seine früheren Behauptungen aufrecht, daß er aus seinen Unterredungen mit den Parteifunktionären nichts anderes habe entnehmen können, als daß diese die Geldmittel für die Maiausgesperrten, wenn sie solche überhaupt flüssig machen würden, nur auf dem Wege der Sammlungen aufzubringen gewillt waren, nicht aber, die Gelder sofort bar zur Verfügung zu stellen. Man brauche auch gar nicht so entrüstet zu tun: Die 80 000 Mark, die den Maiausgesperrten von der Partei gewährt wurden, seien durchaus nicht so „ohne weiteres" und „stillschweigend" hergegeben worden. Bis zum 11. Mai waren überhaupt noch keine Gelder von der Partei eingegangen. Da aber bereits in der Presse stand, daß die Partei Geld geben wolle, so wurden die Ausgesperrten eben ungeduldig und verlangten nun auch endlich den Draht. Da gab es denn die ersten 40 000 M., wobei aber gleich gesagt wurde, daß man sich „einrichten" möge! Die zweite Rate von 30 000 M. hat man aber „erst nach einigen Klimmzügen" erhalten. Damit sollte Schluß sein. Schließlich habe man noch 10 000 M. als letzte Rate losgemacht, und damit war die Herrlichkeit zu Ende. Also nicht 100 000 M., wie anfänglich in Aussicht gestellt, habe die Partei „bereitwilligst" und „stillschweigend" gegeben, sondern nur 80 000 M. und die auch erst nach verschiedenem hin und her. Uebrigens wäre diese Summe auch durchaus nicht ganz den Metallarbeitern zugute gekommen; auch die anderen beteiligten Gewerkschaften hätten ihr Teil davon erhalten. Daß sich der Aktionsausschuß in diesen Konflikt eingemischt habe, sei ihm nicht recht verständlich, denn der habe mit der ganzen Sache gar nichts zu tun gehabt. Auf die Geldangelegenheit sei er, Redner, in der ersten „Swinemünder"-Versammlung mit keinem Worte eingegangen, vielmehr habe er lediglich von der Ausschlußangelegenheit gesprochen. Die Geldgeschichte sei darauf aber vom Aktionsausschuß aus ziemlich durchsichtigen Gründen mit in die Polemik hineingezogen worden, um so einen besseren Effekt zu erzielen. — Was nun den von Schulz erwähnten Brief Schlickes und die darin enthaltenen Bemerkungen über die Berliner Ortsverwaltung anbelange, so handele es sich um einen Privatbrief und damit auch um einen rein privaten Meinungsausdruck, den Schlicke an den Genossen Freythaler anläßlich der Wiesenthalschen Ausschlußsache als Antwort auf einen Brief Freythalers geschrieben hatte. Mit diesem Privatbriefe sei nun ein offenbarer Mißbrauch getrieben worden, indem mißbräuchlich vier Abschriften davon angefertigt wurden, um gegen die Ortsverwaltung zu hetzen. (Lebhafte Pfuirufe.) Man habe sich allerdings sehr gehütet, den ziemlich langen Brief ganz zu verlesen, vielmehr sei immer nur der eine Satz über die Berliner Ortsverwaltung — aus dem Zusammenhang gerissen — zitiert worden. Als Ganzes betrachtet enthalte jener Brief, dessen Abschrift ihm, Cohen, von Schlicke — nach der mißbräuchlichen Benutzung durch Freythaler — ebenfalls übermittelt worden sei, durchaus keine Herabwürdigung der Ortsverwaltung, sondern vielmehr eine ungeschminkte Charakterisierung des früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenthal, des jetzigen Schützlings Freythalers. (Hierauf wird der ganze Brief vom Vorsitzenden Handtke verlesen.) Bezeichnenderweise sei ja auch Freythaler in der Preßkommission unter gehässigen Angriffen auf die Ortsverwaltung mit Wärme dafür eingetreten, der Wiesenthalschen Organisation den „Vorwärts" nicht zu sperren. Ebenso bezeichnend sei es aber auch, daß Statuten und andere Drucksachen der Wiesenthalschen Sonderorganisation in der Druckerei des „Vorwärts" gedruckt worden sind, während doch das Blatt selbst dem „neuen" Verbande verschlossen sei. Mithin liege durchaus kein so großer Anlaß zur Entrüstung vor, wenn gesagt worden ist, daß verschiedene Parteifunktionäre der neuesten Sonderbündelei einen gewissen Vorschub leisten. Damit aber — und das betone er abermals — habe jedoch die Partei an sich nichts zu tun! Mit der Partei als solcher habe er, Cohen, auch gar keine Differenzen, sondern nur mit einzelnen Genossen, die allerdings glauben, sie seien die Partei und die es immer so darstellen, als sei gleich die ganze Partei beleidigt, wenn man ihnen mal ein wenig auf die Zehenspitzen tritt. Bei objektiver Beurteilung der Differenz müsse sich jeder Einsichtige selbst sagen, es sei doch nicht angängig, daß sich die Ortsverwaltung von außerhalb des Verbandes stehenden Leuten, die nun mal zufällig einen Posten in der Partei bekleiden, Vorschriften machen lasse. Unberufene Vormünder brauche die Ortsverwaltung nicht und der Gesamtverband ebenfalls nicht. Keine Organisation, die sich in einer so schwierigen Situation befinde, wie der Metallarbeiter-Verband, tue ihre Schuldigkeit der Gesamtarbeiterbewegung gegenüber so wie dieser. Es gebe überhaupt keine Organisation, die mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen habe wie der Metallarbeiterverband. Vor allem hätten die Holzarbeiter keine Ursache zu ihrer selbstgefälligen Ueberhebung. Hierbei wolle er gleichzeitig erwähnen, daß der so vielgerühmte Maifeierbeschluß des letzten Verbandstages der Holzarbeiter immer noch um verschiedene Prozent schlechter sei, als die verschriene Leipziger Resolution der Metallarbeiter. Denjenigen Parteifunktionären aber, die immer so viel an der örtlichen Leitung der Metallarbeiter auszusetzen hätten, wolle er nur sagen: Wenn sie sich so der Masse stellen würden wie er, Cohen, dann wolle er mal sehen, wer es am besten aushalte. Es sei ihm ja empfohlen worden, von seinem Posten zurückzutreten, doch dazu fühle er sich keineswegs veranlaßt, und jetzt nach dieser Hetze erst recht nicht. „Man soll mich wegjagen, wenn man glaubt, daß ich meine Schuldigkeit nicht tue. Ich will wissen, was ich ausgefressen habe. Bei sachlicher Prüfung der ganzen Differenz bin ich indessen der festen Ueberzeugung: Verbrennen werden Sie mich nicht!" (Lebhafter Beifall, vereinzelte Mißfallsrufe.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen eine Anzahl persönlicher Bemerkungen und Berichtigungen von Schulz, Wegner, Hartmann, Blumenthal, Düwell und Cohen. Düwell bemerkt u. a., die Preßkommission habe sich von selbst schon eher mit der Sperrung des „Vorwärts" für die Wiesenthalsche Organisation befaßt, ehe die Gewerkschaftskommission dies beantragte. Bei seinen weiteren Ausführungen wurde der Redner lebhaft durch Schlußrufe unterbrochen. Er protestierte dagegen mit dem Hinweis darauf, daß die Versammlung es doch ruhig mit angehört habe, wie die heftigsten Vorwürfe gegen Leute erhoben wurden, die sich nicht verteidigen könnten. Da möge man auch ihn anhören. So sehr er die Neugründung auch verurteile, so müsse er doch sagen, es sei nichts geschehen, um eine Verständigung mit den Rohrlegern herbeizuführen.

Cohen replizierte: In der letzten Kreiskonferenz des 6. Wahlkreises sei noch viel dreckiger über ihn geschimpft worden, obwohl er sich dort auch nicht verteidigen konnte. Deshalb seien auch seine Aeußerungen über einige Parteigenossen berechtigt. Uebrigens sei Düwell bezüglich der Preßkommission falsch unterrichtet: Erst auf Veranlassung der Ortsverwaltung habe sie dem neuen Verbande den „Vorwärts" gesperrt. Wenn Düwell die Neugründung ebenfalls verurteile, dann möge er auch anders darüber schreiben als in jener weinerlichen Notiz, die unter der Stichmarke: „Soll es denn wirklich geschehen?" im „Vorwärts" stand.

Alsdann wurde der eingangs erwähnte Antrag der Vertrauensleute angenommen, wonach eine Verbandskommission die Differenz zwischen Cohen und den Parteifunktionären untersuchen und einer außerordentlichen Generalversammlung über das Ergebnis Bericht erstatten soll. Den Vorsitzenden der Kommission soll der Hauptvorstand ernennen; zwei Mitglieder schlägt Cohen vor und zwei wählte die Generalversammlung in der Person der Kollegen Hermann Schulz und Halfes.

Nunmehr erfolgte die Aufstellung der Beamten- und Beisitzerkandidaten, deren Wahl in den einzelnen Bezirken stattfindet.

Zum Schluß gelangte noch folgende Resolution zur einmütigen Annahme:

„Die heute in der Neuen Welt versammelten Metallarbeiter halten es für ihre Pflicht, einen wuchtigen Protest gegen die zur Zeit in Rußland verübten Bestialitäten und „Ordnungs"-morde zu erheben. Ebenso verurteilen sie entschieden das Schweigen des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte und der vielen Auchchristen zu diesen ungeheuren Schandtaten, die sich dadurch zu Mitschuldigen an jenen Greueln machen. Sie sprechen ferner ihre Verachtung jenen Leuten aus, die durch Geld die Organisation dieser Mordbuben aufrechterhalten. Die Versammelten geben sich der Hoffnung hin, daß es dem russischen Volke in absehbarer Zeit gelingen möge, jenen Massenmördern und ihren Anstiftern das Handwerk für immer zu legen und verpflichten sich, das russische Proletariat in seinem Befreiungskampfe, soweit es in ihren Kräften steht, zu unterstützen."

Bemerkt sei noch, daß sich in dem Versammlungslokal hinter der Bühne mit gütiger Erlaubnis des Besitzers eine starke Polizeiwache einquartiert hatte. Die Schutzleute fanden jedoch keine Gelegenheit zur Entfaltung irgend einer aktiven staatsretterischen Betätigung und vertrieben sich infolgedessen die Zeit mit — Skatspielen.

Aus Industrie und Handel.

Industrielle Konzentration.

Die Aussichten auf Verlängerung des Stahlverbandes auf der bisherigen Grundlage sind durchaus nicht wolkenlos. Auch beim Kohlensyndikat wird es heftige Kämpfe kosten, ehe die differgierenden Interessen wenigstens insoweit harmonisch ausgeglichen sind, daß der Syndikatssturm nicht zusammenfällt. Herr Kommerzienrat Funke, der Hauptbesitzer unter der Gruppe der Magerkohlenzechen, Führer der Gruppe der kleineren und mittleren reinen Kohlenwerke, ist zwar der Ansicht, ein engerer Zusammenschluß der letzteren werde genug Gegengewicht gegen die Hüttenzechen geben, um den Fortbestand des Syndikats auf breiterer Grundlage zu garantieren, auf der anderen Seite traut man jedoch der Einigkeit nicht sehr viel. Und diese Ansicht beruht auf der Gewißheit: unsere Ansprüche, unsere Sonderforderungen, sie werden nicht bewilligt werden! Daß die Konzentration und Expansion in der Industrie durch Interessenverbände der Industriellen als Verkäufer ihrer Produkte nicht aufgehalten wird, das haben uns ja die Erscheinungen in den letzten Jahren deutlich genug gezeigt. Der Konstruktionsfehler im Kohlensyndikat war die direkte Veranlassung zu Zusammenschlüssen zwischen Kohlen- und Eisenwerken, er reizte an zu Konzentration, förderte das Zechenlegen und den Ausbau von Riesenzechen, die Beteiligungsziffern wurden zu einem Handelsartikel und der Konstruktionsfehler gebar die große Fusion: Schalke-Gelsenkirchen-Aachen. Die Preispolitik im Stahlverbande erweist sich als kräftigste Nährmutter der gemischten, Halbzeug herstellenden Werke. Und auch neben dem Stahlverbande wachsen Gebilde auf, die seine Ablösung vorbereiten. Die großen Unternehmen, die als weitere Verarbeiter von der Vorproduktion unabhängig sind, sorgen durch Fusionen mit bedeutenden Eisenfirmen dafür, daß sie bei Auffliegen des Verbandes einen bestimmten Kundenkreis haben. Dieser Tage wurde eine Neugründung bekannt, deren Tendenz wahrscheinlich auch auf dem angezogenen Gebiete liegt. Der bisherige Leiter der rheinischen Abteilung der bekannten Eisengroßfirma Später, Herr Direktor Höppner, will eine neue Eisengroßhandlung gründen. Höppner ist Mitglied des Aufsichtsrats verschiedener Eisenwerke. Es liegt nahe, daß die Personalunion die Form bestimmte, unter der die Werke sich für vorkommende Fälle einrichten. Man will ein organisiertes Handelskontor zur Seite haben, wenn die Geschichte mit dem Stahlverbande mal schief geht. Aber auch in der Produktion vollziehen sich fortgesetzt neue Zusammenschlüsse und weitere Angliederungen. Der oben zitierte Montan-Konzern, bei dem die Gebrüder Kirdorf die treibenden Kräfte sind, hat im Laufe der letzten Jahre schon mehrfach Erweiterungen erfahren. Jetzt soll der Schaller Grubenverein stark magnetisch sein, die Rheinische Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft ist es, die sich angezogen fühlt. Zur letzteren gehört das Oberbilker Blechwalzwerk. Die Tendenz geht zweifellos dahin, die einzelnen Werke vor der endgültigen Fusion zwischen Gelsenkirchen-Schalke-Aachen so auszugestalten, daß der Montan-Trust ein vollständig abgeschlossenes Produktionsgebilde darstellt, ein Unternehmen, welches lückenlos alle Produktionsphasen einschließt. Aus Rohmaterial, das aus eigenen Gruben stammt, werden in eigenen Anlagen alle Erzeugnisse der Eisengroßindustrie bis zum gebrauchsfertigen Produkt, als Bleche, Draht, Eisenbahnmaterial usw. hergestellt. Mit erhöhtem Druck werden gleichlaufende Tendenzen wie bei dem Gelsenkirchen-Konzern mit Einsetzen einer Konjunkturabflaumung auch bei anderen Unternehmen in Erscheinung treten. Fusionen, die jetzt kaum bis zu dem Stadium unverbindlicher Vorberatungen oder gar nur interner Erwägungen vorgerückt sind, werden dann schnell Form

und Gestalt gewinnen. Perioden wirtschaftlicher Prosperität bereiten die Verhältnisse vor, die während der nächsten Krise zu Zusammenschlüssen, zu weiterer Konzentration, zu weiterem Fortschritte auf dem Wege zum umfassenden industriellen Monopol führen.

Handwerk hat einen goldenen Boden, nämlich das Handwerk als Aufsichtsrat. Gewöhnlich gehört nicht viel dazu, das zu sein, schwieriger ist es schon, es zu werden. Es gibt verschiedene Umstände, die über die Schwierigkeiten hinweghelfen. Dazu gehören: Adel — des Namens —, Verbindungen nach oben und dergleichen Qualitätswerte mehr. Daß auch die Doktorwürde als genügende Empfehlung gelten soll, beweist folgende Notiz, die wir der „Rhein.-Westf. Ztg." entnehmen. Das Blatt schreibt:

„Eine angesehene Bergwerksgesellschaft des hiesigen Bezirks sendet uns eine gedruckte Empfehlungskarte eines Dr. jur. et phil. Jacobs, Charlottenburg, Friedbergstr. 5, auf der sich dieser Herr für die Besetzung eines Aufsichtsratspöstchen ohne Kapitalsbeteiligung ergebenst zur Verfügung stellt. Soweit der akademische Titel Dr. jur. et phil. nicht nicht genug Empfehlung sein sollte, wird noch auf die warme Empfehlung eines preußischen Ministers und desgleichen auf ein Zeugnis der Nationalbank für Deutschland verwiesen. Und wenn auch damit die Befähigung zum Aufsichtsrat noch nicht genügend verbrieft sein sollte, so kann der Herr schon damit aufwarten, daß er „Präsident des Aufsichtsrats der Nordhäuser Brauhaus Aktiengesellschaft" ist. Man kann also ruhig einmal mit Herrn Jacobs, Dr. jur. et phil., einen Versuch machen, der anscheinend seiner akademischen Doktor-Würde keinen anderen Zweck zu geben vermag. Als charakteristisches Zeichen für die Zwecke, zu denen man heute den akademischen Doktor erwirbt, ist der Fall bemerkenswert."

Hoffentlich hat der Dr. jur. et phil. so weit die Würde des Titels gewahrt, daß er seine Drucksachen nur solchen Gesellschaften zugehen ließ, die die Tantiemen mindestens auf das Niveau von Ministergehältern bringen.

Betriebseinstellung. Die Konservenfabrik Louisville (Kentucky) hat ihren Betrieb eingestellt wegen der Angriffe, die in letzter Zeit über die amerikanischen Fleischkonservenfabriken durch die Presse gegangen sind. Die Fabrik verarbeitete jährlich etwa 330 000 Stück Vieh.

Aus Washington wird gemeldet: Das Repräsentantenhaus hat das Nahrungsmittelgesetz mit 240 gegen 117 Stimmen angenommen.

Im Süden der Vereinigten Staaten ist in den letzten Jahren ein außerordentlicher Aufschwung in der industriellen Entwickelung zu verzeichnen. Für die Warenmanufaktur kommen hauptsächlich in Betracht die Staaten Alabama, Arkansas, Georgia, Louisiana, Kentucky, Tennessee und Texas. Nach der „Wall Street Summary" wurden im Jahre 1880 in diesen Staaten Waren im Werte von 221 000 000 Dollar hergestellt; im Jahre 1900 war die Produktion auf einen Wert von 733 000 000 Dollar gestiegen und für das Jahr 1906 rechnet man auf rund 1000 Millionen Dollar.

Man bemüht sich nach Kräften, für die aufstrebende Industrie im Süden Arbeiter heranzuziehen. In New York sind immer Agenten tätig, welche die Einwanderer verlocken wollen, nach den Fabriken in den Südstaaten zu gehen. Dort wird ständig über Arbeitermangel geklagt. Die Ursache liegt darin, daß man im Süden nicht entfernt die Löhne zahlt, die in den östlichen Staaten bezahlt werden; auch ist die Ausbeutung der Frauen und Kinder in der Industrie im Süden sehr berüchtigt geworden. Man hat es mit Italienern versucht, die in stetig wachsender Zahl in New York landen. Die Italiener haben sich aber gewöhnlich sehr bald der Landarbeit zugewendet, die in den genannten Strecken ebenfalls große Fortschritte gemacht hat. An Baumwolle wurden allein im vorigen Jahre 13 000 000 Ballen erzeugt.

Soziales.

Sozialpolitik bei der Marine.

Die volle Marine-Kompottschüssel der Danziger kaiserlichen Werftarbeiter erstrahlt in gar eigentümlicher Beleuchtung durch diesen offiziellen Erlaß des Direktors der kaiserlichen Werft:

Danzig, den 15. Juni 1906.

Notiz. (Vorlesen.)

Der zur Gewährung von Darlehen bestimmte Betrag des Kantinenfonds ist erschöpft, weil ein nicht unerheblicher Teil der Darlehnsnehmer säumig in der Rückzahlung ist. Es hat deshalb leider die Gewährung weiterer Darlehen eingestellt werden müssen.

Es wird von dem Pflichtgefühl der säumigen Zahler erwartet, daß sie ihre Schuld baldmöglichst tilgen, mindestens aber sofort auf dem Arbeiteramt über die Gründe der Verzögerung persönlich Aufklärung geben.

Es sind seit April dieses Jahres bereits so zahlreiche Unterstützungsanträge vorgelegt und auch von den Vertrauensmännern befürwortet worden, daß jetzt, zu Beginn des Rechnungsjahres, fast die Hälfte des der Werft für das ganze Statsjahr überwiesenen Betrages in Anspruch genommen ist. Eine Verstärkung dieses Fonds ist aber ausgeschlossen, so daß für den Rest des Rechnungsjahres nur noch die dringendsten Anträge berücksichtigt werden können.

(A.)

Kaiserliche Werft.

Hiermit ist das graue Kartoffel- und Herings-Elend der Danziger Staatsarbeiter, das der Marine-Baurat Hüllmann bereits im Jahre 1904 proklamierte, nun schon zum zweiten Male offiziell bestätigt! Mitten in der Hochkonjunktur der Volldampf-Flottenvermehrungen muß die Betriebsdirektion sogar im schönsten Sommer die Bittgesuche der Arbeiter durch eine so tief beschämende Erklärung abwehren. Eine blutigere Satire auf das von den Flottendemagogen so heiß gerühmte Flottenglück der Arbeiterschaft läßt sich nicht ausdenken. Die Frivolität der wassersüchtigen Mommsenschen Aegirsjesuiten, die den Danziger Staatsarbeitern noch bei der letzten Reichstagswahl schamlos vorschwärmten, daß sie durch die Weltpolitik der gepanzerten Faust bis zum Jahre 1917 eine gesicherte Existenz und gute lohnende Arbeit haben würden, ist nun sogar offiziell als Humbug entlarvt. Geradezu barbarisch geißelt aber der Herr Oberwerftdirektor durch seinen Erlaß die offizielle Lohnpolitik des eigenen Betriebes. Um Unterstützungen bitten sollen die bedrängten Werftarbeiter nicht, dafür wird ihnen jedoch der Antrag um Teuerungszulagen mit — Lohnkürzungen beantwortet! Im Frühjahr dieses Jahres stellte man eine Anzahl älterer Arbeiter vor die bittere Wahl: entweder die Guillotine der Entlassung oder — Lohnkürzungen von stündlich 2 Pfennigen! Wer will es den alten abgearbeiteten Proletariern verargen, wenn sie sich für das kleinere Uebel notgedrungen entschieden haben? Prächtige Leistungen des Musterstaates der preisgekrönten Sozialreform! Vor wenigen Monaten wurden sogar die sogenannten Winterzulagen für alle Lohnklassen um 10 Pf., das heißt um 25—33 Proz., herabgesetzt! Im Januar bewilligte man endlich den schlecht gestellten Arbeitern des Werftkorps großmütig eine monatliche Teuerungszulage von 10 M. Ende März zog man aber dafür zirka 90 Arbeitern davon wieder 5 M. pro Monat ab! Das ist in Wahrheit die katzenjämmerliche Kehrseite der Medaille, durch welche die deutsche Arbeiterschaft zu Nutz und Frommen spekulativer Prozentpatrioten zur Marinebegeisterung geködert werden sollte. Der allerchristlichste Staat des „Arbeiter-Kaisertums", der sich selbst in seinen „Musterbetrieben" nicht mehr der bittenden Hülferufe seiner „wohl versorgten" Lohnsklaven erwehren kann, charakterisiert durch diesen Ukas mit schneidender Schärfe seine eigene Zollwucherpolitik. Krasser als durch die staatliche Werftleitung ist die Zollpolitik des zentrümlich gesteuerten kapitalistischen Junkerstaates wohl noch nie an den Pranger gestellt.

Der ganz gewiß nicht leichten Herzens fabrizierte Warnungsruf der Werftdirektion kann aber auch den letzten Staatsarbeiter lehren, wie töricht die Hoffnung auf die gnädige Güte der Vorgesetzten und den Großmut des Stiefvaters Staat ist. Dröhnend sollte ihnen dieser Erlaß den Ruf zur organisierten Solidarität, die auch ihre einzige und nie versagende Hülfe ist, predigen.

Eine neue „Wohlfahrts"einrichtung bei der Amerika-Linie. Um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein, schuf sich vor einigen Jahren die A.-L. einen Stamm fest angestellter Arbeiter gegen einen bestimmten Wochenlohn. Als am 1. Mai die Herren Ballin und Genossen in Erfahrung brachten, daß auch bei den Hafenarbeitern die Solidarität höher steht als materielle Vorteile, suchen sie auf anderem Wege den Arbeitern beizukommen. Sie haben sich die sogenannten Bunkerleute ausgesucht, die sie mit einer Zwangsunterstützungskasse beglücken wollen. Die A.-L. verpflichtet sich, diese Kasse finanziell zu fundieren, jährliche Zuschüsse zu leisten und in erster Linie nur Mitglieder dieser Kasse zu den Bunkerarbeiten (Laden der Maschinenkohlen) heranzuziehen. Von dem Lohn jedes Mitgliedes werden von der A.-L. 3 M. pro Woche einbehalten, und zwar bis die einbehaltenen Beträge sich bei dem einzelnen Mitgliede auf 150 M. belaufen. An allen Vorstandssitzungen und Versammlungen der Kasse nehmen Beauftragte der A.-L. teil. Das Guthaben, also die 150 M., verfällt zu gunsten der Kasse: a) wenn der Arbeiter ohne Erlaubnis die Arbeit verläßt; b) wenn derselbe ohne triftigen Grund nicht zu einer bestellten Arbeit kommt; c) wenn derselbe in Krankheitsfällen oder bei anderen dringlichen Anlässen nicht spätestens bis Mittag Anzeige gemacht hat; d) wenn derselbe ohne triftigen Grund den gewährten Urlaub überschreitet; e) wenn derselbe sich Widersetzlichkeit, ungebührliches Betragen, Trunkenheit während der Arbeit, des Diebstahls, der Hehlerei, Betruges, Unterschlagung und anderer unehrenhafter Handlungen schuldig gemacht hat.

Durch diese famosen Bestimmungen will die A.-L. den Kohlenleuten, die infolge der eigenartigen Arbeitsmethode nicht sofort ersetzt werden können, das Streiken und Ruhenlassen der Arbeit ein- für allemal austreiben. Das ist der einzige Zweck der „Wohlfahrts"einrichtung — alle anderen Bestimmungen sind nur Beiwerk. Daß gegen diese Selbstknebelung sich die Arbeiter mit allen Kräften wehren, brauchen wir nicht besonders zu betonen. Eine große Hafenarbeiterversammlung hat mit großer Entschiedenheit das Ansinnen der A.-L. zurückgewiesen. — Die Kasseneinrichtung der Ballinschen Flügeladjutantengesellschaft ist auch, abgesehen von ihrem Zweck, ein grober Verstoß gegen die Reichsgesetze; sie verstößt gegen das Verbot des Lohnbezuges, verstößt ferner gegen die guten Sitten und darf, wenn es der Regierung mit ihrem angeblichen Kampf gegen Schwindelkassen ernst ist, die erforderliche Genehmigung als Versicherungsverein auf Grund der Vorschriften des Reichsgesetzes über private Versicherungen nicht erhalten.

Aus der Frauenbewegung.

Von der Agitation für das Frauenwahlrecht in England.

Die Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht haben sich vorgenommen, in der Agitation nicht einen Augenblick zu versäumen; bei den freiheitlichen Einrichtungen Englands haben sie ganz andere Mittel hierzu in der Hand. Vor einigen Tagen wurden in London vier der bekanntesten Agitatorinnen für das Frauenwahlrecht verhaftet. Miß Billington, Miß Kenney und noch zwei andere Vertreterinnen hatten Eintritt in die Wohnung des Ministers Asquith verlangt. Die Polizei hatte ihnen dies verweigert und, da sie nicht weichen wollten, wurden sie verhaftet. Entsprechend dem englischen Gesetz fand am nächsten Tag die Verhandlung statt. Miß Billington verweigerte jede Auskunft, indem sie sagte: Frauen können nicht nach Gesetzen abgeurteilt werden, die sie nicht mitgeschaffen haben. Es ist unrecht, uns Frauen einem Recht zu unterstellen, das nur von Männer gemacht ist. Ich werde deswegen meinen Protest solange fortsetzen, bis wir das Frauenwahlrecht haben, so daß wir an den Gesetzen mitarbeiten können, denen wir dann gehorchen werden. Da die tapfere Vorkämpferin für Frauenrechte einen Aufschub (um sich juristischen Beistand zu verschaffen) strikte ablehnte, wurde sie abgeurteilt und zwar mit zweihundert Mark Strafe belegt. Die Zahlung dieser Summe lehnte sie ebenfalls ab und so wurde sie sofort zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe abgeführt. Die übrigen Angeklagten nahmen die Vertagung an, um sich einen Rechtsbeistand zu verschaffen; sie verpflichteten sich, bis dahin keine neuen Straßenaufläufe usw. hervorzurufen. Sie wurden daher vorläufig entlassen. Hervorgehoben mag noch werden, daß die Schutzleute den Frauen gegenüber zunächst große Geduld an den Tag gelegt hatten, ehe sie zur Verhaftung schritten. Es hatten sich große Menschenmassen angesammelt, man hatte eine Fahne entfaltet und die Schutzleute hatten einen schweren Stand. Bei uns in Deutschland würde man höchst wahrscheinlich einen Landfriedensbruch-Prozeß daraus machen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-Ost. Dienstag, 26. Juni, 8½ Uhr, bei Gründer, Hoppestr. 24. Vortrag: „Gibt es ein Gott?" Referent: Herr Röthling.

Treptow. Donnerstag, 28. Juni, 8½ Uhr, bei Mohlau, Treptow, Kiefholzstraße 85. Vortrag: „Karl Marx." Referent: Herr Schütte.

Wilhelmsruh. Donnerstag, 28. Juni, 8½ Uhr, bei Barth. Vortrag. Herr Kennitz.

Teltow. Donnerstag, 28. Juni, Vortrag: „Zweck und Ziel des Vereins". Referentin: Frau Thiel.

Gerichts-Zeitung.

Versammlung oder Verein? Da die Gastwirte in Salbke den Arbeitern ihre Säle zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen verweigerten, wurde die Gründung eines Vereins zur Beschaffung eines eigenen Versammlungshauses beschlossen. Es fand dann eine Versammlung zur endgültigen Konstituierung des Vereins statt. Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Statuten und die Vorstandswahl. Im Zusammenhang damit wurde die Frage, wie die Gelder aufzubringen seien, erörtert. Diese Versammlung, die nicht polizeilich angemeldet worden war, wurde von der Polizei und der Staatsanwaltschaft als anmeldepflichtig angesehen, weil sie der Erörterung und Beratung öffentlicher Angelegenheiten habe dienen sollen. Das Landgericht Magdeburg verurteilte auch wegen der Nichtanmeldung der Versammlung den Einberufer Baumeier und den Gastwirt Sandmann, der den Platz dazu hergegeben hatte, auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes. — Das Kammergericht hat nun jetzt das Urteil aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Beratung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen, indem es ausführte: Das Landgerichtsurteil verwechsele die Begriffe „Verein" und „Versammlung", sowie die Begriffe „Zweck der Versammlung" und „Zweck des Vereins". Es möge richtig sein, daß der zu gründende Verein, der die Errichtung eines Versammlungsauses für politische und gewerkschaftliche Versammlungen zum Ziel hatte, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckte. Daraus folge aber noch nicht, daß die Versammlung, wo der Verein begründet oder besprochen werden sollte, der „Erörterung und Beratung öffentlicher Angelegenheiten" gewidmet gewesen sei. Nur solche Versammlungen aber seien anmeldepflichtig nach § 1 des Vereinsgesetzes. Es wäre sehr wohl denkbar, daß die Leute, welche in der konstituierenden Versammlung zusammentraten, die Gründung rein kaufmännisch-wirtschaftlich behandeln wollten, so daß an eine Erörterung „öffentlicher Angelegenheiten" nicht gedacht wurde. Andererseits sei nicht ausgeschlossen, daß unter Umständen bei Beratung und Erörterung der Statuten eines neuen Vereins, auch eines solchen mit dem Zweck der Errichtung eines Versammlungshauses, öffentliche Angelegenheiten berührt werden könnten und sollten. An Feststellungen in der einen oder anderen Richtung fehle es hier, wo der Vorderrichter ja die Begriffe „Einwirkung eines Vereins usw." und „Erörterung in einer Versammlung" durcheinander geworfen habe. Deshalb müsse sich das Landgericht nochmals mit der Sache beschäftigen. — Würde den Vorinstanzen und der Anklagebehörde der krasse Irrtum passiert sein, wenn es sich um bürgerliche Parteien gehandelt hätte?

Posen ist gerettet.

Eine Regierungs-Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Posen verbietet das öffentliche Tragen von Fahnen, Flaggen, Bändern usw. in anderen als den Landesfarben dessen, der sie trägt. Fräulein Wosniak, die zum Begräbnis ihrer Schwester nach Schwersenz wollte, hatte auf dem Wege zum Bahnhof in Posen einen Kranz so getragen, daß die weiß-roten Kranzschleifen sichtbar wurden. Sie wurde deshalb auf Grund der zitierten Verordnung vom Landgericht Posen zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision. Es blieb bei seiner seit Jahren vertretenen Ansicht, daß die Verordnung für den Regierungsbezirk Posen rechtsgültig sei mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Provinz Posen. Die frühere Ansicht des Reichsgerichts stimmt mit dieser irrigen Auffassung des Reichsgerichts überein. Seit 16 Jahren hat das Reichsgericht aber seinen Irrtum aufgegeben und hat ständig an der zutreffenden Ansicht festgehalten, daß über das Tragen revolutionärer Abzeichen, bestimmter Farben usw. für Landesgesetze und Polizeiverordnungen kein Raum sei, da die Reichsgesetzgebung durch den Groben Unfugsparagraphen usw. erschöpfend die Materie geregelt hat. Die gleiche Ansicht vertritt konsequent das preußische Oberverwaltungsgericht. Die falsche Kammergerichtspraxis (die sächsischen Gerichte verharren in ähnlichem Irrtum) wird durch häufige Betätigung nicht richtiger. Ueberdies rettet es die Sicherheit Posens, die nach diesem Urteil durch pietätvolle Bezeugungen gefährdet ist. Ist einmal die Posensche Bureaukratie bis zum Kammergericht der Ansicht, daß weiß-rote Bändchen im Posenschen zu tragen staatsgefährlich sei, so ist das Gestatten des Tragens weiß-roter Ordensbändchen unverständlich. Wir empfehlen den Posener Strafverfolgungsbehörden, konsequent alles zu verfolgen, was die Farbe der Unschuld und der Liebe trägt. Dann wird Posen noch schneller gerettet, die verkehrte konservative und zentrumsfreundliche Stimmung noch schleuniger ins Radikal-Polnische und dann ins Sozialdemokratische umschlagen.

Das Schwurgericht des Landgerichts I, welches gestern seine letzte Tagung vor den Gerichtsferien unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Göbel begann, hatte am ersten Tage gegen die staatlich geprüfte Hebamme Frau Agnes Luck geb. Kube wegen Verbrechens gegen keimendes Leben zu verhandeln. Die Angeklagte, die bisher völlig unbescholten ist, erhielt auf Grund von Inseraten, die sie in den Zeitungen veröffentlichte, den Besuch eines jungen Mädchens, welches sie beschwor, sie vor der Schande dadurch zu bewahren, daß sie die Folgen eines begangenen Fehltrittes beseitige. Die Angeklagte wollte sich anfänglich nicht darauf einlassen, als aber die Bitten des Mädchens immer nachdrücklicher wurden und letztere das ursprünglich mit 20 M. angebotene Honorar auf 40 M. erhöhte, ließ sich die Angeklagte verleiten, ihre Hülfe in verbotener Weise zu leihen. Einige Tage darauf fing das Mädchen zu kränkeln an und starb nach etwa 14 Tagen. Kurz vor ihrem Ableben hat sie ihrer Mutter ihren Fehltritt und ihren Besuch bei der Angeklagten gebeichtet. Daß der Tod des Mädchens mit der von der Angeklagten geleisteten Hülfe in ursächlichem Zusammenhange stand, hat sich nach dem Gutachten der Aerzte nicht feststellen lassen. Das Gericht berücksichtigte die Unbescholtenheit und das Geständnis der Angeklagten, erkannte aber auf zwei Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

Ende des Prozesses um das Große Los der sächsischen Staatslotterie.

Der Kampf ums Große Los der sächsischen Staatslotterie, der seit Dezember 1905 das Dresdener Landgericht und Oberlandesgericht beschäftigte, hat nunmehr am letzten Sonnabend durch Annahme eines vom königlichen Oberlandesgericht den klagenden und beklagten Parteien vorgeschlagenen Vergleiches sein Ende erreicht. Im Frühjahr 1905 erschien die wegen Geisteskrankheit entmündigte Geflügelhändlerin Anna Elisabeth Müller bei dem Lotteriekollekteur Riedel und kaufte ein Zehntel Los Nr. 78 420 der 148. kgl. sächsischen Landeslotterie, das sie dann alle fünf Klassen hindurch spielte. In der fünften Klasse ist das Los mit dem Hauptgewinn von 500000 M. gezogen worden. Da die Gewinnerin aber den Bäcker Weißbach und die Gastwirtsehefrau Schütze je zu einem Viertel bezw. Zehntel an ihrem Lose hatte teilnehmen lassen, verlangten diese natürlich nun auch ihren Anteil am Gewinn. Nun geschah etwas Unerwartetes, die Gewinnerin verweigerte jede Zahlung und berief sich darauf, daß sie bereits vor Jahren wegen Geisteskrankheit entmündigt worden und deshalb geschäftsunfähig sei; es sei aus diesem Grunde jeder mit ihr geschlossene Vertrag nichtig und somit könnten natürlich auch ihre Mitspieler aus dem mit ihr abgeschlossenen Vertrage keine Rechte herleiten. Die so um den nach ihrer Ansicht berechtigten Gewinnanspruch Gebrachten strengten nunmehr die Zivilklage an und behaupteten, daß die Gewinnerin geistig durchaus gesund und geschäftsfähig sei. Sie betreibe ja auch ihr Geflügelgeschäft selbständig und gelte mithin als durchaus zurechnungsfähig. Der Vormund der Gewinnerin, die auf Antrag der übrigen Mitspieler den ihr zugefallenen Anteil an dem Großen Lose bei der Dresdener Bank deponieren mußte, stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß die Gewinnerin, weil sie entmündigt ist, nicht gehalten sei, die übrigen Anteile herauszugeben. Das Landgericht entschied zuungunsten der Mitspieler, denn nach § 104 des Bürgerlichen Gesetzbuches, so führte das Landgericht aus, sei die Gewinnerin schon dann geschäftsunfähig, wenn sie überhaupt wegen Geisteskrankheit entmündigt ist, gleichviel ob diese Entmündigung zu Recht oder rechtsirrtümlich erfolgt ist. Das Gericht habe das nicht nachzuprüfen. Die Mitspieler legten gegen dieses Urteil Berufung beim Oberlandesgericht ein und beriefen sich wiederum darauf, daß bei der Gewinnerin des großen Loses eine Geisteskrankheit nicht bestehe und die Entmündigung zu Unrecht erfolgt sei. In der Tat soll auch die Aufhebung der Entmündigung bevorstehen. Der Staatsfiskus, der an dem Ausgange dieses seltsamen Rechtsstreites ein besonderes Interesse hatte, legte von vornherein Gewicht darauf, daß zwischen den Parteien eine gütliche Regelung zustande kam und der am letzten Sonnabend von dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto zwischen den Parteien unternommene Sühneversuch war von Erfolg. Der Richter wies die Gewinnerin auf die moralische Verpflichtung gegenüber den Mitspielern zur Zahlung eines Teiles des Großen Preises hin, machte andererseits aber auch die Mitspieler darauf aufmerksam, daß die Sache sehr auf der Spitze stehe und daß nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Vergleich unter allen Umständen vorzuziehen sei. Daraufhin einigten sich die Parteien: Die Gewinnerin des Großen Loses habe an den Bäckergesellen Weißbach 10 625 M., an die Gastwirtsehefrau Schütze 5312,50 M., das ist die Hälfte des verlangten Anteiles, zu zahlen. — Die Gerichtskosten werden von den Parteien je zur Hälfte getragen, während die Anwaltskosten gegeneinander aufgehoben werden. (Nachdruck verboten.)

Witterungsübersicht vom 25. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	763	SSW	2	heiter	20	Haparanda	757	SSW	2	heiter	16
Hamburg	763	SW	3	wolkig	18	Petersburg	756	NNO	1	Regen	14
Berlin	763	Still	halb bd.		20	Scilly	765	SW	4	bedeckt	15
Frankf. a. M.	766	SW	3	bedeckt	17	Aberdeen	759	SSW	2	heiter	14
München	763	W	4	Regen	13	Paris	769	NW	2	heiter	17
Wien	764	W	2	bedeckt	19						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. Juni 1906.

Zunächst kühler, vorherrschend wolkig bei schwachen westlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern; später ziemlich heiter und neue Erwärmung.

Berliner Wetterbureau.

Verband
der
Sozialdemokrat. Wahlvereine
Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 26. Juni 1906,
abends 8½ Uhr:

General-Versammlungen
der sechs Berliner Reichstagswahlkreise.

1. Kreis.
Kühnes Festsäle, Niederwallstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Redakteurs **Wermuth** über: **„Die große französische und die russische Revolution“.**
2. Vorstands- und Kassenbericht.
3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
4. Anträge.

2. Kreis.
Habels Brauerei, Bergmannstraße 5/7.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes.
2. Ersatzwahl des zweiten Schriftführers.
3. Die Verbands-Generalversammlung. **Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben.**
4. Vereinsangelegenheiten.

Zu Punkt 3 sind folgende Anträge gestellt:
1. Die einzelnen Kreiswahlvereine Groß-Berlins haben das Recht, an ihre Mitglieder im Laufe des Geschäftsjahres Broschüren von gleichem Gesamtpreise, bis 50 Pf. (ausschließlich Parteitags-Protokoll), jedoch eventuell von verschiedenem Inhalt, gratis zu verteilen.
2. Die dem Aktions-Ausschuß zur Beschlußfassung vorliegenden wichtigen Angelegenheiten müssen auf Antrag der Vertreter von drei Kreisen dem Zentralvorstande zur Beschlußfassung überwiesen werden.

3. Kreis.
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes.
2. Die Verbands-Generalversammlung und **Wahl der Delegierten hierzu.**
3. Anträge für Ausschluß von Mitgliedern.
4. Vereinsangelegenheit.

4. Kreis.
Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung: 1. Die Verbands-Generalversammlung und Anträge hierzu.
2. Wahl der Delegierten.
3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes.

5. Kreis.
Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Kommission.
2. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes.

6. Kreis.
Germania-Säle, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Anträge. a) Wielepp und andere: Verbilligung des „Vorwärts“ und Wochenabonnement. b) Fiedler: Dem „Vorwärts“ zweimal wöchentlich eine Beilage speziell zur Aufklärung der Arbeiterinnen beizulegen.

Mitgliedsbuch legitimiert. 209/8*

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Zentralvorstand.**

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, im „Neuen Konzerthaus“ (Grand-Hotel) Alexanderplatz, Ecke Neue Königstraße:

Allg. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 254/15
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Fritz Zubeil über **„Sozialismus und Kirche“.** 2. Gewerkschaftliches. — Kameraden! Verbandsmitglieder! Erscheint in dieser Versammlung vollzählig! **Der Vorstand.**

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!
Mittwoch, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 21 (großer Saal):

Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **Die Zentrumspartei im preußischen Abgeordnetenhause und ihr Wunsch auf Abschaffung der Unfallrenten unter 25 Prozent.** Referent: Reichstags-Abgeordneter Alwin Körsten. 2. Diskussion. 75/15

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen aller an Holzbearbeitungsmaschinen beschäft. Arbeiter Berlins u. Umgegend. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:

Versammlung
aller in Eisengießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. **Der Streik bei der Firma Gebauer.**
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.

Mittwoch, den 27. Juni 1906, abends 8½ Uhr:

Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen
im Lokale **Dresdener Garten,** Dresdenerstraße 45.

Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** des Genossen Dr. **Wollheim** über: **Die kulturelle Bedeutung der Volksbadeanstalten.**
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen wird erwartet.

Mittwoch, den 27. Juni 1906, abends 8½ Uhr:

Versammlung der chirurgischen Branche
im **Rosenthaler Hof,** Rosenthalerstraße 11/12.

Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** des Genossen **Friedländer** über: **Rußland in Not.**
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die Kollegen aus folgenden Betrieben besonders eingeladen: H. Hauptner, H. Kettner, L. und H. Lewenstein, Dewitt u. Herz und Lautenschläger.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die für heute Dienstag angesetzte Allgemeine Uhrmacher-Versammlung findet wegen der Parteiversammlungen nicht statt.

121/14 **Die Ortsverwaltung.**

Ausnahmepreise
für Juni, Juli.
A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Fernsprecher Amt 7, 3040.
Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an:
Prima Ia Haldsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. **75** Pf.
„ **Ia Marienglück** pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . **78** Pf.
„ **Ia Diamant** (110 bis 120 Stck.) . . . . **80** Pf.
„ **Ia Ilse u. Akw.** pr. Ztr. **85** Pf.
„ **Ia Anthrazit Eads** Z. **2,10** M.
Koks, Steinkohlen usw. zu den **billigsten Tagespreisen.** Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Zu haben in den einschläg. Geschäften.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen.
Berlin C., 6932L*
30. Linien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
E. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/98.

Achtung! Schöneberg! Achtung!

Dienstag, den 26. Juni 1906, abends 8½ Uhr, im Saale der Schloßbrauerei:

Volksversammlung
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen ersucht
15/13 **Der Vorstand.**

Der Eingang zum Saal ist Feurig-Straße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Rixdorf.
Donnerstag, 28. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Thiel, Bergstraße Nr. 151/152:

Außerordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Festsetzung des Lokalbeitrages. 2. Verbandsangelegenheiten.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
68/3 **Die Ortsverwaltung.**

Fachverein der Tischler
Berlins und Umgegend.

Achtung! Tischler und Möbelpolierer!

Mittwoch, 27. Juni, abends 8 Uhr, bei Zöls, Köpenickerstr. 137/138:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** des Genossen **Kator** über: **„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter besonderer Berücksichtigung der Generalstreikidee.“** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 186/9*

Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Radfahrer! Radfahrer!

Berliner Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität“.
Donnerstag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr:

Außerord. Generalversammlung
bei F. Walter, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Bundestag.
2. Ergänzungswahl des Gauvorstandes.
3. Verschiedenes. 13/10

Pflicht der Genossen ist es, zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

J. A.: **Der Vorstand.**

Verband der Tapezierer
Filiale Berlin.
Mittwoch, 27. Juni, abends 8½ Uhr, bei Wendt, Beuthstr. 20:

Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **P. M. Grempe** über: „Fortschritte im Beleuchtungswesen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Sektion der Kleber.
Donnerstag, den 28. Juni, abends 6 Uhr, bei Augustin, Oranienstraße 103:

Versammlung.
Da der Saal um 8½ Uhr geräumt sein muß, werden die Kollegen ersucht, pünktlich zu erscheinen.
178/10 **Die Sektionsleitung.**

Deutsche
Metallarbeiter-Gewerkschaft
Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang: Germannstr. 28).
Geöffnet von 9½—2 und 4—8 Uhr. Telephon: III, Nr. 1296.

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8½ Uhr, im Restaurant F. Wilke, Brunnenstraße Nr. 188:

Allgemeine
Schlosser-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Zweck und Ziele der Aussperrungen und die Stellung der Organisation dazu. Referent: Kollege **Schlenker.**
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet
280/14 **Die Agitationskommission.**

Gewerkschafts-Kartell
für Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 28. Juni, abends 8½ Uhr:

Vorstände- u. Delegierten-Versammlung
der im Gewerkschafts-Kartell vereinigten Organisationen im Lokale von Fritz Wilke, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Kartellangelegenheiten.

Da in dieser Versammlung auch zu der in Nr. 25 der „Einigkeit“ enthaltenen Veröffentlichung Stellung genommen werden soll, ist das Erscheinen sämtlicher Funktionäre notwendig.
238/8 **Der Ausschuß.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Billett- und Lustbarkeitssteuer.

Der Stadtverordneten-Versammlung ist jetzt vom Magistrat die Vorlage betreffend die Erhebung einer Billett- und Lustbarkeitssteuer zugegangen und wird am nächsten Donnerstag bereits beraten werden. Der Inhalt der Vorlage deckt sich mit dem, was wir kürzlich bereits veröffentlicht haben. Hinzuzufügen wäre vielleicht, daß in Berlin, im Gegensatz zu anderen Orten, wo solche Steuern erhoben werden, Betriebe mechanischer Musikinstrumente, Feuerwerke, Karussells, Würfel- und Schießbuden von der Besteuerung befreit bleiben sollen.

In der Begründung der Vorlage beschränkt sich der Magistrat darauf, auf die diesbezüglichen Steuerordnungen anderer Städte hinzuweisen und sich auf Elberfeld als Ideal zu beziehen, und man hat nach Durchsicht dieser Begründung das Gefühl, als ob der Magistrat an dieser Vorlage selbst keine Freude zu haben scheint. Unseren ablehnenden Standpunkt gegen diesen kulturwidrigen Steuervorschlag haben wir zu wiederholten Malen dargelegt. Es dürfte aber nicht uninteressant sein, darauf hinzuweisen, daß selbst diejenigen, die früher im Prinzip für diese Besteuerung zu haben waren, die Lust daran verloren zu haben scheinen. Wenigstens lesen wir in einem sonst äußerst magistratsfrommen Blatte, der „Vossischen Zeitung“, Aeußerungen, die zeigen, daß auch in freisinnigen Kreisen sich gegen die Vorlage Opposition geltend macht. Es heißt da u. a.:

Jetzt, da die Magistratsvorlage der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist, sieht man, daß die Steuer alles eher als eine Luxussteuer ist, daß sie **vielmehr die große Masse** nicht nur des Mittelstandes, sondern auch der **ärmeren Bevölkerung** trifft, daß sie das lobenswerte Bedürfnis nach Bildung, nach geistiger Erbauung und das ebenso berechtigte Bedürfnis nach Vergnügen besteuert. Und das ist begreiflich. Denn eine Luxussteuer für reiche Leute trägt wenig ein. Will man ein nennenswertes Ergebnis, so muß es die Masse bringen. Nur deren Besteuerung „schlägt zu Buch“.

In den früheren Beratungen war als selbstverständlich bezeichnet worden, daß alle Eintrittskarten bis 1,50 M. oder auch 2,50 M. steuerfrei bleiben sollten. Davon ist jetzt keine Rede. Von 40 Pf. an wird jedes Billett versteuert. Das heißt, so ziemlich alles. Denn in welchen Theatern erhält man für 40 Pf. auch nur zum schlechtesten Platz Zutritt? Das ist jedenfalls eine seltene Ausnahme. Dasselbe gilt von der Mehrzahl der musikalischen Aufführungen. Nicht einmal die philharmonischen Konzerte werden geschont. Selbst gemeinnützige Unternehmungen wie das Schiller-Theater und der Zoologische Garten, der nicht nur ein Vergnügungslokal, sondern auch ein Lehrinstitut ist, werden der Steuer unterworfen. Nur wer den Garten am 25 Pf.-Tage, bei dem fürchterlichen Gedränge, besucht, bleibt steuerfrei. Der Kranke, der sich wochentags dort erholen will, muß seinen Obolus an die Stadt erlegen. Der Männergesangverein, der das Volkslied pflegt, muß, wenn er ein Konzert veranstaltet, Steuer zahlen. Der Wirt, der seinen Gästen unentgeltlich Konzerte darbietet und alle Sorge hat, daß die Kosten der Kapelle wieder eingebracht werden, soll an die Stadt obenein einen besonderen Tribut zahlen; sind seine Räume 201 Quadratmeter groß, so beträgt der Tribut 12 M., das macht im Monat 360 und im Jahr 4320 M., und wenn er über 11 Uhr abends hinaus spielen läßt, das Doppelte. Jeder Bezirksverein, jeder Arbeiterverein, jeder Wahlverein, der ein Fest veranstaltet, mit Musik oder Tanz, muß zahlen. Nach alledem wird man nicht behaupten können, nur der Luxus der reichen Leute oder der leichtfertigen Lebewelt werde getroffen.“

Und zum Schluß rückt die „Vossische“ von der Vorlage in folgender Weise ab:

„Entstanden ist der Gedanke, zu einer solchen Steuer zu greifen, in einem Zeitpunkt, wo wesentliche Ausfälle im Haushalt die Gefahr einer Erhöhung der Einkommensteuer heraufbeschworen. Davon wurde auch Anfang vorigen Jahres noch gesprochen. Inzwischen hat sich das Bild der städtischen Finanzen gründlich geändert. Ueber Erwarten große Ueberschüsse sind eingetreten, und auch für die nächste Zeit sind Verlegenheiten nicht in Sicht.

Ueberall sonst, wo preußische Großstädte eine Billett- und Lustbarkeitssteuer erheben, ist die Finanzlage viel schlechter und die Steuerlast viel größer als in Berlin, oder aber die Steuer ist nur eine Gebühr für größere Aufwendungen, die die Gemeinde für Theaterzwecke macht. Es darf deshalb erwartet werden, daß in der Reichshauptstadt die Einführung der Billett- und Lustbarkeitssteuer, die sozialpolitisch, wirtschaftlich und kulturell schwere Bedenken erregen muß, **um so eher unterbleiben wird**, je weniger sie durch eine „zwingende Notwendigkeit“ geboten ist.

Die Ertragsberechnung von 2 400 000 Mark vollends ist phantastisch. Sie ist sechsfach so hoch auf den Kopf der Bevölkerung als durchschnittlich in den übrigen preußischen Großstädten. Selbst wenn die Vorlage ohne jede Abschwächung angenommen würde, wäre noch nicht auf die Hälfte des veranschlagten Ertrages zu rechnen. Und auch das wäre ein ungenügender Entgelt für die Vorwürfe, denen sich die Berliner Stadtverwaltung aussetzen würde, Vorwürfe, denen sicherlich nicht jede Berechtigung abgesprochen werden könnte.“

Wir wollen abwarten, inwieweit die Vertreter des Freisinns im Roten Hause diese Ausführungen sich zu eigen machen werden. Jedenfalls wird unsere Fraktion eine entschieden ablehnende Haltung gegen dieses Steuerprojekt einnehmen.

Partei-Angelegenheiten.

Der Reinickendorfer Schwimmklub hält am Donnerstag, den 28. Juni, in dem Lokale „Kaiser Friedrichgarten“ ein Schwimmfest ab. Da dieses Lokal für die Arbeiterschaft gesperrt ist, so weise man die angebotenen Billetts zurück. Die Mitglieder des Schwimmklubs mache man auf ihr unehrliches und die Arbeiterschaft schädigendes Treiben aufmerksam.

Die Lokalkommission für Reinickendorf und Umgegend.

Pankow. Heute abend pünktlich ½9 Uhr findet im Gesellschaftshause von Roczycki, Kreuzstr. 3—4, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre über das erste Halbjahr 1906. 2. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung (30. Juni) und zur Generalversammlung von Groß-Berlin (29. Juli). 3. Neuwahl mehrerer Funktionäre. 4. Verschiedenes. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Wer noch nicht im Besitze eines neuen Buches ist, kann sich dasselbe von seinem Bezirksführer abholen. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Brotverteuerer.

„Zu Pfingsten haben die **Bäckermeister** und die **Bäckergesellen**, zwischen denen ein Lohnstreit geherrscht hatte, miteinander Frieden geschlossen. Deshalb wird jetzt das Brot in Berlin teuerer.“

Mit diesen Sätzen beginnt ein Artikel, den wir in der Berliner „**Morgenpost**“ finden. Da wird ausgeführt, daß die Meister den Gesellen verschiedene Zugeständnisse haben machen müssen (pro Woche 12 M. bar als Vergütung für Kost und Logis, die bisher gewährt wurden, außerdem einen Mindestlohn von 23 M. pro Woche, 2—3 M. mehr als bisher), und daß die Meister nun erklären, alles auf das konsumierende Publikum abwälzen zu müssen. Das soll auf die eine oder die andere Weise geschehen, je nach Verhältnissen und Möglichkeit. Der Rabatt soll von 10 auf 5 Proz. ermäßigt werden; wo Zugabe üblich ist, soll diese verringert oder ganz beseitigt werden; wo für 10 Pf. fünf Stück Ware gegeben werden, will man nur noch vier geben; wo vier gegeben werden, will man ihr Gewicht verringern; geringer will man schließlich auch das Gewicht des Schwarzbrotes machen.

Also diese Brotverteuerung ist **durch die den Gesellen zugestandenen Bewilligungen notwendig geworden!** Die Meister behaupten es — und die „Morgenpost“ mit ihrem gläubigen „Deshalb wird jetzt das Brot in Berlin teuerer“ schwatzt es nach. Ach nein! Der Beutezug, den die Bäckermeister jetzt vorhaben, war schon lange geplant. Schon lange wollten sie den Rabatt, die Zugabe und alle die anderen Lockmittel abschaffen, mit denen jeder das Publikum zu ködern und dem lieben Nachbar abspenstig zu machen versucht hatte. Sie hatten nur immer noch gefürchtet, daß die Kundschaft die Brotverteuerung nicht so geduldig hinnehmen werde, und sie wußten auch noch nicht recht, womit sie sie begründen sollten. Aber nun hat sich endlich ein Sündenbock gefunden, dem das aufgepackt werden darf. Die Gesellen sind die allein Schuldigen! Die armen, bedauernswerten Meister entschließen sich schweren Herzens zu der bitteren Notwendigkeit, jetzt auf das Publikum das abzuwälzen, was sie der Begehrlichkeit und Unersättlichkeit der Gesellen opfern mußten. Nun wissen es die Hausfrauen: die Gesellen sind es, denen sie die Brotverteuerung in dieser unverschämten Höhe zu danken haben.

Die Bäckermeister verlassen sich offenbar darauf, daß **die meisten Hausfrauen nicht gerne rechnen** und daß sie kaum Lust haben werden, das Exempel zu lösen, das ihnen hier aufgegeben wird. Da möchten denn **wir** uns gestatten, einmal ein klein wenig **in die Kontobücher der Herren Meister hineinzuleuchten**. Denken wir uns einen Kleinbetrieb, der mit nur zwei Gesellen arbeitet. Welche Mehrausgaben entstehen dem Meister aus den neuen Bedingungen? Wir wollen die ungünstigsten Verhältnisse voraussetzen, wollen annehmen, daß beiden Gesellen bisher die schäbigsten Löhne gezahlt und die miserabelste Kost geliefert wurde. In Rechnung stellen wir als Mehrausgabe an Lohn pro Woche zweimal 3 M., als Mehraufwendung für das Kostgeld gleichfalls pro Woche zweimal 3 M. Das macht zusammen pro Woche 12 M., pro Jahr 624 M. Wir wollen aber nicht knausern, sondern mit Rücksicht auf etwa notwendig werdende Aushülfskräfte noch 10 Proz. draufschlagen, so daß 686 M. herauskommen. Wohlgemerkt: wir meigen immer nur die **Mehr**aufwendungen gegen früher.

Nun darf für einen Betrieb, der zwei Gesellen braucht, ein Jahresumsatz von mindestens 30 000 M. vermutet werden. Für Ware, auf die kein Rabatt gegeben wird, wollen wir 5000 M. abziehen. Von den übrigen 25 000 M. wurden bisher 10 Proz. Rabatt gegeben, macht 2500 M. Werden künftig nur 5 Proz. gewährt, so ermäßigt sich der Rabatt auf 1250 M. Auf 686 M. berechneten wir die Mehraufwendungen, mithin bleiben von den anderen 1250 M. dem Meister immer noch 564 M. Bei zwei Gesellen 564 M. Mehrgewinn, und das unter den ungünstigsten Verhältnissen! Hat aber der Meister schon vorher bessere Löhne bezahlt und anständigere Kost gereicht, so können die Mehraufwendungen noch weit unter 686 M. zurückbleiben — und ebenso weit würde dann der Mehrgewinn, den er aus der Einschränkung des Rabattes herausholt, über 564 M. hinausgehen. Man sieht, wie **die Abwälzung auf das Publikum sich rentiert**. Hat der bedauernswerte Meister nicht zwei Gesellen, sondern vier oder sechs und noch mehr, so rentiert sich die Abwälzung natürlich noch um so viel besser.

Mit diesen Ausführungen soll übrigens nicht etwa das **Rabattunwesen** verteidigt werden, das in Berlin eingerissen ist. Im „Vorwärts“ ist oft dargelegt worden, daß von einem Gewinn für die Käufer keine Rede mehr sein kann, wenn überall Marken gegeben werden. Dann muß eben der Rabatt durch höheren Preis, genaueres Gewicht oder geringere Güte der Ware von vornherein aus der Tasche des Käufers herausgeholt werden, und die ganze Rabattsparerei wird Humbug. Für einen Bäckereibetrieb mit 30 000 M. Umsatz rechneten wir oben 2500 M. Rabatt heraus, wobei noch nicht mal berücksichtigt ist, daß für den Zwischenhandel, den die Milchgeschäfte mit Backware treiben, noch viel mehr als 10 Proz. bewilligt werden. Glaubt jemand, daß ein Berliner Bäckermeister so mir nichts dir nichts 2500 M. unter seinen lieben Kundinnen verteilt?

Man kann nur wünschen, daß überall im Handel die Rabattsparerei völlig beseitigt wird. Aber wir wenden uns dagegen, daß die Bäckermeister jetzt **den Rabatt herabsetzen** wollen, ohne für die Kundschaft durch Mehrgewicht einen gewissen Ausgleich zu schaffen, und daß sie diese für sie selber so **profitable Maßregel**, die sie längst geplant hatten, obenein noch **den Gesellen zur Last legen**. Dasselbe gilt von dem anderen Plan, künftig für 10 Pf. statt fünf Stück Ware nur vier zu geben. Auch hier werden die Meister einen Mehrprofit herauswuchern, der weit über die Mehraufwendungen hinausgeht, die sie jetzt für die Gesellen machen müssen. In Bäckereien mit zwei Gesellen dürfte der Jahresumsatz nur in weißer Ware sich auf 10—15 000 M. stellen. Wir wollen unentschieden lassen, wieviel davon durch Unkosten aufgebraucht wird und wieviel als Gewinn bleibt. Aber vielleicht rechnen uns die armen Meister einmal selber vor, wie viele Hunderte (oder Tausende?) von Mark für sie mehr herausspringen, wenn sie für je 10 Pf. nur noch vier Fünftel der früheren Warenmenge zu liefern brauchen. Von dem Profit der Gewichtsverringerung wollen wir gänzlich schweigen; hier hört ja für das Publikum die Möglichkeit der Kontrolle überhaupt auf.

Doch an alledem sind nur die Gesellen schuld, und „**Deshalb wird jetzt das Brot in Berlin teuerer.**“ Man möchte über dieses „Deshalb“ in Gelächter ausbrechen, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Die pfiffigen Meister werden es der „Morgenpost“ dankbar anreiden, daß sie die Bevölkerung, die dieses Blatt liest, „aufgeklärt“ hat.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag, den 28. Juni, zunächst mit zahlreichen Pensionierungen und Anstellungen, sowie mit Wahlen zu beschäftigen. Außerdem aber stehen folgende Punkte auf der Tagesordnung: Berichterstattung über die Vorlage betreffend den Ankauf des Grundstücks Unionstr. 5 für Gemeindeschulzwecke; Vorlage betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für die städtischen Gaswerke; Berichterstattung über den Antrag des Stadtverordneten Körte und Genossen, betreffend die Umgestaltung der Infektionsabteilung des Krankenhauses am Friedrichshain; Berichterstattung über den in der Etatsvorlage enthaltenen Antrag bezüglich der Gehälter der Apotheker an den städtischen Anstalten und der Professoren an den städtischen Krankenanstalten; Vorlagen betreffend die Frequenz in den Gemeindeschulen am 1. Mai; Vorlage betreffend die **Erhebung einer Billet- und einer Lustbarkeitssteuer**; Vorlage betreffend die Fertigstellung der Millenniumlichtanlage für den Schweineschlachthof; Vorlage betreffend die Einführung des Milleniumlichtes in der Hammelhalle, dem alten Teile der Kälberhalle und in dem Börsensaale auf dem Viehhofe; Vorlage betreffend die Aufstellung neuer Reklameuhren unter Beseitigung der vorhandenen Uraniasäulen; Vorlage betreffend die Errichtung eines Kramhändlerhauses nebst Schweinestall und Wasserturm, sowie Herstellung einer neuen Wasserversorgungsanlage auf dem Erweiterungsgelände des Schlachthofes; Vorlage betreffend einen Flächenaustausch am Großen Stern; Vorlage betreffend den Erwerb zweier Grundstücke für den Bau einer Ueberführung über die Eisenbahn im Zuge der Puttlitz- und Föhrerstraße.

Am nächsten Freitag findet eine Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zur Erledigung dringender Sachen statt.

Die Putlitzstraße soll direkt mit der Föhrerstraße durch eine gewaltige Brücke verbunden und damit eine kürzere Verbindung zwischen Moabit und dem Wedding geschaffen werden. Zu diesem Zwecke muß die Putlitzstraße zum Teile höher gelegt und das Grundstück der Hummelschen Maschinenfabrik am Südufer erworben werden. Der Besitzer Kommerzienrat Bielon verlangt die Abnahme des ganzen etwa 26 589 Quadratmeter großen Grundstückes mit den Gebäuden für den ermäßigten Preis von rund 1½ Millionen Mark. Der Magistrat hat diesen Preis vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bewilligt.

Die Anwohner der dortigen Gegend mögen ihre Hoffnungen betreffend Herstellung einer Verbindungsbrücke von der Putlitzstraße über die Bahn nach der Föhrerstraße nur nicht zu hoch spannen und sich die Zeit nicht lang werden lassen, denn heute und morgen wird dieselbe noch nicht gebaut werden.

Das Ende der Zweipfennig-Postkarte

ist gekommen. Der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke erläßt aus diesem Anlaß in Vertretung des Reichskanzlers an sämtliche Reichspostanstalten die folgende Verfügung:

Vom 1. **Juli** ab werden die zurzeit im Orts- und Nachbarortsverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt sind die bezeichneten Versendungsgegenstände nach der Ferntaxe zu frankieren. Im weiteren wird vom 1. Juli ab die Gebühr für außergewöhnliche Zeitungsbeilagen für je 25 Gramm jedes einzelnen Beilageexemplars von ¼ auf ½ Pf. erhöht. Die blauen Postkarten können unter Auflebung von Freimarken zu 3 Pf. weiter verwendet werden.“

Im Reichspostgebiet gelten also ohne Unterschied vom 1. Juli an die Ferntaxen für Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben. **Nur der Brief bis zu 250 Gramm kostet im Orts- und Nachbarortsverkehr frankiert fünf** unfrankiert 10 Pf. Telegramme an Empfänger im Orts- und Landbestellbezirk des Aufgabepostortes, sogenannte gewöhnliche Stadttelegramme kosten nach wie vor 3 Pf. für jedes Wort, mindestens aber 30 Pf. Innerhalb des ganzen Rohrpostbezirks von Berlin, also auch in Charlottenburg, Friedenau, Plötzensee, Rixdorf, Schöneberg und Wilmersdorf mit Halensee wird nur die Taxe für Stadttelegramme erhoben.

Bekanntlich haben sich unsere Vertreter im Reichstage gegen diese Erschwerung des Verkehrs in der energischsten Weise ausgesprochen, allein die Mehrheit stimmte für dieselbe, um auf diese Weise die Kosten für neue Ausgaben für Marinismus und Militarismus zu beschaffen.

Zwei Welten.

Die großen Ferien rücken nun immer näher und damit die Zeit, wo „die Gesellschaft“ den großen Städten entflieht, hinaus aufs Land, ins Gebirge und an die See. Unter Gesellschaft sind natürlich die oberen Zehntausend zu verstehen, denn die Millionen des „gewöhnlichen Volkes“ müssen auch im Sommer bei größter Hitze in der Tretmühle der Arbeit fronden. Jetzt haben wir, um in der Sprache des Tiergartenviertels zu reden, die „Berliner Saison“ beinahe hinter uns. In Berlin gibt es mancherlei Saison und viele unserer Leser und Leserinnen wird bei dem Gedanken daran ein gelindes Grauen überlaufen; bedeutet doch für viele die Saison eine Periode, in der sie sich noch mehr als gewöhnlich abrackern und schinden müssen, um die Arbeit zu bewältigen. Bis in die tiefe Nacht hinein müssen sie im Betriebe, viel mehr noch in ihrem Heim bis zur Erschöpfung tätig sein, worauf dann in sehr vielen Fällen eine lange Zeit von Arbeitslosigkeit folgt, verknüpft mit Entbehrung und Not. Einen weniger unangenehmen Beigeschmack hat der Begriff Berliner Saison für die fashionable Welt des Westens. Diese versteht unter Berliner Saison etwa die Monate Mai und Juni, diejenige Zeit, während der sie fürlieb nehmen muß mit den Freuden, welche die nächste Berliner Umgebung: Tiergarten, Grunewald, Halensee, Wannsee usw. zu bieten vermag. Unter den Vergnügungsetablissements, in welchen Berlin W in dieser Zeit einen notdürftigen Ersatz für die späteren Reisevergnügungen sucht und findet, gehört besonders das Restaurant zum „Zoologischen Garten“. Der „Zoologische Garten“ wird natürlich auch von der großen Masse des „gewöhnlichen Publikums“ aufgesucht, aber die Direktion hat in lobenswerter Weise dafür gesorgt, daß dieser Plebs nicht mit der besseren Welt in Berührung kommt. Es ist eine Art Klassenscheidung vorgenommen worden: Für das gewöhnliche Publikum ist das große Terrain zu ebener Erde da; die etwas höhergelegenen Terrassen bedeuten die zweite Klasse, denn auf die Veranda können sich nur Leute mit wohlgespickten Börsen hinwagen. Hier gibt sich die auserlesenste Gesellschaft Berlins nach des Tages Last und Mühe Rendezvous und nicht selten werden von wenigen Leuten Summen verzehrt, die zur Deckung des Haushaltsbudgets einer vielköpfigen Arbeiterfamilie **für Monate** ausreichen müssen. Der jetzige Inhaber dieses fashionablen Restaurants ist der Hoftraiteur Adlon, der bekannte Inhaber des Restaurants Hiller, Unter den Linden, und Mitinhaber des Kontinentalhotels in Berlin, ein Mann also, der den Anforderungen auch der verwöhntesten Gäste wohl zu entsprechen vermag.

Dem gleichen Zwecke dienen dann noch eine Anzahl „erstklassiger“ Weinrestaurants im Westen Berlins, Charlottenburg usw. Mit Taxameter oder im Auto kommen die Herrschaften heraus, um hier in lauschigen Veranden die Strapazen des „Berufs“ bei den Freuden der Tafel zu vergessen. Noch eine kurze Zeit und die „Berliner Saison“ hat ihr Ende erreicht. Die Hitze wird für diejenigen, die nicht arbeiten, „unerträglich“, sie entfliehen der Großstadt und suchen Erholung an den Gestaden der Ost- und der Nordsee oder in den Alpen.

Zurück bleibt nur das große Heer der Proletarier, eng zusammengepfercht in den Mietskasernen der Millionenstadt. Keine Ferien unterbrechen die Fron des Arbeiters, er ist froh genug, wenn er nicht gezwungen feiern muß. Und des Sonntags winkt ja auch ihm eine Erholung: in vollgepfropften Eisenbahnwagen, bis zu 20 in einem Coupé, oder in dichtbesetzten Straßenbahnen fährt er mit den Seinen aus dem großen Häusermeer hinaus nach den Vororten, um ein bißchen frische Luft zu genießen, und ist froh, einmal grünende Bäume und Wiesen zu sehen. Und am Abend, wenn es ihm nicht so bald gelingt, sich und seiner Familie ein bescheidenes Plätzchen in einem der dichtumlagerten Beförderungsmittel zu erobern, kommt er spät nach Hause, oft wohl mehr erschöpft als gestärkt.

Das sind die zwei Welten, die eng im Raume bei einander wohnen: dort die Satten, hier die Hungrigen. Es kann nicht zweifelhaft sein, auf wessen Seite in dem fortwährenden Ringen der endliche Sieg fallen muß. Ein Gesellschaftszustand, der denjenigen, die nicht arbeiten, die reichsten und schönsten Genüsse sichert, dem mit Bienenfleiß schaffenden Proletarierheer aber kaum das karge Leben läßt, kann keinen ewigen Bestand haben.

Ein zahlreiches Trauergefolge bewegte sich am Sonntagnachmittag durch die Straßen der Stadt, um den verstorbenen Parteifreund, den Genossen Franz Hoch zur letzten Ruhe zu geleiten. Wohl gegen 1000 Parteigenossen hatten sich eingefunden, die trotz des heißen Sommersonntages es sich nicht nehmen ließen, den nahezu zweistündigen Marsch vom Krankenhaus am Urban bis zum Freireligiösen Friedhof in der Pappel-Allee mitzumachen und dem Verstorbenen dadurch ihre Achtung und Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Da die Polizei sich auf dem ganzen Wege sehr reserviert verhielt, ging alles ohne jedwede Störung vor sich. Nur an der Ecke der Breslauer- und Andreasstraße empörten sich die Leidtragenden, weil ein Straßenbahnführer nicht warten konnte, bis der Zug vorüber war, und mit seinem Wagen den Leichenzug trennte.

Die Feier auf dem Friedhofe selbst war eine einfache und schlichte, ganz dem Wesen des verstorbenen Kämpfers entsprechend. Der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“ intonierte das stimmungsvolle Lied „Ein Sohn des Volkes“, worauf Herr Adolf Stern in einer zu Herzen gehenden Ansprache den Verstorbenen als Gatten und Vater sowie als Kampfgenossen würdigte.

Am Grabe legten dann die Vertreter der Organisationen prachtvolle Kranzspenden nieder, dem Dahingeschiedenen ein letztes Lebewohl nachrufend. Unter diesen Spenden befanden sich solche des dritten Wahlkreises, weitere vom Verband der Wahlvereine, der Redaktion sowie der Expedition des „Vorwärts“, Verlag und Buchdruckerei Vorwärts, vom Verband der Holzarbeiter sowie der Krankenkasse der Drechsler, deren Mitglied der Verstorbene gewesen, vom Zentralwahlverein von Teltow-Beeskow sowie zahlreiche schlichte Kränze, die alle Zeugnis ablegten von der Wertschätzung, dessen sich unser toter Freund bei Lebzeiten erfreute. Wieder ließen die Sänger ihre Trauerstrophen ertönen und bald schloß sich das Grab über dem leider zu früh aus dem Kreise seiner Familie und aus den Reihen der Parteigenossen gerissenen Kämpfer für unsere Sache. Er wird nicht vergessen werden!

Die Technik im Zeitungswesen

macht immer gewaltigere Fortschritte. Die Rotationsmaschinen, auf denen heute fast jedes Blatt mit größerer Auflage hergestellt wird, erfahren immer weitere Verbesserungen. Jetzt bringt die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ nähere Mitteilungen über eine Riesenrotationsmaschine, die für die Herstellung des „Vorwärts“ bestellt ist. Es heißt in der Notiz:

„Die Buchdruckerei des sozialdemokratischen „Vorwärts“ in Berlin, die, wie bekannt, die größten Zeitungsdruckmaschinen in Deutschland besitzt, nämlich doppeltbreite Dreideckermaschinen für 48seitige Zeitungen, hat dieser Tage bei der Firma Koenig u. Bauer, Maschinenfabrik Kloster Oberzell G. m. b. H. in Würzburg, eine neue Rotationsdruckmaschine bestellt, die hinsichtlich Größe und Leistungsfähigkeit die bisher benutzten noch weit übertrifft. Es ist dies eine doppeltbreite Vierrollenmaschine mit zwei übereinander liegenden Zwillingsdruckwerken für 64seitige Zeitungen. Die Maschine besitzt zwei bänderlose Falzapparate für je zwei Falze sowie Planobogenausgang; außerdem sind Einrichtungen getroffen, um später einen dritten und vierten Ausgang einbauen zu können. Die stündliche Leistung dieses Maschinenkolosses beträgt: 12 000 Exemplare zu 64, 60, 56, 52, 48, 44, 40, 36 Seiten, aufgeschnitten, 24 000 Exemplare zu 32, 30, 28, 26, 24, 22, 20, 18 Seiten, aufgeschnitten, 48 000 Exemplare zu 16, 14, 12, 10, 8, 6 und 4 Seiten, aufgeschnitten, alles auf eine halbe Seitengröße aufeinander gefalzt. Die Maschine wird nach ähnlichen Prinzipien gebaut, wie die von Koenig u. Bauer an die „Dresdener Neueste Nachrichten“ gelieferten fünf Stück und die bei der gleichen Firma für den „Breslauer Generalanzeiger“ in Arbeit befindlichen sechs Stück einfachbreiten Vierrollenmaschinen.“

Rechtzeitige Kündigung der Wohnungen!

Wann muß spätestens gekündigt werden?

Ist in einem Mietsvertrage als Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 27. Juni dem Wirt zugegangen sein, um rechtzeitig zu sein. Die Absendung am 27. Juni genügt also nicht, wenn der Brief nicht auch am 27. dem Wirt zugegangen ist. Ist in dem Vertrage drei Monate als Frist vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 30. Juni dem Wirt zugegangen sein. Ist im Vertrage nichts über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am 3. Juli dem Wirt erklärte Kündigung rechtzeitig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als innegehalten, wenn der Wirt die Annahme an dem betreffenden Tage (27., 30. Juni, 3. Juli) ablehnt, zum Beispiel, weil auf dem Briefe der Absender nicht angegeben sei, oder weil er einen frankierten (eingeschriebenen oder nicht eingeschriebenen) Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn der Brief rechtzeitig eingelaufen war, der Wirt aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Wirt verreist, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abgegeben werden kann oder dergleichen, kurz: in allen Fällen, in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt nicht oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtzeitig. Was gegenüber dem Wirt nach dieser Richtung hin rechtens ist, gilt auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird.

Wie sehen die Zigarettensteuerbändchen aus? Für die Herstellung der Zigarettensteuerbändchen sind vom Bundesrat folgende Bestimmungen getroffen worden. Die neuen Steuerzeichen erhalten die Form von bedruckten Papierstreifen. Die Streifen werden aus mit natürlichen Wasserzeichen (Bierpaßmuster) versehenem weißem Papier hergestellt und sind durch Linien in fünf Felder geteilt. Von den drei Mittelfeldern enthält das erste die Angabe des Inhaltes der Packung nach Menge oder Gewicht und außerdem bei Zigaretten und Zigarettentabak die Angabe der Steuerklasse, das zweite Feld trägt den Reichsadler und die Bezeichnung des versteuerten Gegenstandes, das dritte ist zur Eintragung des Entwertungsvermerks bestimmt. Die beiden Endfelder der Steuerzeichen sind an den Außenseiten offen und mit einer aus Adler und Krone bestehenden leichten Zeichnung gefüllt. Die Steuerzeichen für Zigaretten und Zigarettentabak sind ohne, die für Zigarettenhülsen mit Gummiaufstrich und Durchlochung hergestellt. Die Breite der bedruckten Fläche der Steuerzeichen beträgt für Zigaretten 14, für Zigarettentabak 20, für Zigarettenhülsen 10 Millimeter, ihre Länge 10—42½ Zentimeter. Der Aufdruck ist je nach der Steuerklasse mattgrün, mattblau, mattrot, grau, braun oder violett.

Der Tod des Hausbesitzers König in der Elbingerstr. 12 ist nach neueren Berichten noch nicht aufgeklärt. Auch die gestrigen Vernehmungen der Frau Loop haben zu keiner definitiven Feststellung, ob Mord oder Selbstmord vorliegt, geführt. Die Obduktion, die der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Störmer vornahm, zeigte eine Schußwunde, wie sie für einen Selbstmord mit dem Revolver typisch ist. Die Möglichkeit, daß ein anderer den Schuß abgefeuert habe, ist natürlich nicht ausgeschlossen. Frau Loop ist aber nicht aus der Haft entlassen worden. Es wird vielmehr auf Grund ärztlicher Gutachten ein Strafverfahren gegen sie eröffnet wegen Beibringung von Giften in einer das Leben gefährdenden Weise und wegen des Diebstahls. Frau Loop mußte übrigens auch zugeben, sie habe gewußt, daß König auf Grund von Anzeigen seiner Angehörigen in den nächsten Tagen entmündigt werden sollte, daß dann also auch die Generalvollmacht erloschen gewesen wäre. Im Falle, daß bei König Selbstmord zweifellos festgestellt wäre, hätte sich Frau Loop zunächst auf die in der Vollmacht enthaltene, von uns schon mitgeteilte Klausel, daß die Urkunde auch nach dem Tode des König Gültigkeit haben solle, berufen und das Haus an einen ihr zusagenden Käufer zu einem beliebigen Preise verkaufen können. Daß sie sich um den Hausverkauf sehr bemühte, erklärt Frau Loop damit, daß sie daran Vermittelungsgebühr von 2000 M. habe verdienen wollen. Wahrscheinlicher ist, daß sie die Absicht hatte, die Anzahlung in ihre Hände zu bekommen, um dann mit dieser und den 25 000 M., die sie König in bar und in Wertpapieren schon abgelockt hatte, zu verschwinden. Sie hatte auch ihre Generalvollmacht benutzt, Wertpapiere Königs von der Deutschen Bank abzuheben und auf ihren Namen bei der Dresdner Bank niederzulegen. Die Geldkassette des Toten, die noch mehrere tausend Mark in barem Gelde und in Wertpapieren enthielt, wurde beschlagnahmt.

Einige Raubanfälle werden aus dem Norden der Stadt berichtet. In dem Hause Soldinerstr. 8 wurde die Frau des Hausverwalters Wetzel überfallen und gewürgt. Gegen ½11 Uhr klingelte es plötzlich an der Korridortür der W.'schen Wohnung. Als Frau W. öffnete, bemerkte sie auf dem Treppenflur eine Männergestalt. Schnell wollte sie die Tür wieder zuschlagen, doch der Unbekannte war bereits hinzugesprungen und hatte den Fuß zwischen Tür und Schwelle gestellt. Gewaltsam öffnete er die Tür und sprang der Frau an die Kehle. In diesem Augenblick erschien eine zweite Gestalt auf der Bildfläche und hielt der Verwaltersfrau die Mündung eines Revolvers vor die Stirn. Während nun der erste der Verbrecher sein Opfer am Halse umklammert hielt, machte sich der andere an eine Durchsuchung der Wohnung. In der Küche fand er ein Portemonnaie mit 46 M. Inhalt und nahm es an sich. Aus einer Stärkekiste raubte der Eindringling noch 5 weitere Mark. Die Bedauernswerte wurde jetzt freigelassen und schleunigst entfernten sich dann die beiden Buben. Erst nach einiger Zeit wurde Frau W. wieder Herrin über sich selbst. Sie benachrichtigte nun ihren Mann von dem Vorfall und mit Hülfe mehrerer im Lokal anwesender Gäste wurde die Verfolgung der Täter aufgenommen. Sie verlief jedoch ergebnislos. Die Verbrecher hatten sich von dem benachbarten unbebauten Grundstück aus Eingang in das bereits verschlossen gewesene Haus zu verschaffen gewußt. Bereits Sonnabend vor acht Tagen waren aus der W.'schen Wohnung 443 M. Mietsgelder gestohlen worden. Der eine der beiden Täter erschien bereits im Laufe der vergangenen Woche bei Frau W., stellte sich als Weinreisender vor und erkundigte sich nach verschiedenen Mietern. Der Verbrecher hatte diesen Schwindel aus dem Grunde angewendet, um ausbaldowern zu können. — Bei einem anderen Raubanfall wurden Sonntagmorgen in der fünften Stunde zwei junge Leute schwer verletzt. Der 18jährige Lederfärber Max Scheller, Zechlinerstr. 1, und der 23jährige Lederzurichter Otto Tellmer, Prinzenallee 25 wohnhaft, hatten in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine „Mondscheinpartie“ nach Stolpe unternommen. Zu Fuß begaben sich die beiden frühmorgens wieder auf den Heimweg. Als sie gegen ½5 Uhr die Eisenbahnüberführung in der Nähe des Bahnhofes Schönholz passierten, blieb Sch. eine Strecke zurück. Fünf Rowdies kamen auf den jungen Mann los und überfielen ihn. Mit Schlagringen richteten sie Sch. derartig zu, daß ihm das Bewußtsein schwand. Als sich jetzt die Wegelagerer daran machten, ihr Opfer zu berauben, kam T. hinzu. Er wurde ebenfalls von den Gesellen schwer verletzt. In diesem Augenblick wurden die Täter durch mehrere hinzukommende Passanten zur Flucht veranlaßt. Die Schwerverletzten wurden nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo sie die ersten Notverbände erhielten.

Wegen einer Gasexplosion wurde am Montagvormittag die Feuerwehr nach der Friedrichstraße 116 gerufen. Der Herd derselben lag in der Ecke eines Korridors. Die Explosion war so heftig, daß Wände und Türen, Fenster rc. eingedrückt wurden und ein Dienstmädchen Verletzungen erlitt. Auffallenderweise aber blieb die Gasleitung, die Gaskrone mit fünf Zylindern und Glühstrümpfen vollständig verschont, während doch sonst in der Regel gerade die Gasleitung stark beschädigt wird. Die Sachverständigen können sich dies gar nicht recht erklären.

Wegen einer großen Benzin-Explosion wurde am Montag früh um 9 Uhr die 1. Kompagnie nach der Fehrbellinerstr. 89 gerufen. Dort hatten sich in der chemischen Waschanstalt von H. Heyder Benzindämpfe in einem Waschraum auf dem Hofe entzündet, wobei der Inhaber H. Heyder und ein Arbeiter Max Mehlisch schwere Brandwunden am Kopf erlitten. Beiden wurden Verbände angelegt und gleichzeitig weitere Explosionsgefahren durch Lüften usw. beseitigt. Oberbrandinspektor Reinhardt, der persönlich zur Brandstelle geeilt war, überzeugte sich davon und rückte erst mit der Feuerwehr wieder ab, als nichts mehr zu befürchten war.

Ein großer Lagerbrand beschäftigte die Feuerwehr gestern (Montag) mittag in der Stallschreiberstraße 59 mehrere Stunden. Das Feuer entstand auf bisher nicht ermittelte Weise im Dachgeschoß des rechten Seitenflügels und zwar in dem Papplager der Karton- und Musterkartenfabrik von Oskar Collo. Die ersten Löschzüge fanden bei ihrem Eintreffen schon einen so ausgedehnten Brandherd vor, daß sofort vier Schlauchleitungen in Tätigkeit traten. Trotzdem nun von mehreren Seiten aus kräftig Wasser gegeben wurde, dauerte es doch über eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Die enorme Qualmentwickelung erschwerte die Löscharbeiten ungemein. Ganze Berge Pappen rc. sind auf den Hof hinabgeworfen, und ist der entstandene Schaden erheblich.

Menschenschutz wurde am Montag in der Jerusalemerstraße von mehreren Arbeitern geübt. Des Schutzes bedürftig war ein kleiner Laufjunge, der einen schweren Schaukasten von der Jerusalemerstraße nach der Jüdenstraße schleppen sollte. Der Junge, der unter seiner Last dahinkeuchte, wurde von vorübergehenden Arbeitern angehalten und nach seinem Auftraggeber gefragt. Es stellte sich heraus, daß er von der Hutfabrik A. Klippel, Jerusalemerstr. 58, beschäftigt wird. Einer der Arbeiter ging nach dem Geschäft und veranlaßte, daß ein Erwachsener mitkam und dem Jungen den Kasten abnahm. Die Menge, die sich inzwischen angesammelt hatte, hielt mit ihrem Urteil über die „Kinderfreundlichkeit“ dieses Arbeitgebers nicht zurück.

Von der „Millionenbrücke“ herabgestürzt ist am Sonntag abend die zehnjährige Schülerin Martha Winkler aus der Swinemünder Straße. Als sich das Mädchen über das Brückengeländer beugte, erhielt sie von einem hinzuspringenden Knaben hinterrücks einen so heftigen Stoß, so daß sie das Gleichgewicht verlor und in die Tiefe stürzte. Sie blieb an einem Stacheldrahtzaun hängen, der rechte Unterschenkel wurde ihr fast völlig zerschmettert.

Todessturz aus der fünften Etage. Einen entsetzlichen Tod fand gestern nachmittag der 54jährige Arbeiter Sperling aus der Wienerstr. 8. Sp. hatte für den Dachdeckermeister Heder, Pücklerstraße 5 auf dem Fabrikgebäude des Grundstücks Köpenickerstr. 154 Reparaturarbeiten ausgeführt. Beim Vorbeugen am Rande des Daches verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte aus der Höhe der fünften Etage in die Tiefe hinab. Mit zerschmetterten Gliedern wurde der Unglückliche in das Krankenhaus „Bethanien“ gebracht, starb aber bereits kurz nach seiner Einlieferung.

Ein großer Seidendiebstahl ist in der vorletzten Nacht in der Kurstraße verübt worden. Einbrecher öffneten das Schubert u. Werthsche Schloß an dem Laden des Friseurs Wilhelm Ernst im Hause Nr. 50 und stahlen zunächst diesem die Kasse mit 300 M., die der Gehülfe des verreisten Geschäftsinhabers im Laden gelassen hatte. Von diesem aus gelangten sie in die Räume der Seidenwarenhandlung von A. Aronheim, indem sie eine Rabitzwand, die das Kontor von dem Friseurladen trennt, mit Stichsägen zum Teil herausschnitten. In aller Ruhe machten sie sich nun daran, ganze Fächer auszuräumen. Nach den bisherigen Feststellungen fielen ihnen für 21 000 M. Seidencoupons in die Hände. Obwohl sie diese mit einem Wagen weggeschafft haben müssen, hat niemand etwas von den Spitzbuben wahrgenommen. Erst heute früh entdeckte man den Einbruch und machte der Kriminalpolizei Anzeige. Bis jetzt hat man noch keine Spur von den Tätern gefunden. Daß es mehrere sind, beweisen die hinterlassenen Diebeszeichen.

Ein schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand am Sonntagnachmittag in der Oranienburgerstraße statt. An der Haltestelle an der Kleinen Auguststraße hielt ein aus dem Motorwagen Nr. 2576 und dem Anhängewagen Nr. 1891 bestehender Straßenbahnzug der Linie 29, von welchem mehrere Fahrgäste abzusteigen beabsichtigten. In diesem Augenblick näherte sich ein Straßenbahnzug der Linie 56 und fuhr gebremst in mäßiger Geschwindigkeit auf den Vorzug auf. Wenngleich der Anprall stark gemildert war, wurden doch sechs Personen mehr oder minder erheblich verletzt. An den beiden Straßenbahnwagen sind die Pufferstangen verbogen und außerdem an dem Motorwagen der Linie 56 mehrere Scheiben zertrümmert.

Am 23. Juni ist in der Versammlung der streikenden Buchbinder im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, eine Reisegeldtasche mit 8,80 M. Streikunterstützung verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird höflichst ersucht, dieselbe im Gewerkschaftshaus zweiten Stock, Zimmer 21 abzugeben.

Bei dem am Sonntag, den 24. d. M. stattgefundenen Sommerfeste des vierten Kreises in Hasselwerder sind ein Regenschirm, zwei Damenschirme, ein Stock, ein Portemonnaie, eine Brosche gefunden worden. Die Gegenstände sind abzuholen bei Barenthin, Lilisitterstraße 81. Verloren gegangen sind: eine Brosche, abzugeben bei Butschke, am Schlesischen Bahnhof 5, ein Portemonnaie mit ungefähr 2 M. Inhalt, abzugeben bei Pischnick, Friedenstr. 63 IV, ein Portemonnaie mit etwas über 3 Mark Inhalt, abzugeben bei L. Siebert, Langestr. 22, ein Damenschirm, abzugeben bei Fliegenschmidt, Bergmannstr. 96.

Radrennen zu Treptow. Das Programm am Sonntag wies zwei Dauerrennen auf, von denen das eine die drei besten Fahrer an den Start führte: Demke, Günther und Stellbrink. Das Rennen ging über 60 Kilometer, die in drei Läufen von 10, 20 und 30 Kilometer abzufahren waren. Im ersten Lauf übernahm Demke die Führung und legte ein so gutes Tempo vor, daß der Rekord überboten wurde. Günther kam nicht recht in Schwung, da er hinter fremdem Motor fuhr. Der zweite Lauf sah gleichfalls Demke als Sieger und war die gefahrene Zeit ebenfalls eine sehr gute. Stellbrink, der anfangs an zweiter Stelle lag, muß nach dem 10. Kilometer Günther passieren lassen und macht dieser mehrere Versuche, zu Demke aufzurücken, doch ohne Erfolg, und Günther ist fast eine Runde zurück, als zum Schluß geläutet wird. Beim dritten Lauf hat Günther zuerst Anschluß an seine Führung und läßt sich die Spitze trotz wiederholter Angriffe von Demke nicht nehmen und wird durch das scharfe Fahren auch der Rekord von 30 Kilometer erheblich verbessert. Stellbrink spielt in diesem Lauf keine Rolle und endet weit zurück als dritter. Sieger des Rennens ist Demke mit 4 Punkten, Günther mit 6 Punkten zweiter und Stellbrink mit 8 Punkten dritter. — Das zweite Dauerrennen führte über 40 Kilometer und vereinigte vier Mann am Start: Ahrens-Köln, Hitzler-Frankfurt, Huhndorf-Leipzig und Wieverall-Berlin. Mit Ahrens an der Spitze geht der Start vor sich, gefolgt von Wieverall und Hitzler, während Huhndorf den Schluß macht. Doch bald fällt Hitzler auf den letzten Platz und muß Ahrens und Wieverall passieren lassen, welch ersterer auch Huhndorf überrundet, aber bald darauf denselben wieder vorbeilassen muß. Wieverall schickt sich zum Kampf gegen Ahrens an, fällt aber verschiedene Male wieder zurück, bis er endlich beim zehnten Kilometer die Spitze an sich gerissen. Ahrens wechselt seine Führung, kommt dadurch aber um den zweiten Platz und nun entspinnt sich zwischen Huhndorf und Wieverall ein längerer Kampf, der beim 20. Kilometer zugunsten des ersteren endet, nachdem vorher bald der eine, bald der andere geführt hatte. Ahrens scheidet nun aus dem Rennen und auch Wieverall kommt durch Radwechsel ins Hintertreffen und verläuft der Rest des Rennens interesselos. — Das Fliegerrennen wurde eine Beute für Franke (120 Meter Vorgabe) vor Genz (50) und Rabe (0). Der Besuch war sehr gut.

Straßensperre. Die Straße Am Zeughause vom Platze am Zeughause bis zur Straße Hinter dem Zeughause wird behufs Asphaltierung vom 2. Juli ab und die Bahnhofstraße vom 28. Juni ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Das Passage-Panoptikum hat seine „Sehenswürdigkeiten“ um eine neue Nummer bereichert. Seit Freitag läßt sich dort ein Weib bewundern, Mariedl, eine Tirolerin, die dem Riesen Machnow Konkurrenz machen will. Dieses Naturkind ist 27 Jahre alt, hat die respektable Höhe von 2,27 Meter und ein Körpergewicht von 290 Pfund, ist also eine „hervorragende“ Erscheinung.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehr an vielen Stellen zu tun. Preßkohlenbrände mußten in der Voigtstraße 30, Görlitzerstr. 23, Petersburgerstr. 12, Albrechtstr. 10, Swinemünderstr. 64, auf dem Moabiter und Ostbahnhof, Orthstr. 2, Weberstraße, Oderbergerstraße u. a. Stellen gelöscht werden. Ein Kabel brannte in der Königstr. 38, eine Wohnung in der Seestr. 68, eine Küche in der Petersburgerstraße, Möbel in der Potsdamerstraße 89, Papier in der Neuen Königstr. 89, Wäsche u. a. in der Friedrichsfelderstr. 11, Schuhwaren in der Kastanien-Allee 21, Kleider in der Langenbeckstr. 2 und in der Wallstr. 23 eine Schneider-Werkstatt. In der Thaerstraße brannte die sogen. schwarze Brücke über der Ringbahn, Bienen mußten in der Lübbenerstraße eingefangen werden.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 27. Juni, abens ½8—½9 Uhr veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernh. Irrgang in der St. Marienkirche das nächste (vorletzte) Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fräulein Marie Lindow (Sopran), Fräulein Else Grau (Alt) und dem Streichquartett der Herren W. Thomas, A. Sohlmann, Fr. Seiffert und A. Scheurich, Solokantate für Sopran mit Orgel und Streichquartett von Tunder, Orgelkompositionen von Bach, Bossi und César Franck. Eintritt ist frei!

Vorort-Nachrichten.

Die Wahlvereine unserer Vororte

haben auch in letzter Zeit wieder eine beträchtliche Zunahme neuer Mitglieder zu verzeichnen. Zeigt sich auch nicht ein ähnliches Anwachsen wie nach den Demonstrationsversammlungen das

21. Januar und 18. März, so lassen die letzten Resultate doch ein sicheres und ständiges Vorwärtsentwickeln unserer Bewegung erkennen. So ist namentlich Rixdorf mit seiner gigantischen Entwickelung und Ausdehnung ein Hort riesenhaften Fortschritts für uns. Hier zählte die Zunahme in jeder Monatsversammlung der letzten Zeit nach Hunderten neuer Mitglieder. Der Mitgliederzuwachs betrug allein laut Bericht der letzten Versammlung 688. Der Lichtenberger Wahlvereinsbericht weist eine Zunahme innerhalb des letzten halben Jahres von 406 Mitgliedern auf. In Charlottenburg sind seit der vorletzten Wahlvereinsversammlung 200 neue Genossen als Kämpfer in unsere Reihen getreten. Es folgen nun die kleineren Orte: Wilmersdorf mit 59, Herzfelde mit 51, Britz-Buckow mit 29, Nowawes mit 19, Waidmannslust mit 17, Friedenau mit 14, Tegel mit 11 und Nieder-Schönhausen mit 9 neuen Mitgliedern.

Charlottenburg.

Einführung der Generalvormundschaft in Charlottenburg. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage betreffs Einführung der Generalvormundschaft vom 1. Oktober d. J. ab zugehen lassen. Hiernach soll regelmäßig ein Angestellter der Waisenverwaltung zum Vormund der in Charlottenburg geborenen unehelichen Kinder vorgeschlagen werden. In der Begründung der Vorlage weist der Magistrat darauf hin, daß die Erfahrung gelehrt hat, daß in den großen Städten das bisherige System der Bestellung von Einzelvormündern für die unehelichen Kinder nicht ausreicht, um ihre Interessen wirksam zu vertreten und ihnen einen genügenden Schutz gegen die Gefahren zu gewähren, die sie gerade in der ersten Zeit nach der Geburt bedrohen. Die meisten als Vormünder vorgeschlagenen Personen empfinden kein besonderes Interesse für das Kind, das sie vertreten sollen, und selbst oft durch die Arbeit um das tägliche Brot, mindestens aber durch eigene angespannte Berufstätigkeit mehr als hinreichend in Anspruch genommen, nehmen sie die Interessen des Kindes nicht so wahr, wie es notwendig ist. Dazu kommt, daß bis zur Bestellung eines Vormundes regelmäßig eine Reihe von Wochen vergehen — Wochen, die unter Umständen für das zukünftige Gedeihen des Kindes von entscheidender Bedeutung sind, — wo es der gerade dann am meisten notwendigen Vertretung ganz entbehrt. Nun läßt das Bürgerliche Gesetzbuch zum besseren Schutze der Minderjährigen eine Generalvormundschaft zu, die in zahlreichen Städten eingeführt worden ist. Für Preußen aber ist diese ortsstatutarische Generalvormundschaft auf solche Minderjährige beschränkt, die im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt und unter Aufsicht von Beamten der Gemeindeverwaltung in einer von diesen ausgewählten Familie oder Anstalt, oder, sofern es sich um uneheliche Kinder handelt, in der mütterlichen Familie erzogen oder verpflegt werden. Gerade diese Kinder aber, für die bereits die öffentliche Armenpflege eingetreten ist, sind schon an sich der Aufsicht der Organe der städtischen Verwaltung unterstellt, so daß gerade für sie die Einführung einer solchen Generalvormundschaft am wenigsten dringend ist. Charlottenburg will deshalb, dem Beispiel von Dortmund, Köln, Straßburg und einer Reihe anderer Städte folgend, ohne Erlaß eines Ortsstatuts, durch Vereinbarung mit dem Vormundschaftsgericht einen Angestellten der Gemeindeverwaltung zum Vormund aller in der Stadt geborenen unehelichen Kinder vorschlagen und bestellen. Ausnahmen sollen nur dann eintreten, wenn ein gesetzlich berufener Vormund vorhanden ist und dieser nicht verzichtet oder wenn aus besonderen Gründen die Bestellung eines bestimmten anderen geeigneten Vormundes angezeigt erscheint. Der Generalvormund tritt sofort in Tätigkeit, sobald vom Standesamt die Anzeige von der Geburt eines Kindes eingeht, ja er nimmt die Rechte des Kindes — und nötigenfalls auch die der Mutter auf Grund einer Vollmacht — schon vor der Geburt des Kindes wahr, indem er zunächst mindestens bei den im Krankenhause geborenen unehelichen Kindern durch die ihm zur Seite stehenden weiblichen Gehülfen sofort nach der Aufnahme mit der Mutter in Verbindung tritt. Die weibliche Gehülfin hat auch dafür zu sorgen, daß für das Kind eine geeignete Pflegestelle bereit gehalten wird, in die es sofort nach der Entlassung aus dem Krankenhause übernommen werden kann. Die weitere eigentliche Ueberwachung der Mündel erfolgt dann, wie schon jetzt bei den städtischen Kostpflegekindern durch den Waisenrat, die Waisenpflegerin und den Stadtarzt. Wie lange der Generalvormund sein Amt beibehält, hängt von den Umständen des einzelnen Falles ab.

Wie die Erfahrungen in anderen Städten gezeigt haben, hat dieses System sich finanziell gut bewährt. So ist es z. B. in Straßburg dem Generalvormund in der Zeit vom 1. Oktober 1902 bis zum 15. März 1905 gelungen, für 567 von überhaupt 696 Kindern die freiwillige Zahlung von Unterhaltsbeiträgen zu erreichen, zum Teil in Gestalt von Abfindungssummen, die im ganzen etwa 90 000 M. betragen haben; in weiteren 107 Fällen hat er im Wege der Klage ein obsiegendes Urteil erstritten, so daß im ganzen für 97 Proz. aller unter Generalvormundschaft stehender Kinder die Zahlung von Unterhaltsbeiträgen erreicht worden ist. In Charlottenburg muß jetzt ein großer Teil der unehelichen Kinder in städtische Kostpflege übernommen werden. Die Einführung der Generalvormundschaft wird also voraussichtlich auch eine Verminderung der Ausgaben an Pflegegeldern, die die Stadt jetzt zahlen muß, zur Folge haben.

Die städtische Fürsorgestelle für Lungenkranke Wilmersdorferstraße 159/160 I, ist vom 25. d. M. ab täglich von 1/2 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet. Die Sprechstunden finden statt: am Montag und Donnerstag für Männer, am Dienstag und Freitag für Frauen, am Mittwoch und Sonnabend für Kinder.

Rixdorf.

Einer Falschmünzergesellschaft ist die Rixdorfer Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Seit einigen Tagen sind bei einer Reihe Geschäftsleute falsche Fünfmarkstücke in Umlauf gesetzt. Vor einigen Tagen wurde ein Mann, der sich in der Weichselstraße für 30 Pf. Zigaretten gekauft und ein falsches Fünfmarkstück in Zahlung gegeben hatte, verhaftet. Zu ihm gesellte sich eine 16jährige Näherin, die gleichfalls in Haft genommen wurde.

Zehlendorf.

Mit der Verlegung der Krankenbaracken, die in der Nähe der Gemeindeschule stehen, beschäftigte sich die letzte Gemeindevertretersitzung. Die Gesundheitskommission forderte dringend die Errichtung an einem isolierten Orte. Das Auseinandernehmen und Wiederaufbauen derselben dürfte jedoch 1400 M. Kosten verursachen, kein Wunder, daß die Gemeindevertretung die Sache nicht so eilig hielt und die Vorlage an die gemischte Kommission verwies. Des weiteren gelangte eine Vorlage betreffend Gemeindeschulneubau im südlichen Teile des Ortes zur Beratung. Die steigende Bevölkerungsziffer Zehlendorfs macht bis 1907 neue Gemeindeschulen notwendig. Man beschloß nach längerer Debatte, eine engere Konkurrenz für passende Entwürfe auszuschreiben und dieselben mit je 500 M. zu honorieren. Dabei kommen drei Firmen in Betracht. Daß bei dieser Debatte der bildungsfeindliche Charakter der bürgerlichen Vertreter klar zum Ausdruck kam, bedarf erst nicht besonderer Erwähnung.

Zur Boykottbewegung gegen den „Fürstenhof" ist zu berichten, daß den Genossen bis jetzt zehn Strafmandate a 9 M. zugestellt worden sind. Es schweben außerdem Klagesachen wegen groben Unfugs, Belästigung, Hausfriedensbruch usw. Durch solcherlei Schikanen glaubt man die Arbeiterschaft von dem Kampfe um die Freigebung des Lokals abzubringen. Die Stehbierhalle, welche zu dem Lokal gehört, ist nahezu lahmgelegt, selbst der Verkehr im Restaurant läßt viel zu wünschen übrig — ein Zeichen, daß der öffentliche Boykott der Arbeiterschaft seine Wirkungen nicht verfehlt hat. Sache der hiesigen Arbeiterschaft und der Berliner Ausflügler muß es sein, den „Fürstenhof" streng zu meiden.

Friedrichsberg.

Durch elektrischen Strom sind gestern, Montag mittag, auf dem Fernsprechamt Friedrichsberg drei der dortselbst angestellten Telephonbeamtinnen verletzt worden. Gegen Mittag riß eine der im Zuge der Frankfurter Chaussee, Ecke Pfarrstraße, den Straßendamm kreuzende Telephonleitung, deren Enden auf die Straße hinabstürzten. Das eine Ende des Fernsprechdrahtes fiel auf die Oberleitungskabel der Straßenbahn, an welcher zufälligerweise zu derselben Zeit Reparaturarbeiten vorgenommen wurden. Aus diesem Grunde waren die Schutzleisten entfernt worden, sodaß sich die beiden Leitungen berührten und für einen Augenblick eine leitende Verbindung zwischen Straßenbahnkabel und Fernsprechamt hergestellt war. Es wurde Starkstrom verursacht, von welchem drei der im Dienst befindlichen Beamtinnen berührt wurden. Die drei Damen brachen wie vom Blitz gefällt zusammen. Zwei derselben erholten sich bald so weit, daß sie ohne fremde Hülfe sich nach ihren Wohnungen begeben konnten. Bei der dritten Telephonistin machten sich derartig schwere Lähmungserscheinungen bemerkbar, daß sie mittels Droschke nach der in Friedrichsberg belegenen Wohnung ihrer Eltern gebracht werden mußte, woselbst sie schwer erkrankt danieder liegt.

Lichtenberg.

Die jüngst aufgenommene Statistik über die Zusammensetzung unseres Wahlvereins ergab folgendes Bild: Als Arbeiter bezeichneten sich 279 Genossen, als Tischler 118, Maurer 120, Schlosser 80, Restaurateure 77, Zimmerer 39, Töpfer 32, Barbiere 26, Polierer 24, Maler 21 (darunter 1 Meister), Klempner 21, Schmiede 20, Glasmacher 19, Kutscher und Pfleger je 15, Former, Händler, Maschinenarbeiter je 13, Dreher, Schuhmacher, Drechsler je 12, Schneider 11, Zigarrenmacher 10, Hausdiener, Metallarbeiter je 8, Hutmacher, Buchdrucker, Buchbinder, Mechaniker, Tapezierer je 7, Vergolder, Metalldreher, Sattler, Bildhauer, Rohrleger, Bäcker je 6, Korbmacher, Musiker, Brauer je 5, Putzer, Heizer, Klavierarbeiter, Dachdecker, Gürtler, Metallschleifer, Stellmacher je 4, Monteure, Lackierer, Drahtzinner, Metallschläger, Bretterträger, Zementierer, Schriftsetzer, Strumpfwirker, Bürstenmacher, Zigarrenhändler je 3, Konditor, Schlächter, Gärtner, Galanteriearbeiter, Steinmetze, Kistenmacher, Rohrer, Anschläger, Lederarbeiter, Kaufleute, Kernmacher, Stukkateure, Schleifer, Glaser, Schraubendreher, Maschinisten, Schriftgießer, Bureaugehülfen, Fräser, Schneidermeister je 2 und mit je 1 Mitglied sind folgende Gruppen vertreten: Fuhrherr, Schuhmachermeister, Rendant, Zuschneider, Kassenbeamte, Fabrikant, Teppichscherer, Viehtreiber, Kolporteur, Spediteur, Redakteur, Brauereiarbeiter, Drahtspinner, Kurbelstepper, Techniker, Dekorateur, Bodenleger, Bandsägenschneider, Maschinenschlosser, Maschinenbauer, Ackerpächter, Uhrmacher, Lithograph, Fahrradhändler, Falzer, Lademeister, Fliesenleger, Hobler, Böttcher, Täschner, Eisenhauer, Fahrer, Photograph, Privatbeamter, Stockarbeiter, Jalousiearbeiter, Präger, Etuisarbeiter, Parkettleger, Stellmacher, Kartonagenzuschneider, Silberarbeiter, Bierabzieher, Ziseleur, Instrumentenmacher, Küster, Isolierer, Presser, Einrichter, Kellner, Rabitzputzer, Gelbgießer, Vertreter, Installateur. Ohne Berufsangabe 16 Mitglieder.

Ober-Schöneweide.

„Was wir wollen", war das Thema eines Vortrages, den Genosse Dümell in der letzten Wahlvereinsversammlung hielt. Die sich an der Diskussion beteiligenden Genossen kamen auf die Maifeier des Ortes zurück. Genosse Dr. Maurenbrecher stellte den Antrag, zur Mitgliederversammlung einen Referenten zu besorgen, der über das Thema: „Die Feier des 1. Mai in Ober-Schöneweide und die Stellung des Metallarbeiterverbandes und anderer Gewerkschaften hierzu" sprechen soll. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 18. Juli, abends 8 Uhr, statt.

Pankow.

Einem Notschrei eines Pankower Bewohners über die dortigen Wasserverhältnisse entnehmen wir folgendes: „Die Wasserverhältnisse Pankows sind für die Ortsbewohner nachgerade zu einer großen Gefahr geworden. Seit Jahren leiden an regenfreien warmen Sonntagen die Bewohner der zweiten und dritten Stockwerke an Wassermangel. Es kommt sogar vor, daß von Nachmittag an bis in die späte Nacht hinein überhaupt kein Wasser läuft. In letzter Zeit ist es aber schon so weit gekommen, daß sogar im ersten Stockwerk das Wasser fehlte. Die Wassernot bedeutet nicht nur in sanitärer Hinsicht, sondern auch bei eintretender Feuersbrunst eine große Gefahr. Bei der fortgesetzt steigenden Bevölkerungsziffer nimmt diese Gefahr immer mehr zu und dennoch verharrt die Gemeindevertretung noch in der Projektenmacherei. Hoffentlich sorgen die zuständigen Behörden für Abhülfe.

Staaken.

Wegen Verbreitung von Flugschriften hatten die Genossen H. Richter und A. Maurer Ende vorigen Jahres ein polizeiliches Strafmandat von je 3 M. erhalten. Dagegen legten selbige Berufung beim Schöffengericht in Spandau ein. Richter ist schon mehreremale wegen Flugblattverbreitung bestraft worden, ohne daß es gelungen wäre, den Denunzianten herauszubekommen. Vor dem Schöffengericht zeigte sich nun, daß der kgl. Fabrikarbeiter Schlosser A. Hintze die Genossen zur Anzeige gebracht hatte. H., der Mitglied des „Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" ist, beauftragte an dem Tage, wo die beiden Genossen Flugblätter verbreiteten, seinen Sohn, sich ein solches Flugblatt geben zu lassen. Genosse Richter händigte ihm denn auch im Hausflur ein solches aus. H. brachte dies nun zur Anzeige. Das Schöffengericht verurteilte die beiden Genossen zu einer höheren Strafe, und zwar deshalb, weil sie die Flugblätter im Hausflur und auf Höfen verteilt und in Briefkästen gelegt hätten. Gegen dieses Urteil legten die Genossen durch Rechtsanwalt Liebknecht beim Landgericht Berufung ein. Durch Reichs- und Kammergerichtsurteile wies der Verteidiger nach, daß Hausflur und Briefkästen nicht als öffentliche Orte betrachtet worden seien; die Genossen wurden hierauf freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Hoffentlich ist nun H. von seiner Denunziation kuriert.

Potsdam.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer letzten Sitzung nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen den Antrag auf Beitritt der Stadt zum Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt an. Abgelehnt wurde der Antrag des Stadtverordneten Enders, die neue Straße Am Kiewitt in voller Dammbreite mit Reihensteinen vierter Klasse zu pflastern. Der Antragsteller wandte sich scharf gegen die Gegner seines Antrages, zu denen auch der Magistrat gehörte, weil sie aus Rücksicht auf die einmaligen Mehrkosten vorläufig für ein weniger gutes Pflaster dieser der Bebauung zu erschließenden neuen Straße eintraten. Eine ausführliche Begründung gab der Stadtv. Heyne zur Vorlage über den Feuerungs- und Heizungsbedarf für die städtischen Werke und Anstalten. Die bisherige Handhabung in diesem Ressort war eine unzweckmäßige; den Schaden dieser unkontrollierbaren Wirtschaft haben, wie immer, wieder die Steuerzahler zu tragen. Eine längere Debatte zeitigte auch die Festsetzung der Mietsbedingungen für das neue städtische Arbeiterwohnhaus, Türkstr. 7. Dabei wurde besonders betont, daß die Stadt hierbei „kein Geschäft" machen wolle; das neue Wohnhaus sei vielmehr eine „Wohltat" für die städtischen Arbeiter resp. das Feuerwehrkorps. Was es damit auf sich hat, weiß jeder, der sich schon mit den „Wohlfahrtseinrichtungen" unserer städtischen und staatlichen Behörden beschäftigt hat; es sind Lock- und Zugmittel, mit denen man sich gefügige Arbeiter schaffen und erhalten will. Vor der Eingehung der selbstherrlichen städtischen Mietskontrakte, die der Stadtverordnete Justizrat Dr. Friedländer zum Teil als ungesetzlich bezeichnete, müssen die in Frage kommenden Feuerwehrleute usw. aber dringend gewarnt werden. Das „neue Regiment" scheint sich ja da ganz hübsch einzuführen.

Auch der Finanzabschluß für das Rechnungsjahr 1905 brachte einige Bewegung in die Schwüle des engen Stadtverordnetensaales. Von dem erzielten Ueberschuß, der 190 000 Mark beträgt, wurden 120 000 M. zur Bilanzierung des laufenden Etats verwendet; die restierenden 70 000 M. wurden dem Jahre 1907 überschrieben. Die hieran anknüpfende interessante Steuerdebatte ließ allgemein den Wunsch erkennen, die Gemeindeeinkommensteuer, die 37 000 M. mehr als im Vorjahre ergeben hat, wieder auf 100 Proz. zu erniedrigen, da die Stadt in diesem Jahre tatsächlich 70 000 M. mehr an Steuern erhoben hat, als sie notwendig brauchte. Nach einer Mitteilung über die Höhe der Provinzialbeihülfe (3018 M.) zur städtischen Verpflegungsstation wurden die Pläne für die gärtnerischen Anlagen in der Kaiser Wilhelmstraße usw. vorgelegt und ihre zukünftige Gestaltung als Prachtstraße erörtert. Daß in dem neuen Projekt auch ein Kinderspielplatz vorgesehen ist, scheint einigen Stadtvätern sehr „bedenklich". Diese „Fürsorge" für die neue Prachtstraße ist sehr erklärlich, wenn man weiß, daß in den jetzigen alten Baracken daselbst natürlich keine Vertreter des Geldsacks wohnen, sondern Proletarierfamilien. Auch die Verlegung des das Gesamtbild störenden „Jägertores" im Zuge der Lindenstraße wurde angeregt. Da hierzu aber die „allerhöchste" Genehmigung erforderlich ist, so mußte selbstverständlich von einer Beschlußfassung über diesen historischen „Straßenschmuck" abgesehen werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 39. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Modernes Kunstgewerbe und Volkswirtschaft. Von Hermann Wendel. — Die Eisenbahnfrage in den Vereinigten Staaten. Von Lapis. (Schluß.) — Olav Kringen und die norwegische Königswahl. Von Wilhelm Janssen. — Vulkanisches. Von Fritz Herbert (Stettin). — Erziehungsfragen. Von E. Rieger. — Literarische Rundschau: Eliza Ichenhäuser, Das Frauenwahlrecht. Von Therese Schlesinger-Eckstein.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 13 des 16. Jahrganges zugegangen. Die Nummer hat folgenden Inhalt: Deutschlands Volksschullehrer. Von H. Sch. — Henrik Ibsen. (Schluß.) — Aus der Jugendbewegung. Von Fritz Maschke. — Die Frage der Mutterschaftsversicherung in Italien. Von Gisela Michels-Lindner. — Vom Elend der Arbeiterinnen in der Konservenindustrie. Von Robert Lippmann. — Zur Entsklavung der Dienstboten. Von A. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes. — Feuilleton: In der Campagna. Von Gabriel d'Annunzio. (Gedicht.) — Die alte Isergil. Von Maxim Gorki. (Fortsetzung.) — Rosen. Von Klara Bohm.

Frauen-Beilage: Eins und alles. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Literatur zur Frage der sexuellen Aufklärung der Jugend. II. Von O. R. — Die Entwickelung des Menschen: Die Befruchtung des Eies und seine Entwickelung. Von Dr. Chajes. — Blaue Ferne. Von Klara Müller-Jahnke. (Gedicht.) — Verwendung von allerlei Abfällen. Von Henriette Fürth. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die 13. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die farbigen Bilder „Der deutsche Flottenlindwurm" und „Der Hubertushirsch", ferner die Illustrationen „Einer, der sich zu helfen weiß", „Chicagoer Fleischbeschau", „Das verunglückte Herrenreiten am Königsplatz zu Berlin", „Der unmajestätische König", „Was uns fehlt!", „Der Mann in Wolkenkuckucksheim", „Oberst Deimling und der deutsche Reichstag", „Die Hauptsache", „Prompte Antwort" und „Zentrum ist Trumpf". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Neue Berliner Geschichte", „Die Staatsnachtwächter", „Zur Metallarbeiteraussperrung", „Wie sollen wir niesen?", „Hennigs Gnadengesuch", „Nach der Arbeit" von Hans Heinrich, „Ludwig XVI.", „Des Lichtes Sieg" von Ludwig Lessen, „Im Wechsel der Zeiten" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Die Göttin der Vernunft", „Hottentottisch-Jüdisches", „Der Wind" (Eine Fabel) von C. Heinrich Klenkens, „Gespräch im Jenseits" und „Götter im Exil". Der Preis der vierzehn Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

D. W. 1883. 1. Der Vater haftet nicht. 2. Der Betreffende mühte sich direkt an den Magistrat wenden. — **W. W.** Im nächsten Sommer. — **G. R. 22.** 1. In der Regel ja. 2. Der Ehescheidungsklage muß ein Sühnetermin beim Amtsgericht vorausgehen. Nachdem der Sühnetermin fruchtlos ausgefallen ist, ist die Ehescheidungsklage beim Landgericht einzureichen. Es kann auch unter besonderen Umständen beim Landgericht beantragt werden, von der Vornahme eines Sühneversuchs Abstand zu nehmen. Es ist zu raten, nachdem der Sühnetermin fruchtlos ausgefallen war, sich das Armenrecht zwecks Anstellung der Ehescheidungsklage bewilligen zu lassen. — **M. K.** Der Unterhaltsanspruch steht der Frau auch außerhalb der Ehewohnung zu, wenn der Mann sie aus dieser gewiesen hat. — **B. 84.** Wenden Sie sich an die amtliche Auskunftsstelle für Auswanderungsangelegenheiten, Schellingstr. 4. — **P. T. 888.** Möblierte Zimmer, Schlafstellen usw., für die monatlich gezahlt wird, sind, falls nichts anderes vereinbart ist, bis am 15. zum 1. (nicht aber umgekehrt am 1. zum 15.) zu kündigen. — **A. Z. 99.** Als Reinemachefrau ist Ihre Frau nicht krankenversicherungspflichtig. Sie kann selbständig z. B. der Offenbacher Krankenkasse für Frauen, Prinzenstr. 66 bei Hinz, beitreten. — **K. 19.** 1. bis 3. Sie können alle drei verklagen. — **A. P. 80.** Der Finderlohn beträgt bei Gegenständen vom Werte bis 300 M. 5 Proz., vom Mehrwert 1 Proz., bei Tieren überhaupt nur 1 Proz. In Ihrem Falle ist es mindestens außerordentlich zweifelhaft, ob das Gericht annehmen würde, daß ein Fund vorliegt. — **G. A. 9.** Verjährung liegt nicht vor, da jedenfalls irgendwelche richterlichen Schritte inzwischen unternommen sind und jeder gegen den Täter gerichtete gerichtliche Schritt die Verjährung unterbricht. — **R. R. 500.** Sie können lediglich bei der Gemeinde Verzicht auf die Kosten beantragen. An und für sich sind Sie zur Zahlung derselben verpflichtet.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 58—64, IIIa 53—56, IVa 46—51, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 56—59 holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 80—85, IIa 70—75, IIIa 57—68. Hammelfleisch Ia 78—76, IIa 62—70. Schweinefleisch 61—67. Kaninchen per Stück 0,50. Hühner, alte, Stück 1,00—1,80, junge, per Stück 0,55—0,90. Tauben, junge 0,40—0,45, alte 0,00. Enten, prima, per Stück 1,50—2,10, Hamburger, junge, per Stück 2,00—3,15. Gänse, junge, per Pfd. 0,55—0,65, per Stück 2,75 bis 4,00. Hechte 86—100. Schleie 58—67. Bleie 00,00. Aale, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, unf. 90—99. Plötzen 0,00. Flundern, pomm. I, p. Schock 8,00—6,50. Kieler, Sittege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—4, do. klein, per Kiste 0,00. Bücklinge, engl. per Ball 4—4,50. Kieler 2,00—5,00, Stralsunder 4—5. Aale, groß p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Ball 0,00, Elb- per Kiste 0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per 1/2 To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 95,00 bis 100. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 12,00—16,00, kleine 4,50 unsortiert 6,50—9,00. Eier, Land-, per Schock 3,30, frische 3,20—3,30. Butter per 100 Pfund, Ia 109—112, IIa 103—106, IIIa 100—103, abfallende 95—100. Saure Gurken, Schock 4,00—4,25, Pfeffergurken 4—4,50 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,25—2,40, rote Dabersche 2,10—2,25, runde weiße 1,00—2,10, Malta 0,00, Sommer-Malta 10,00—11,50, ital. 4,50—6,50, ung. 3,50—4,50. Neue, hiesige per 100 Pfund 5,50—6,00. Spinat, per 100 Pfund 5,00—8,00. Karotten per Schock 2,00 bis 2,50. Kohlrabi, per Schock 0,75—1,25. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Bd. 4—4,50. Radieschen, per Schock-Bd. 0,60—1,25. Salat, per Schock 0,75—1,25. Spargel I, per Pfd. 0,20—0,25, II 0,10 bis 0,15, III 0,02—0,05, Beelitzer I 0,30, II 0,15, III 0,05—0,10. Treibspargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70—100. Schoten, hiesige, per 100 Pfd. 14—21. Pfefferlinge per Pfd. 0,35—0,40. Mohrrüben per Schock-Bd. 2,00—2,50. Blumenkohl per Kopf 0,30. Wirsingkohl per Mandel 1,50—2,00. Steinpilze per Pfd. 0,33. Teltower Rüben per Pfd. 0,22—0,25. Stachelbeeren 100 Pfd. 10—13. Kirschen, ital., 100 Pfd. 10—26, Gudener 12—20, Werdersche 18—26, schlesische 6—16, Natten, Werdersche 25—35. Blaubeeren per Pfd. 0,12—0,16. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 25—35, franz. per Pfd. 0,00—0,00, Beelitzer per Pfd. 0,20—0,30, Werdersche per Pfd. 0,18—0,30, Dresdener Wald per Pfd. 0,50—0,60, Dresd. Garten per 100 Pfd. 30—50, hiesige Wald- per Pfd. 0,40—0,60. Pflaumen, ital. runde, per Pfd. 0,10—0,11. Zitronen, Messina, 300 Stück 12,00—15,00, 360 Stück 10,00—12,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00. Weintrauben, Brüsseler, per 100 Pfd. 60—100.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 26. Juni.
Anfang 7½ Uhr:
Neues Operntheater. Rigoletto.
Deutsches. Cäsar und Kleopatra.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr:
Berliner. Fedora.
Lessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Die Jüdin.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Heiratslustig.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Nanon.
Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Bis früh um Fünfe!
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Sündige Liebe.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Fedora.
Schauspiel in 4 Akten v. V. Sardou. Deutsch v. Lindau. Anfang 8 Uhr.
Mittw.: **Cymbelin.** Anf. 8 Uhr.
Donnerstag: **Medea.** Anf. 7½.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr:
Dienstag und folgende Tage:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Dienstag, den 26. Juni:
Gastspiel **Henri Albers.**
Rigoletto.
Mittwoch: Cavalleria rust. Bajazzo.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Nanon. Operette in drei Akten.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Apollo-Theater.
Letzte Woche! Letzte Woche!
Miß Carma, Transformat.-Tänzerin.
Duo Paulus, holländisches Duett.
Humpsti-Bumsti,
exzentrische Kreation.
Das blaue Bild v. Paul Lincke.
La Matschiche. Mexikanischer Tanz.
Solo: Annette Savard.
Hochzeitsfeierlichkeiten in Madrid.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Anfang 8¼ Uhr.
Sündige Liebe.
Familientragödie in 4 Akten v. H. Rolf.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: täglich
Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 5 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Nur noch einige Tage das Juni-Spezialitäten-Programm.
Japaner-Troupe Naniva.
Franc. Rivoll, der bed. Mimiker.
The Wallenos, Doppeljongleure.
Die Gauklerin.
Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern n. Schwarz-Reitlingen.
Anf. 4½ Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf.
Im Saale: **Ball.** Anfang 2 Uhr.
Saisonkarten haben Gültigkeit.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.

Zoologischer Garten
Heute nachmittag 4 Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Wintergarten
Großer Erfolg!
Tortajada, Spanische Tänzerin und Sängerin.
Catherine Bartho u. Lydia Redega, Ungarische Tänze.
Die Kaningos, Handakrobat.
Paulinetti & Piquo, Reckturner.
Frank Kern m. Hund „Bolzen".
Creo Bros, komische Akrobat.
Mlle Orford mit ihren dressierten Elefanten.
Lola Lloyd, Soubrette.
Mlle. Farfalla, Paris. Soubrett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Sleedes, „Das geheimnisvolle Haus".
La Bérat, Phantasietänzerin.
Der Biograph.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Juniprogramm.
Willy Prager
14
erstklassige Spezialitäten.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Sommerfest
des Handwerkervereins jüd. Glaubens
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr.
Im Saale: **Sommernachtsball.**
Bei schlecht. Wett.: Vorstell. im Saale.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wehling, Humor. **Varadi-Duett.**
Derrington-Family, Kunstradfahrer. **Livers,** Drahtseil. **Die Einbrecher von New York,** Pant.
The Piccad. Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
(Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Seidel, O. a. R. Schrader)
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin.
Große Oper in 5 Akten von Halevy.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säkkingen.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Schwank in drei Akten von Maurice Champagne.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain 29/32.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schluß: **Elternlos.**

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Brauerei Groterjan
N., Schönhauser Allee 130.
Oekonom Ernst Stein.
Täglich
Großes Konzert
Anfang: Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! **Im herrlichen Garten oder Saal:** Ob Regen!
Täglich: **Gr. Konzert,** neue Spezialitäten und **Ball.** Das größte und beste Programm Berlins.
U. a.: **La Matschiche!** mexikanischer Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett **Jeanette und Vallis.**
Robert und Bertram, das berühmte Grotesk-Duett. **Josefine Delelleur,** das weibliche Unikum. **Die Wunder der Turnkunst: The tree Burtons** und **Great Harry und Olly Smith,**
Szene im Restaurant.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.
Avis! Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen** die größte Sensation und beste Gruppe der Welt.
Im Salon des Löwenbändigers. A. Diez.

Zentralverband
der
Maschinisten u. Heizer Deutschlands
Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 1. Juli 1906:
Große Dampferpartie
nach **Voigts Krampenburg** am **Seddinsee.**
Abfahrt: morgens 7½ Uhr vom Brandenburger Ufer (Jannowitz-Brücke), „Stern"-Gesellschaft.
Billets sind bei allen Zahlstelleninhabern und Vorstandsmitgliedern zu haben: **H. Holz,** Elsaßstraße 9, II; **Julius Siewert,** Simeonstraße 25; **P. Rast,** Blücherstraße 21; **W. Insel,** Matternstraße 2; **P. Sommerfeld,** Pankow, Grenzlauer Chaussee 189, Seitenflügel II; **F. Karl,** Christburgerstraße 51, vorn IV. Kinder unter 14 Jahren sind frei.
Alle Kollegen und Genossen werden hierzu freundlichst eingeladen und bitten um recht zahlreiches Erscheinen
139/4 **Die Ortsverwaltung.**

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für **Damen** und **Herren.**
2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern **0,75 Mk.** (40 Minuten Badezeit.)
Sool-, Kiefer-, Schwefel-, Fichtennadel-Bäder.
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin-Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.
Caramel-Malzbier
Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc.
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.
433L*

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges **15.**
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Anfang 4 Uhr. Entree **30** Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: **Gr. Kinderfreudenfest.**
Jed. Donnerst.: **Gr. Brill.-Feuerwerk.**
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

Sanssouci.
Kottbuser Straße 4a.
Der Garten ist eröffnet.
Sonntg., Montg., Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und **Tanzkränzchen.**
Franz Fanther in s. Glanzn.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Festsäle Ost-Kasino
Frankfurter Allee 106.
Mein Restaurant und Festsäle bleiben wegen **Renovierung** u. Vergrößerung bis 7. Juli geschlossen.
Zur Abmachung von Saalgeschäften bin ich täglich anwesend, auch sind **Vereinszimmer** ab 1. August zu vergeben.
16162 **Karl Pirnau.**

„Bellevue"
Woltersdorfer Schleuse.
Großer Saal für 800 Personen noch an einigen Sonnabenden und Sonntagen für Vereine frei. 1506L*

Das älteste
Rester-Geschäft
des **S.-O.** von
Wilhelm Mühlbach
empfiehlt zur Frühjahrssaison **Reste** zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt **billigsten Preisen.**
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Kinderwagen-Kuhlicke
nur Neue Königstr. 43, 1 Treppe.
Ecke Alte Schützenstr., a. Alexanderplatz.
Kinderwagen, Kindersportwagen, Bettstellen pp.
kaufen Sie nicht, bevor Sie meine Kataloge gesehen haben, gratis u. franko.

1329L*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** **Mocquetts.** Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Drechsler
Wilhelm Sauer
am 22. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. Juni, nachmittag 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenbergerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/5 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Paul Jeschke
am 23. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. Juni, nachmittag 5 Uhr, auf dem Kirchhof der Pauls-Gemeinde in Plötzensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/4 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten und sorgsamen Vaters, Schwagers und Onkels, des Expedienten
Franz Hoch
sagen wir allen Genossen, Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn A. Stern für die trostreichen Worte am Grabe des teuren Entschlafenen, sowie den Sängern der „Kreuzberger Harmonie" für den erhebenden Gesang, der Firma und den Angestellten der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., der Redaktion des „Vorwärts", dem Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, dem sozialdemokratischen Zentral-Wahlverein des Reichstags-Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, dem sozialdemokratischen Wahlverein im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise, dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande (Ortsverwaltung Berlin) und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg) unseren tiefgefühlten Dank.
Ida Hoch nebst Kindern.

Danksagung. 26155
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters und Schwiegervaters, des Drechslers **Paul Herrmann,** sagen wir allen Bekannten, Freunden und Kollegen, besonders dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem Sozialdemokratischen Wahlverein des vierten Berl. Reichstagswahlkreises, sowie den Sängern des Gesangvereins „Esmeralda" unseren herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter
Emma Wienholtz geb. **Klein**
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen vom Gesangverein „Typographia" unseren herzlichsten Dank. 26235
Paul Klein und Familie.

Danksagung.
Für die freundliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders dem Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute sowie dem Zentralverband der Zimmerer meinen aufrichtigsten Dank. 16152
Witwe Johanna John.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Offeriere
bei Entnahme von **5 Pfd.** an **Blutwurst, Leberwurst** a Pfd. 50 Pf., w. Schlachtwurst, Jagdw., Landbratw., ff. Leberw., Landleberw., Jungenwurst, Braunschweiger a Pfd. 80 Pf. 2928b
Richard Sommer,
Charlottenburg, Kantstraße 151,
Eingang Uhlandstraße.

Leihhaus
Berlin, Auguststr. 2
Charlottenburg, Friedrich-Karlplatz 12.
Hohe Beleihung von Gold-, Silbersachen u. Kleidungsstücken 2c.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Konferenz der gemeindlichen Arbeitsämter Bayerns.

Am zweiten Tage der Verhandlungen hob Inspektor Hartmann vom Münchener Arbeitsamt in seinem Referate über den **praktischen Geschäftsgang der Arbeitsämter im lokalen und interlokalen Verkehr** hervor:

Auf den Arbeitsämtern gebe es stets gewisse Stammgäste, d. h. solche, die fast täglich zu den Frequentanten des Arbeitsamtes gehören. Auf seiten der Unternehmer seien es solche, bei denen es kein Teufel aushalten kann oder solche, die ihren Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nicht nachkommen; auf seiten der Arbeiter seien es solche, die man gewöhnlich als Gelegenheitsarbeiter bezeichnet, zum großen Teil seien es aber solche Arbeiter, die krank sind und nicht dauernd arbeiten können und deshalb auch in Betrieben, bei denen der Eintritt erst nach ärztlicher Untersuchung erfolgen kann, nicht unterkommen, oder es sind direkte Invaliden, die nur einen kleinen Verdienst zu ihrer Invalidenrente suchen. Zudem wolle jeder Unternehmer vom Arbeitsamt nur immer „jüngere, kräftige Arbeiter“ haben, die vielleicht von denselben Unternehmern ausgemergelten Arbeiter kommen nur mehr in dringenden Fällen unter. Die Beamten des Arbeitsamtes hätten darunter meist zu leiden, indem diese zurückgesetzten alten Arbeiter der Meinung werden, sie würden von dem betreffenden Beamten zurückgesetzt, was keineswegs der Fall sei.

Von einem Beamten des Arbeitsamtes verlangt der Referent Intelligenz, Höflichkeit, auch wenn diese nicht erwidert wird, Geduld und vor allem vollständige Kenntnis der Arbeits- und Arbeiterverhältnisse. Das Arbeitsamt müsse auch vollständig unparteiisch geführt werden.

Bei Streiks und Aussperrungen habe sich z. B. beim Münchener Arbeitsamt die Praxis herausgebildet, daß man den Arbeitsuchenden nicht etwa sagt, da dürft Ihr nicht hingehen, sondern man mache die Sache im Warteraum durch Plakate bekannt und teile es jedem Arbeitsuchenden auch noch mündlich mit; was der Arbeiter dann tue, sei seine eigene Sache. Würde sich das Arbeitsamt um die Lohnkämpfe einfach nicht kümmern, dann würden die organisierten Arbeiter bald das Vertrauen in das Arbeitsamt verlieren. Voraussetzung sei natürlich immer, daß das Amt über einen ausgebrochenen Lohnkampf unterrichtet wird.

Bei Arbeitsvermittelungen nach auswärts mache man immer mehr die Erfahrung, daß heute wenig Lust mehr besteht, beim Meister in Kost und Logis zu gehen. Daran scheiterten die meisten Vermittelungen, aber auch an dem Umstand, daß von Provinzmeistern meist ganz ungewöhnlich niedrige Löhne geboten werden. Das Arbeitsamt München z. B. schreibt dann meist den betreffenden, daß sie bei diesem Lohnangebot keinen Arbeiter hinausbringen können. Der Referent hält dieses Verfahren für ersprießlich. Denn würde man es dem Arbeitsuchenden überlassen, durch persönliches Unterhandeln einen höheren Lohn als Angebot zu erhalten, dann würde der Prinzipal in den meisten Fällen einen Arbeiter nicht erhalten und der Zweck des Amtes, Arbeit zu vermitteln, wäre vereitelt. Das Arbeitsamt München hat mit diesem Verfahren immer gute Erfolge gehabt. Das Telephon spielt beim Arbeitsamt eine äußerst wichtige Rolle. Bei Arbeitsvermittelung nach auswärts habe das Arbeitsamt auch äußerste Vorsicht zu beobachten, um die Arbeitsuchenden nicht zu schädigen und somit sich das Vertrauen zu erhalten. Der Referent führt dies an einem Beispiel an: Eine Firma in Karlsruhe verlangte vom Münchener Arbeitsamt einen Gärtner „bei äußerst günstigen Bedingungen“. Ein denkender Beamter mußte sich da aber sagen, bei „äußerst günstigen Bedingungen“ würde die Firma auch auf dem Karlsruher Arbeitsamt einen Gärtner bekommen. Man schrieb an die Behörde in Karlsruhe und erfuhr von dort, daß die Bedingungen bekanntermaßen solche seien, daß die Firma am Platze selbst einen Arbeiter nicht mehr bekommt.

Die Vermittelung der Dienstboten durch die städtischen Arbeitsämter sei erst in der Entwickelung. Die Vermittelung der Dienstboten auf dem Arbeitsamt bekomme immer mehr den Charakter der Arbeitsbörse, weil Dienstboten und Herrschaften zu einer bestimmten Stunde auf dem Arbeitsamt erscheinen, um dort zu „handeln“.

In der Diskussion erklärt Genosse Fiedler-Nürnberg, ein Haupterfordernis eines paritätischen Arbeitsnachweises müsse sein, daß dieser auch nur den Schein vermeide, unparteiisch zu sein. Er fordert paritätische Besetzung des Ausschusses, was beim Nürnberger „paritätischen“ Arbeitsamt nicht der Fall sei. Dort sei der Ausschuß aus vier Mitgliedern der städtischen Kollegien, vier Unternehmern und vier Arbeitern zusammengesetzt, das Verhältnis sei also acht zu vier, zu ungunsten der Arbeiter. Auch haben die Arbeiter bei der Delegation in den Ausschuß nicht den geringsten Einfluß. Das sei eine Bevormundung der Arbeiterschaft. Auch bei Lohnkämpfen und Aussperrungen werde nicht die Haltung eingenommen, die der Referent vorhin empfohlen hat. Wenn z. B. in München ein Streik ausbricht, verhalte sich das dortige Arbeitsamt unparteiisch, das Nürnberger Arbeitsamt aber verschweige den Arbeitsuchenden die wahren Verhältnisse und schicke Arbeitswillige dorthin. Mit der vorgeblichen Unparteilichkeit sei auch die Bevorzugung der am Ort Heimatberechtigten nicht zu vereinbaren. Wenn jede Gemeinde so verfahren würde, wäre die Wirkung keine angenehme. Fiedler verlangt auch einen besseren Schutz der Dienstboten usw. vor der geradezu unerhörten Ausbeutung dieses Personals durch die gewerbsmäßigen Stellenvermittler. Er empfiehlt, auf diesem Gebiete eine gesetzliche Bestimmung zu erstreben.

Vorsitzender Dr. Menzinger bittet, „Einzelheiten“ nicht zu besprechen oder bei Kritik eines einzelnen Arbeitsamtes Namen und Ort nicht zu nennen. Zu der parteiischen Geschäftsführung des Nürnberger Arbeitsamtes weiß Menzinger nichts zu erwidern als: das müßte eine schlechte Arbeiterorganisation sein, die es nicht fertig brächte, ihre Arbeiter von einem ausgebrochenen Streik zu verständigen.

Remmeln, Beamter des Arbeitsamtes in Ludwigshafen, berichtet, daß das Arbeitsamt in Ludwigshafen eine große Not habe dadurch, daß die großen Betriebe nur absolut gesunde Arbeiter einstellen. Ferner empfinde er es als Mißstand, daß die Unternehmer in der Pfalz die Karten des Arbeitsamtes nicht beantworten, so daß man nicht weiß, ist der zugewiesene Arbeiter eingestellt oder nicht. Von den Streiks erhalte das Arbeitsamt in Ludwigshafen von den Beteiligten meist keine Kenntnis oder zu spät. Der Vorsitzende empfiehlt deshalb den Organisationen, von Lohnbewegungen unverzüglich dem Arbeitsamt Mitteilung zu machen. Es könnte sonst vorkommen, daß ein Arbeiter als Streikbrecher gebrandmarkt wird, trotzdem der Arbeiter nichts davon wußte.

Ratsassessor Eller-Nürnberg kommt auf die Kritik des Genossen Fiedler zurück und erklärt, die Gemeinde ließe sich das Recht der Selbstverwaltung des Arbeitsamtes nicht aus der Hand nehmen. Er leistete sich dann eine frivole Verhöhnung der Nürnberger Arbeiterschaft, die infolge „freisinniger“ Gemeindepolitik bis heute noch keine Vertretung im Rathause hat, und erklärte, wenn die Arbeiter einmal (!) in der Gemeindeverwaltung die Mehrheit haben, dann könnten sie ja acht (statt vier) Vertreter im Ausschusse des Arbeitsamtes bekommen. Ferner meinte der Herr Ratsassessor, die Stadtverwaltung Nürnberg habe sich noch nicht überzeugen können, daß die Praxis des Münchener Arbeitsrats bei Streiks und Aussperrungen die richtige ist.

Inspektor Hartmann-München erwidert hierauf, daß gerade das objektiv und unparteiisch ist, wenn man dem Arbeitsuchenden den wahren Sachverhalt mitteilt und ihn dann selber entschließen läßt.

Magistratsrat Böhm-München teilt mit, daß ihm ein Münchener Blatt („Münchener Post“) nachgesandt worden sei, worin mitgeteilt werde, daß der Wirtschaftsausschuß zum deutschen Bundesschießen in München die Vermittelung der Kellner und Kellnerinnen einem Privatplazeur (vom Genfer Verband) übergeben habe, wobei dieser Stellenvermittler ein Geschäft von über 2000 M. mache, welche Summe den Kellnern und Kellnerinnen abgenommen werde. Er hätte das bei der Existenz eines vorzüglich geleiteten Arbeitsnachweises in München nicht für möglich gehalten.

Dr. Menzinger weist darauf hin, daß in Nürnberg bei der Ausstellung das gleiche geschehen sei, trotzdem es in Nürnberg auch einen städtischen Arbeitsnachweis gebe und die Stadtverwaltung beim Arrangement der Ausstellung wesentlich beteiligt sei.

Der nächste Verbandstag der bayrischen Arbeitsnachweise findet in Würzburg statt.

Vom deutschen Aerztetag.

Der deutsche Aerztetag tagte vom 21. bis 23. d. Mts. in Halle. Unsere Leser erinnern sich, daß der Aerztetag durch eine ungehobelte Behandlung eines Preßberichterstatters wegen wahrheitsgemäßer Berichterstattung vor zwei Jahren in Rostock gezeigt hat, wie wenig er das Recht der Presse und die Wahrheit achtet. Seine Verhandlungen scheint er selbst für boykottwürdig zu halten; wenigstens fand die Hauptversammlung hinter verschlossenen Türen statt. Aus dieser Geheimsitzung können wir berichten, daß dort von einem Schreiben der preußischen Eisenbahn-Verwaltung Mitteilung gemacht wurde, nach der diese verlangt, daß die Aerzte, die als Bahnärzte angestellt werden wollen, aus dem sogenannten wirtschaftlichen Verband der Aerzte austreten müssen.

Der antisoziale Geist, der leider bei der Mehrheit der auf Aerztetagen und in Aerztekorporationen vertretenen Aerzte sich offenbart, kam auch auf dem Hallenser Aerztetag zum vollen Ausdruck. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten Forderungen und Vorschläge der Aerzte zur Abänderung der deutschen Arbeiterversicherungs-Gesetze. Vom Referenten, Geh. Hofrat Pfeiffer, wurden folgende in einer Kommission, der, soviel uns bekannt, auch Dr. Mugdan angehört hatte, vorbereiteten Anträge vorgeschlagen: „Die Verschmelzung der drei Versicherungsgesetze ist nicht dringlich, nicht ratsam und teils gar nicht durchführbar. Am dringlichsten sei eine Reform des Krankenkassen-Versicherungs-Gesetzes nach folgenden Punkten: Territoriale Zusammenlegung der bestehenden Krankenkassen, — Erweiterung der Versicherungspflicht zum Umfange der Versicherung zur Invaliditätsversicherung; Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 M. sollen keinen Anspruch auf freie ärztliche Behandlung haben. — Die Beiträge seien nach Prozenten des wirklichen Arbeitsverdienstes (Individuallohnes) zu erheben. Die Bureaubeamten der Krankenkassen haben den Befähigungsnachweis verwaltungstechnischer Ausbildung zu bringen. Der ärztliche Dienst erfolgt auf dem Boden der organisierten freien Arztwahl, entsprechend den Beschlüssen des Königsberger Aerztetages. Die in den Thesen gegebenen Grundzüge für die Mitarbeit der Aerzte an der Abänderung der drei großen Versicherungsgesetze verlangen eine stärkere Beteiligung der Aerzte an der sozialen Gesetzgebung, besonders nach der Richtung hin, daß in Zukunft eine auf Erfahrung gestützte ärztliche Kritik rechtzeitig an den vielen neuen Fürsorgebestrebungen zur Geltung kommen kann.“

Nach einer kunterbunten Diskussion, in der nur äußerst wenige Aerzte erkennen ließen, daß sie auch die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen hätten, wurde der Mugdan-Pfeifferfsche Vorschlag durch die Annahme folgender Resolution vorläufig begraben:

„Der 34. deutsche Aerztetag beharrt auf den in Königsberg und Rostock gefaßten Beschlüssen und erklärt sich mit dem Referate insofern einverstanden, als er in ihm die Grundlage für ein weiteres Vorgehen erblickt, ohne im einzelnen der Beschlußfassung weiterer Aerztetage vorzugreifen.“

Für den antisozialen Geist des Aerztetages verdient folgende Aeußerung des Dr. Götz-Leipzig einer Hervorhebung:

„Herr Pfeiffer hat gesagt, wir müssen auch für die Arbeiter etwas tun, und nicht so viel für die Aerzte. Der Referent hat aber mehr für die Interessen der Arbeiter als für die Interessen der Aerzte geboten. Wenn wir uns aber als Gewerkschaft fühlen, dann können die Herren Arbeiter doch nicht verlangen, daß wir für ihre Gewerkschaft arbeiten. Man will auch die Dienstmädchen mit in die Versicherungspflicht einziehen. Sollen die Dienstmädchen auch noch ihren Tag abhalten und ihre Forderungen gegen die Aerzte geltend machen? (Rufe: Schluß! Schluß!) Redner (fortfahrend): Meine Herren, das Hemde der Aerzte liegt uns näher als der Rock der „Herren Arbeiter“.“

Den Arbeitern in erster, dem Mittelstand in zweiter Linie galt der Groll der meisten Aerzte. Einige Aerzte, besonders die süddeutschen, betonten, daß sie mit den Krankenkassen der Arbeiter in Frieden leben wollen. Die Mehrzahl der Redner betonte, daß gegen die Mittelstandskassen mit aller Energie vorgegangen werden solle, auch in akademischen Krankenkassen würden Söhne von Grafen und Millionären für Honorare behandelt, wie sie so niedrig nicht einmal in der „lumpigsten“ Krankenkasse gezahlt werden.

In den Geschäftsausschuß wurde wieder Dr. Mugdan gewählt.

Der von etwa 800 Delegierten besuchte Aerztetag legte erneut Zeugnis dafür ab, daß in der deutschen Aerzteschaft an Stelle der sozial empfindenden und freiheitlich denkenden Aerzte das rückständigste Banausentum mit den antisozialsten und egoistischsten Empfindungen zur Herrschaft gelangt ist. Diese antisoziale Richtung innerhalb der Aerzteschaft erschwert die Arbeit der sozial gerichteten Aerzte ungeheuer und trägt nicht zuletzt außerordentlich viel zur Vermehrung eines Kurpfuschertums bei, das an antisozialem und egoistischem Empfinden freilich hinter der Aerzteschaft keineswegs zurücksteht. —

Versammlungen.

Die Aussperrung der Buchbinder.

Am Sonnabendnachmittag fand im Gewerkschaftshause eine Versammlung der ausgesperrten und streikenden Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen statt, in der der Vertrauensmann Brucks über die Lage des Kampfes berichtete. Der Ausstand erstreckt sich zurzeit auf 21 Betriebe und umfaßt 911 Personen, darunter 470 Arbeiterinnen. Die Zahl der Kinder der Ausgesperrten beträgt 377. Der Zuzug arbeitswilliger Leute hat bedeutend nachgelassen, obwohl sich die Unternehmer durch eine große Anzahl von Agenten bemühen, Streikbrecher aus dem In- und Auslande heranzuziehen. Die großen Annoncen der Unternehmer haben die Zugkraft, die sie vielleicht anfänglich ausübten, offenbar eingebüßt. Daß sie immer noch erscheinen, daß namentlich auch der Leosche Anzeiger für das Buchbindergewerbe voll von Streikbrecherannoncen ist und daß die Unternehmer Scharen von Agenten in die Welt hinaus senden, beweist schon hinreichend, wie sehr es ihnen an brauchbaren Arbeitskräften fehlt.

Auf die Mitte dieses Monats beschlossene Versendung des neuen Tarifentwurfs sind bereits Bewilligungen in immerhin nennenswerter Zahl eingelaufen; 9 Firmen haben ohne Einschränkung bewilligt und sich bereit erklärt, die neuen Bedingungen sofort einzuführen; dies gilt auch von drei weiteren Firmen, die die Forderungen mit Ausnahme der Freigabe des 1. Mai bewilligten. Ferner haben 7 Firmen die Forderungen ohne Einschränkung mit der Maßgabe bewilligt, daß sie am 1. September, also nach Ablauf des alten Tarifes, in Kraft treten; ebenso noch 2 Firmen, die jedoch für die Freigabe des 1. Mai nicht zu haben waren. Das sind im ganzen 21 Firmen, die zusammen 420 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. Die Buchdruckereibesitzer, die Buchbindereipersonal beschäftigen, scheinen ebenfalls zu einer allgemeinen Anerkennung des neuen Tarifs bereit zu sein; wenigstens hat Herr Otto Elsner erklärt, daß er sie zu einer Beratung der Angelegenheit zusammenberufen wolle. Von den Antwortschreiben, die außerdem eingegangen sind, wurde noch das des Herrn Metzschke erwähnt, worin erklärt wird, daß die Angelegenheit lediglich Sache des Verbandes der Buchbindereibesitzer sein könne; ferner das der „Vorwärts“-Buchbinderei, worin erklärt wird, daß man selbstverständlich das Bestreben, einen gemeinsamen Tarif durchzuführen, unterstützen werde. Wie weiter mitgeteilt wurde, hat der Geschäftsführer der Firma in einer Unterredung mit dem Werkstubenvertrauensmann erklärt, daß der „Vorwärts“ bewilligen werde, wenn seine Konkurrenz bewillige. Im übrigen sprachen einige Redner in der Diskussion ihr Bedauern darüber aus, daß bei der Firma Lüderitz u. Bauer Arbeiten für den „Vorwärts“ hergestellt werden, obgleich es sich um Aufträge handele, die vor der Aussperrung gegeben wurden.

Ferner wurden in der Versammlung wieder verschiedene Klagen über das Vorgehen der Polizei gegen Streikende laut. Wenn es sich um Vergehen von Streikbrechern und Unternehmern gegen die Sonntagsruhe oder um Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen handelt, soll die Polizei weit weniger Eifer zeigen. So ist z. B. am Sonntag bei der Firma Bleistein in der so stark von der Polizei bewachten Handelsstätte Belle Alliance bis 1 Uhr mittags von Arbeitern und Arbeiterinnen gearbeitet worden. Die Polizei, obwohl rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, beeilte sich gar nicht, den Tatbestand sofort festzustellen. Wie eine Diskussionsrednerin erklärte, ging ein Schutzmann erst hinauf in die Werkstätte, nachdem das Arbeitspersonal vor den Augen der Polizei abgezogen war. — Einige Prinzipale geben sich offenbar große Mühe, die Streikenden bei der Polizei zu verdächtigen. So kam Herr Lüderitz jüngst mit einer Arbeitswilligen in das Streiklokal, um festzustellen, wer sie geschlagen habe. Es handelt sich hierbei, wie in der Versammlung bestimmt versichert wurde, um eine unsaubere Mache, die nur dazu dienen sollte, der Polizei den Glauben beizubringen, daß die Streikenden sich Mißhandlungen zuschulden kommen lassen, obwohl dies durchaus nicht der Fall ist und sie sich streng hüten, Arbeitswilligen in irgend einer Weise zunahe zu treten.

Im übrigen zeigte der ganze Verlauf der zahlreich besuchten Versammlung, daß die Ausständigen, obwohl der Kampf nun schon 8 Wochen dauert, immer noch wie am ersten Tage fest und treu zusammenhalten und mit frohem Mute der Zukunft entgegensehen.

* * *

Zu diesem Berichte sendet uns mit der Bitte um Aufnahme die Geschäftsleitung der Vorwärtsbuchdruckerei folgende

Erklärung.

Die „Berliner Morgenpost“ brachte am Sonntag in ihrem Berichte über die Buchbinderversammlung folgenden Passus in gesperrtem Druck:

Sehr erbittert beurteilt wurde das Verhalten des Vorwärts (Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.) gegenüber den ihm vom Buchbinderverband eingereichten neuen Forderungen. In seinem Antwortschreiben erklärt der Vorwärts nur allgemein seine Sympathie für Tarifgemeinschaften. Der Vertrauensmann aber, der daraufhin nochmals vorstellig wurde, erhielt zum Bescheid, daß der Vorwärts sofort zum Tarifabschluß bereit sei, sobald die Konkurrenz den Tarif bewilligt habe. Eine zehnprozentige Lohnerhöhung bei den schon jetzt hohen Löhnen im Vorwärts sei aber unmöglich. Die hierdurch entfesselte Erregung steigerte sich noch, als bekannt wurde, daß der Vorwärts bei einer Firma, die ausgesperrt hat, Buchbinderarbeiten herstellen läßt. Ein Beschluß gegen den Vorwärts wurde nicht gefaßt; man will abwarten, wie sich der Vorwärts nach dieser Versammlung verhalten wird.

Demgegenüber haben wir zu erklären:

1. Es ist nicht wahr, daß das Antwortschreiben der Vorwärtsleitung nur allgemein ihre Sympathie für Tarifgemeinschaften erklärt. Es wurde ausdrücklich unsere Unterstützung zugesagt. Wenn die Antwort hätte anders lauten sollen, so mußte die Anfrage anders gestellt werden; auf Grund der Anfrage konnten wir keine andere Antwort geben — das haben ausdrücklich die Kommissionsmitglieder zugestanden, die bei uns später deshalb vorstellig wurden.

2. Es ist nicht wahr, daß wir erklärt haben, erst nach Bewilligung des Tarifs seitens der Konkurrenz zum Tarifabschluß bereit zu sein. Wir haben uns vielmehr — entsprechend dem Wortlaut des zugesandten Zirkulars:

„auf Grundlage des beifolgenden Entwurfs Vereinbarungen zu treffen“ —

sofort dazu bereit erklärt, aber bis heute noch keine Antwort auf unsere Bereitwilligkeitserklärung erhalten. Wir haben sogar weiter erklärt, daß wir den Tarifentwurf grundsätzlich anerkennen, und wenn der ganze Entwurf mit allen seinen Bestimmungen unverändert in Berlin zur Einführung gelange, er selbstverständlich auch für uns gelte. Aber für die Vorwärtsbuchdruckerei allein einen Tarif anzuerkennen, der für die Konkurrenz keine Geltung hätte, sei selbstverständlich unmöglich.

3. Es ist aus freier Hand erlogen, daß wir uns irgendwie gegen eine zehnprozentige Lohnerhöhung ausgesprochen hätten.

4. Es ist ferner erlogen, daß der Vorwärts bei einer Firma, die ausgesperrt habe, Buchbinderarbeiten herstellen lasse. Wahr ist vielmehr, daß die Vorwärtsbuchdruckerei seit langem (wohl schon ein Jahr) bei Lüderitz u. Bauer — einem Wunsche ihres Personals entsprechend — nicht mehr arbeiten läßt und selbstverständlich während des Streiks erst recht nicht. Wahr ist aber, daß die Buchhandlung Vorwärts bestimmte Spezialarbeiten (die wir bei unseren Einrichtungen nicht fertigstellen können) in Auftrag gegeben hatte, nach Ausbruch der Aussperrung aber, dem Wunsche einer Kommission der ausgesperrten Buchbinder nachkommend — bei Lüderitz u. Bauer die Forderung erhoben hat, die Arbeiten so lange liegen zu lassen, bis die Differenzen beendet seien. Und diese Forderung zu erfüllen ist seitens Lüderitz u. Bauer auch versprochen worden.

Und nun vergleiche man damit den Bericht aus der „Morgenpost“.

Die Geschäftsleitung der Vorwärtsbuchdruckerei.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Filiale Groß-Berlin). Am 20. Juni fand bei Dräsel eine außerordentliche Generalversammlung statt. Die Bildung einer Agitationskommission hat sich als dringend notwendig herausgestellt. Gewählt wurden in diese Buch, Maspfuhl, Tscheu, Wesolowsky, Schabel, Fiebig, Prenzlow, Schmidt-Ober-Schöneweide, Schulz, Wilh. Mohs, Aug. Fiebelkorn, Frieda Gersdorf, Erich Schmidt, Tschirner, Weehnen, Strunk, Brink, Ellenbeck-Schöneberg, Jabel und Tschimka-Charlottenburg, Blümel-Rixdorf, Remus-Lichtenberg und Wutzky aus dem Filialvorstand. — Ortssekretär Dittmer referierte über Entlassungen aus letzter Zeit, die keinen anderen Schluß zulassen, als daß sie sich als Maßregelungen ganz empörender Art charakterisieren. So ist der Kollege Schröder aus dem städtischen Gaswerk Gitschinerstraße entlassen worden unter „Gründen“, deren Haltlosigkeit sofort feststand und die auch der Herr Dirigent preisgeben mußte, nachdem sie auf ihren Wert hin gekennzeichnet waren. Dafür fand man dann eine andere Floskel, die aber

ebensowenig den wahren Entlassungsgrund zu verhüllen geeignet war; dieser dürfte vielmehr darin zu suchen sein, daß der Genannte seinen Herren Vorgesetzten wegen seiner Tätigkeit als Verbands-Vertrauensmann unbequem war. Das gleiche dürfte auch auf einen anderen Fall zutreffen, der deshalb noch weit skandalöser ist, weil der Entlassene, Rieselwärter Kollege Vogelländer, bereits 26 Jahre im städtischen Dienste steht, ohne auch nur jemals den geringsten Tadel oder die kleinste Strafe erhalten zu haben. Auch hier ist der herausgesuchte Entlassungsgrund derart, daß er sich durch die schwebende Untersuchung als unhaltbar erweisen muß. Jedenfalls wird alles versucht werden, den Gemaßregelten zu ihrem Rechte zu verhelfen; gelingt dies nicht, dann muß einmal der Oeffentlichkeit deutlich gezeigt werden, wie es mit dem Koalitionsrecht in den Betrieben der Stadt Berlin aussieht.

Durch den Uebergang des Zweigbureaus in die Berliner Filiale und den Eintritt Dittmers in den Verbandsvorstand sind Aenderungen im Ortsbureau nötig. Die Neuregelung wird dahin beschlossen, daß Kollege Polenske angestellt wird und die Stellen eines zweiten Sekretärs, eines weiteren Bureaubeamten und eines Kassenboten auszuschreiben sind. — Die Wahlen für die Verbandskörperschaften hatten folgendes Resultat: Beisitzer zum Verbandsvorstand: Maspfuhl, Wilh. Mohs, Prenzlow, Becker, Schmidt Ib. Preßkommission: Schabel, Wutzky, Wesolowsky, Glatt, Kroll. Verbandsrevisoren: Schabel, Mehrwald, Lutz. Der Filialvorstand wird um zwei Beisitzer verstärkt. Da auch die in den Hauptvorstand gewählten Kollegen Maspfuhl und Prenzlow dem ersteren angehörten, werden für diese gewählt: Buch, Ballenthin, Riedel, Szalwicki. — Punkt 3 „Unser Verbandstag in Mainz" wurde auf Mittwoch, den 27. d. M., vertagt.

Steinarbeiter. Die Zahlstelle Berlin II des Zentralverbandes der Steinarbeiter hielt am Mittwoch, den 20. d. M., eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Siering über die Frage referierte: „Warum müssen wir uns organisieren?" Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Als Statistiker wurde Kollege Hellmuth Thies gewählt. Es wurde darüber Klage geführt, daß zwei Kollegen dem Arbeitsnachweis wieder nicht Bescheid geschrieben hatten, trotzdem sie schon Arbeit hatten. Den Kollegen wurde ans Herz gelegt, sich doch endlich einmal diesen Schlendrian abzugewöhnen. Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker wurden auf Antrag 50 M. aus der Ortskasse bewilligt.

Der Verband der Hafenarbeiter (Mitgliedschaft Berlin) hielt am Sonntag, den 17. Juni, im Königstadt-Kasino seine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Verbandsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht des Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 3. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Bedder in der üblichen Weise. Der Kollege Grosser wurde wegen Streikbruchs einstimmig ausgeschlossen.

Genosse Max Menzel schreibt uns:

„In Nr. 144 Beilage 3 des „Vorwärts" schreiben Sie in einem Bericht des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands:

Es handelte sich hier hauptsächlich um den im Sommer vorigen Jahres auf Veranlassung des Geschäftsführer Menzel gegen den Lagerhalter Stiller der Verkaufsstelle in der Wickelstraße geführten Prozeß wegen Beihülfe zum Einbruchsdiebstahl.

Hierzu gestatten Sie mir folgendes zu bemerken:

St. ist verhaftet und angeklagt worden auf Grund von Angaben, die der Kriminalpolizei von dritter Seite gemacht worden sind. Die Verwaltung der Konsumgenossenschaft sowohl als ich persönlich stehen dieser dritten Seite fern und haben zu der Verhaftung und dem Prozeß keinen Anlaß gegeben. Der Verteidiger der Mitangeklagten Stillers erklärte sogar im Prozeß, daß meine Aussagen Stiller nicht be- sondern entlasteten.

Die obige Behauptung ist also eine direkte Unwahrheit."

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee. (Endstation der „Stern"-Dampfer)
Hermann Peter. Telephon: Grünau No. 39.
Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Täglich von der Michael-Brücke
Dampfer - Extrafahrten
mit Musik nach dem beliebten „Woltersdorfer Schloß". Fahrpreis hin u. zurück 40 Pf., Kinder 25 Pf. Abfahrt vorm. 9 Uhr, nachm. 2 Uhr nur von der Michaelbrücke. — An Sonnabenden u. Sonntagen sind noch Dampfer dortselbst zu vermieten. 14962*

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine rc. nur Neuheiten, sowie Lampions, Stocklaternen, Fackeln, Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schärpen, Scherzartikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musikinstrumente, Radausachen, spottbillig im Engros-Geschäft
Alte Jacobstr. 93, an der Seydelstraße. **L. H. Gotthilf,** Alte Jacobstr. 93, an der Seydelstraße.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Jedes **Jenensia-Rad**
ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder M. 65.—, Sozial-Luxus-, mit Freilauf, M. 100.—,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23" zu achten.
23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Das **beste Mittel** gegen die Motten ist unbedingt Reichel's Aromat. Spezial-Mottenpulver, es treibt jede Motte aus, tötet die Maden und ist von dauernder Wirksamkeit, das einzige, das selbst schon von Motten beschädigte Sachen vor weiterer Zerstörung schützt. Einfachste Anwendung. In Kartons a 50 Pf., 1.00, 2.00, Pfund 3.00, nur echt und garantiert mit Marke „Tod u. Teufel". **Otto Reichel, Berlin 49, Eisenbahnst. 4.**
Lieferant für Armee und Marine. Telephon-Anschlüsse IV. 646, 3190, 4562.

Zuckerpreise steigen!
Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktenmärkten interessiert, verlange Proestler's Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft". Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. (Komm. Otto Weber, Leipzig). Vollständige Ausgabe M. 2.—. Teil und Volksausgabe 60 Pfg.

Aeltestes Teilzahlungs-Geschäft für Kein Laden.

Brennabor- :: Räder. :: Günstigste Bedingungen.
Louis Barth, Berlin SO., Brückenstr. 10a pt.

3 Zähne zieht vollständig schmerzlos **F. Ausfeld,** Turmstr. 8. Zugelassen bei den Krankenkassen des Gewerkskrankenvereins.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 15096*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 263/3

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Marktplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Sattelaschensofa 45, Paneelsofa 55, Garnitur 50, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbetttellen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 21765*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Kinderwagen, Bettstelle, seltene Gelegenheit, spottbillig, ausnahmsweise Teilzahlung. Hühn, Gleditschstraße 48, Winterfeldplatz. 133/20*

Abessinierpumpe 8,00 — 100,00, alte billigst, Sauger, Rohre, Schläuche, Reparaturen billigst. Pumpenwolff, Ackerstraße 81. †95*

Leihhaus Prinzenstraße 28, 1 Treppe Ecke Ritterstraße. Verfallene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldsachen jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. *

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1507K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Pendelschwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2607b*

Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Fürstenzelt. Nur Rosenthalerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Filialen. 261/10*

Nähmaschinen. Zahle bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Alsterstraße 90. †31*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Warschauerstraße 67, Bienerstr. 1—6, Ackerstraße 111.

Kinderwagen, Gummiräder, 9 Mark, Sportwagen 7 Mark, verkauft Sieber, Lippehnerstraße 24. 26115

Baustellen, □Rute 4 Mark an, Strausberg, Hegermühle, Fasanenpark. Weh, Berlin, Gormannstraße 23.

Drückbank, eiserne, mit Vorgelege, auch für Tritt, zu verkaufen. Näheres Spedition Prinzenstraße 31. †61

Landparzelle, 70 Ruten, 800 Mark. Offerten erbeten Filiale Lychenerstraße 123. †53

Schankgeschäft wegen Stellung-Uebernahme für jeden Preis verkäuflich, Manteuffelstraße 20. †5

Kinderwagen verkauft Ulrich, Liegnitzerstraße 26. †5

Rotbraunes Sofa und Heckbauer verkauft billig Müller, Skalitzerstraße 69. 26195

Sportwagen wegen Aufgabe, unter Preis, Gottschalk, Reinickendorferstraße 17a. 2622b

Räderverleihung. Tandems, Dreisitzer, Große Frankfurterstr. 14. †31*

Gaskocherhaus! Einlochgaskocher! 0,75. Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen spottbillig! Bronzegaskronen! 6,00. Gaslyren! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1649K*

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1429K*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 21725*

Platinabfälle, Gold, Silber, Gebisse, photographische Rückstände kauft Goldschmelze Brod, Brangelstraße 4. Telephon Amt 4, 6958. 134/11*

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise. Linienstraße 199 II, Ecke Joachimstraße. 2601b*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstraße 75. 1639K*

Buchbinderarbeit fertigen Gebrüder Sieber, Lippehnerstraße 24. *

Vereinszimmer zu vergeben Magazinstraße 17. †123

Vermietungen.

Zimmer.

Freundliches möbliertes Zimmer, separat vermiethar, 12 Mark. Katsch, Hochmeisterstraße 20. †53

Möbliertes Zimmer vermietet, inklusive 15 Mark, Schurig, Waldemarstraße 75. †5

Teilnehmer zum möblierten Vorderzimmer, Dresdenerstraße 58 III rechts. 2610b

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn bei Ramm, Reichenbergerstraße 38, III. 2620b

Schlafstelle Ballstraße 35, vorn III

Schlafstelle für Herrn vermietet sofort Sieber, Lippehnerstraße 24.

Schlafstelle für zwei Herren Skalitzerstraße 129, Seitenflügel II. Recker.

Schlafstelle für zwei Herren vermietet Bustrow, Marienburgerstraße 10, Hof II. †141

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Mariannenstraße 23, vorn III rechts.

Möblierte Schlafstelle an Herrn Barnimstraße 13, Neubacher. †88

Alleinige freundliche Schlafstelle vermietet Frau Lesser, Schönhauser Allee 48a, vorn III. †53

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Tüchtiger Dirigent sucht für Mittwoch und Freitag Arbeitergesangverein. Chiffre B. 5, an die Expedition des Blattes. 1649*

Als Kassierer, Bote, Kontrolleur, Bureaudiener bei Krankenkassen usw. eventuell mit Kaution suche baldigst Stellung. C. 5 Expedition des „Vorwärts". 2605b

Bierabzieher sucht Stellung. Kruse, Kottbuserstraße 20. 2606b

Binder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Flickschneider, spottbillig, gutsitzend, schnell, geübt, Aenderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundschaft. Ebert, Fruchtstraße 31, vorn. †31

Stellenangebote.

Versilberer verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. †5*

Korbmacher auf eckige, grün geschlagene Arbeit stellt ein Karl Grohmann, Franz-Buchholz, Berlinerstraße 6. 1640K*

Nähmacher verlangt Stallschreiberstraße 52. †61

Grundierer verlangt Wiencke, Görlitzer Ufer 23. †5

Tüchtige Schlosser werden gesucht, E. Nachtigall, Lindenstraße 78. 2614b

Bauschlosser verlangt Wasserstorstraße 65. 2616b

Werkführer für mein Rabitz- und Zwischenwände-Geschäft gesucht. Schriftliche Offerten erbeten unter D. 5, Expedition des „Vorwärts".

Schlossergesellen auf Baubeschlag verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 1650K*

Schlosser, tüchtige, für Eisenhoch- und Brückenbau sowie für Jalousiefabrikation sofort gesucht. Druckenmüller, Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47. 135/10

Tüchtiger Nahtwäscher gesucht. Max Fischer, Inh. B. Gumpel, Chemische Waschanstalt, Weißensee, Friedenstraße 2.

Mamsells auf bessere Damenjacketts dauernd verlangt Liebsch, Swinemünderstraße 49. †96

Frau verlangt Wiesenstraße 7, Restaurant. †79

3 Frauen zum Bautenreinigen sucht Maurermeister Krumbhorn, Simon Dachstraße 20. 240/19

Zeitungsfrauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Tour Wilhelmstraße und Leipzigerstraße. Meldungen Schützenstraße 22. 135/11*

Botenfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung Sonauerstraße 20. 134/15*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Erklärung.

In der Annonce des Brauerei-verbandes steht unter den Namen der Gastwirte, die ihr Bier von der Brauerei **Schönbeck** in **Ruppin** beziehen, auch mein Name. Ich erkläre hiermit, daß ich von dieser Brauerei kein Bier beziehe, auch nicht bezogen habe.

Gustav Schütt, Liesenstr. 13.

Gleichzeitig erklärt Herr **A. Pierenkemper,** Waldstr. 30, daß er bisher. von obiger Brauerei nur Flaschenbier bezogen hat, jedoch jetzt seinen Bedarf aus der Brauerei Gregory deckt.

Kunstschlosser.

Wir suchen einen tüchtigen selbstständigen Kunstschmied, erste Kraft, mit Schmieden von Gittern, Blumen und Blättern jeder Stilart vollständig vertraut. Bei Konvenienz dauernde Stellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Reisevergütung. Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und Verdienstes zu richten unter **S. H. 3886** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** 134/8*

Kölner Steppdeckenfabrik sucht tüchtige
Maschinenstepper
für dauernde gut bezahlte Arbeit. Offerten unt. W. L. 1371 an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln.** 208/18*

Hoher Verdienst.
Für den Vertrieb eines patentierten konkurrenzlosen Kochtopfes werden Reisende resp. Frauen für Platz und Provinz gesucht. Kaution für Muster 3,75 M. Off. u. F. P. 45 an Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8. 208/19

Stukkateure!

Die Differenzen auf den Beamtenhäusern in **Dahlem** der Firma:
H. Abelsdorf, Zehlendorf,
sind als **beigelegt** zu melden.
Die Ortsverwaltung Berlin
des Zentral-Verb. der Stukkateure Deutschlands. 173/20

Achtung, Töpfer!

Auf dem Bau Südende, Lichterfelderstraße, Ecke Potsdamerstraße, des Töpfermeisters Franz Wengler, wohnhaft Südende, Stephanstr. 25, haben die Kollegen wegen rücksichtsloser Behandlung, schlechten Handwerkzeugs und sonstiger Mißstände die Arbeit niedergelegt.

Die Kollegen werden aufgefordert dies zu beachten.

Die ehemaligen Meister Paul Hilprecht und Ludwig arbeiten weiter. 196/16 **Die Verbandsleitung.**

Achtung! Fliesenleger!

Wegen Akkordarbeit und anderer Differenzen sind sämtliche Bauten der Firma

Schmalisch & Below

gesperrt.

Die Bauten sind:
Motzstr. 38 und 39, Bau Tschöpke.
Neue Kantstr. 1, 2 und 3 sowie der Bau Lange.
Luisenplatz, Ecke Kaiser Friedrichstraße, Bau Hanse.
Sadowastr. 10, Bau Hollmann.
Barbarossastraße.
Rixdorf, Donaustr. 83, Bau Berndt.
Berlinerstraße, Ecke Straße 12k, Bau Langnick und Bau Lang.
Bismarckstraße, Bau Schlüsselburg.
Giesebrechtstraße, Bau Herold.
Tegeler Weg 105.
Rotomstraße, zwei Bauten Bunning.
Virchow-Krankenhaus, Seestraße.
Freiligrathstraße, Bau Nölte.
Schwäbischestraße, Bau Zander.
Berchtesgadenerstraße, Bau Kraatz.
Friedrichsberg, Müggelstraße, Ecke der Scharnweberstraße.
Wormserstr. 10.

Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, diese Bauten streng zu melden. 144/11*

Die Sektionsleitung.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Netschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Puttlamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Naucksche Buchdruckerei, Stallschreiberstraße 5.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
C. F. Walter, Ballstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!
In der Kartonfabrik von **Ad. Lesser,** Krautstraße, sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 4 (Neanderhof)
ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt.
24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**
Franz Schulz, Frankfurter Allee 28.
Pieper, Bernauerstr. 80.
Für **Treppengeländer-Arbeiter:**
Joseph Drechsler, Gubenerstraße.
Für **Bautischler:**
Paulsch in Tegel.
Schubert, Kreuzbergstraße.
Für **Korbmacher:**
Stralauer Glashütte.
Für **Bürstenmacher:**
Der Innungsnachweis, Brunnenstraße 154.
Für **Parkettbodenleger**
Die Firma **Pompluhn,** Zwischenmeister Petsch, Bau Niebuhrstraße 76, Siedelitzstraße, Parzelle 2. 85/1
Bau **Bernd,** Schöneberg, Eberstr.
Gesperrt sind für **Einsetzer** die Bauten der Firma **Schubert,** Kreuzbergstr. 8.
Tempelhof:
Bau Andrzewski, Schönburgstr. 3, Friedrich Wilhelmstraße (Ecke Moltkestraße).
Bau Wallrath, Schönburgstr. 7, Moltkestraße.
Bau Kelling, Ringbahnstr. 5.
Bau Lolath, Ringbahnstr. 43.
Mariendorf:
Bau Schmidt, Chausseestr. 23b.
Halensee:
Bau Gronau und Graul, Joachim Friedrichstr. 4.
Berlin:
Oranienstr. 24 (Ausbau).
Charlottenburg:
Bau Manheimer, Neue Kantstr. 8.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.